

Changeons
le
système
pas
le
climat !
ALTERNATIBA

CHANGEONS
LE SYSTÈME
PAS LE CLIMAT %
attac
France.attac.org

RECHAUFFEMENT
CLIMATIQUE

SI NOUS NE PRENONS PAS LE PROBLÈME
À BRAS-LE-CORPS, UN BAIN DE SANG
GÉNÉRALISÉ EST BEAUCOUP PLUS
PROBABLE QU'UNE TRANSITION
PACIFIQUE ET DÉMOCRATIQUE

ÉTAT D'URGENCE
CLIMATIQUE
attac.org

Development Geography Occasional Paper

Politik internationaler Klimaverhandlungen – De-Politisierung des Klimawandels während der *Conference of the Parties 21* in Paris

Dittmann, J., Bauriedel, T., Bock, T., Götz, J., Hellwig, V.,
Schmitt, D., Spitzley, B. und Vesper, R.

No. 11 August 2017 Bonn

Edited by the section for Development Geography
Department of Geography
University of Bonn

Occasional Papers of the section for Development Geography serve to disseminate research results prior to publication in order to encourage the exchange of ideas and academic debate. Inclusion of a paper in the Occasional Paper Series does not constitute publication and should not limit publication in any other venue. Copyright remains with the authors.

The section for Development Geography cannot be held responsible for errors or any consequences arising from the use of information contained in this Occasional Paper; the views and opinions expressed are solely those of the authors.

Copyright for this issue: © Johannes Dittmann, Teresa Bauriedel, Thomas Bock, Johannes Götz, Vera Hellwig, Daniel Schmitt, Benedikt Spitzley, Rene Vesper

Contact: johannes.dittmann@uni-bonn.de

Suggested citation: Dittmann, J., Bauriedel, T., Bock, T., Götz, J., Hellwig, V., Schmitt, D., Spitzley, B. und Vesper, R. (2017): Politik internationaler Klimaverhandlungen – Depolitisierung auf der Conference of the Parties 21 in Paris. Development Geography Occasional Papers, No. 11, Bonn. Verfügbar unter: <https://www.geographie.uni-bonn.de/forschung/ags/ag-geographische-entwicklungsforschung/paper-series>.

Author of cover picture: Johanna Götz

All Working Papers of the Centre for Development Geography can be downloaded free of charge here: <https://www.geographie.uni-bonn.de/forschung/ags/ag-geographische-entwicklungsforschung/paper-series>

Development Geography Occasional Paper ISSN 2364-3005

Danksagung

Die Autoren des Working Papers bedanken sich bei den TeilnehmerInnen und LeiterInnen des Seminars „Politik internationaler Klimaverhandlungen“ des Masterstudiengangs Geographie der Universität Bonn für die gute Zusammenarbeit. Außerdem bedanken wir uns bei Prof. D. Müller-Mahn und Dr. F. Weisser für Ihr Engagement, das es uns ermöglicht hat, an der 21. Weltklimakonferenz in Paris teilzunehmen und unsere Ergebnisse bei den Development Geography Occasional Papers zu veröffentlichen.

Inhalt

Editorial 1

Johannes Dittmann

Konsensobjekt Klimawandel - Negation einer Pluralität auf der Pariser Klimakonferenz 4

Vera Hellwig und Rene Vesper

Politisches Klima in Paris: Zivilgesellschaftliche Proteste zwischen Repolitisierung und Post-Politischem Konsens 33

Thomas Bock, Johanna Götz und Benedikt Spitzley

Fishing for consent: De-Politisierung und Problematisierung des Klimawandels durch LDC-Repräsentanten auf der Conference of the Parties (COP) 21 in Paris 59

Teresa Bauriedel, Johannes Dittmann und Daniel Schmitt

Politik internationaler Klimaverhandlungen – Depolitisierung des Klimawandels während der *Conference of the Parties 21* Paris – Editorial

Dittmann, J.

Auf der 21. Conference of the Parties (COP 21) 2015 in Paris wurde im Rahmen der Vereinten Nationen unter allen 195 Staaten erstmals ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen verabschiedet, um den Bedrohungen des Klimawandels zu begegnen. Zahlreiche Staatschefs, Diplomaten und Beobachter trafen sich auf dem Messegelände Le Bourget und diskutierten bei verschiedenen Veranstaltungen über Ursachen, Auswirkungen, Verantwortlichkeiten und Maßnahmen bezüglich des Klimawandels. Die UN-Klimakonferenzen hatten in der Vergangenheit das Ziel, ein Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll zu entwerfen, welches relativ geringe Verpflichtungen bezüglich der Reduktion von Treibhausgasen beinhaltete. In Paris wurde 2015 ein neues Abkommen beschlossen, woran nach der gescheiterten COP 15 in Kopenhagen 2009 nur noch wenige glaubten. Wenn auch der Weg der Umsetzung des in Paris beschlossenen Abkommens noch zu beschreiten ist, stellt es einen historischen Meilenstein der internationalen Klimaverhandlungen dar.

Auf den UN-Klimakonferenzen finden außer politischen Aushandlungen auch Präsentationen zu neuen naturwissenschaftlichen Ergebnissen aus der Klimawandel- und Klimafolgenforschung bezüglich z. B. Temperaturveränderungen, veränderten Niederschlagsraten und Emissionen statt. Dieser Messwerte bedienen sich Staats- und Organisationsvertreter auf der COP, um ihre Botschaften und Argumentation mit wissenschaftlichem Fundament zu untermauern. Viele Debatten auf der COP drehten sich hauptsächlich um solche Kennzahlen klimabezogener Parameter, wie z. B. bei der Festlegung einer Grenze eines akzeptablen globalen Temperaturanstiegs. Es besteht oft weitreichende Einigkeit darin, dass naturwissenschaftliche Messwerte, wie die des IPCC (*Intergovernmental Panel on Climate Change*), für den Diskurs ausreichen, um an ihnen Strategien und Programme zu entwerfen, die der Anpassung an den Klimawandel dienen sollen. Der Klimawandel wird hier als vorwiegend als naturwissenschaftliches Phänomen verstanden, dessen Herausforderungen mit technischen Instrumenten zu bewältigen seien.

Dieses Mainstream-Verständnis des Klimawandeldiskurses stellt seit einigen Jahren einen Gegenstand geographischer Untersuchungen dar. Diese ergänzen die Debatte um eine kritische Perspektive, die u. a. den apolitischen Charakter von Klimaverhandlungen entschleiern. Aufbauend auf Ansätzen nach Chantal Mouffe (2007), Slavoj Žižek (2000) und Jaques Rancière (2008) wendet der Geograph Eric Swyngedouw das Konzept der Post- bzw. De-Politisierung in Bezug auf den Klimawandeldiskurs an (Swyngedouw 2010). Nach Swyngedouw kommt es durch die Darstellung des Klimawandels als bevorstehende Apokalypse zur De-Politisierung der internationalen Klimapolitik, indem ein Konsens

darüber geschaffen wird, dass sich die Menschheit vor dieser Apokalypse nur mit technokratischen Mitteln, die der Logik des neoliberalen Wirtschaftssystems entspringen, bewahren kann. Die internationalen Klimaverhandlungen zeichnen sich dadurch aus, dass ideologische und von Dissens geprägte Streitfragen durch technokratische Planung, Verwaltung und Administration ersetzt werden (Swyngedouw 2010).

Zahlreiche geographische Studien bauen auf diesem Konzept auf und beschäftigen sich mit dem Klimawandel aus einer *post-foundationalist*-Perspektive (Weisser und Müller-Mahn 2016; Weisser et al. 2014; Ireland und McKinnon 2013; Gebauer und Doevenspeck 2014; Cameron et al. 2015; Arnall et al. 2013). An diese Debatte soll dieses Working Paper zur De-Politisierung des Klimawandels auf der COP 21 in Paris anschließen. Masterstudenten des Seminars „Politik internationaler Klimaverhandlungen“ am Geographischen Institut der Universität Bonn nahmen im Dezember 2015 an der COP 21 als Beobachter teil und führten Erhebungen bei den zahlreichen Events der Konferenz sowie bei öffentlichen Veranstaltungen in Paris durch. Das Ziel der Erhebungen war es, die Aushandlungen bezüglich des Klimawandels während der COP 21 vor dem Hintergrund einer de-politierten Klimapolitik zu verstehen. Die Studenten bearbeiteten verschiedene Fragestellungen, die in den drei Artikeln dieses Working Papers behandelt werden.

Im ersten Artikel werden die erkenntnistheoretischen Grundlagen der vielfältigen Verständnisse des Klimawandels aus den Perspektiven des Realismus und Konstruktivismus erörtert. René Vesper und Vera Hellwig beobachteten auf der COP 21 eine Homogenisierung des Klimawandelbegriffs. Der Klimawandel wird zu einem Konsensobjekt gemacht und Pluralität ausgeschlossen, indem seine etablierte politisch-wirtschaftliche Konfiguration nicht zur Diskussion steht. Dadurch wird ein post-politischer Zustand erreicht. Die Autoren argumentieren, dass Klimawandel ein multiples Objekt mit verschiedenen Bedeutungen und unterschiedlichen Konsequenzen ist, das sich je nach Raum und sozialem Gefüge unterschiedlich gestaltet, stets kontextspezifisch zu verstehen ist und nicht universell nivelliert betrachtet werden kann. Die Autoren schildern, dass der Begriff Klimawandel vor derartiger Pluralität zeugt, dass er zu einem leeren Bedeutungsträger wird.

Thomas Bock, Johanna Götz und Benedikt Spitzley untersuchten das Re-Politisierungspotenzial der zivilgesellschaftlichen Klimabewegung anhand von Protesten während der COP 21 in Paris. Es soll gezeigt werden, dass die These, Protestbewegungen würde es an konkreten Inhalten mangeln, um die de-politierte Klimapolitik zu re-politisieren, zu kurz greift. Neben Fragen zur Form von Protestaktionen und deren konkreten Zielen und Visionen, lag das besondere Augenmerk der Autoren darauf zu verstehen, inwiefern das vermeintlich verlorene „Politische“ in Paris durch Demonstrationen wiederauflebt.

Johannes Dittmann, Daniel Schmitt und Teresa Bauriedel untersuchten die Tendenzen der De-Politisierung durch strategische Problematisierung in der Argumentation der Auftritte verschiedener LDC-Repräsentanten auf der COP 21. Die Autoren argumentieren, dass das Paradigma ‚Anpassung an den Klimawandel‘ de-politiert wurde, indem es von verschiedenen Vertretern Subsahara Afrikas und der Inselstaaten des Pazifiks als „die Antwort auf quasi-natürliche Phänomene mit Finanz- und Technologietransfer“ reduziert

wurde. Darin erkennen die Autoren ein Wiederaufleben von neoliberalen Modellen wachstums- und fortschrittsorientierter Entwicklungsagenden, indem Nord-Süd-Kooperationen bezüglich Klimafinanzierung immer differenzierter gegenüber Entwicklungszusammenarbeit betrachtet wird.

Zusammen liefern die Artikel Beiträge zur Debatte der De-Politisierung des Klimawandels. Weiterhin sind sie auf Grund ihrer empirischen Foki in das relativ junge Forschungsfeld der Mikro-Geographien einzubetten (vgl. Weisser und Müller-Mahn 2016). Vor dem Hintergrund bevorstehender UN-Klimakonferenzen und anderer internationaler Gipfeltreffen kann das Working Paper Anregungen für die Gestaltung und Durchführung von Masterseminaren mit empirischen Komponenten geben.

Literatur

- Cameron, E., Mearns, R., und J. T. McGrath (2015): Translating Climate Change: Adaptation, Resilience, and Climate Politics in Nunavut, Canada. In: *Annals of the Association of American Geographers* 105, (2), 274-283.
- Gebauer, C. und M. Doevenspeck (2014): Adaptation to climate change and resettlement in Rwanda. In: *Area* 47, (1), 97-104.
- Ireland, P. und K. McKinnon (2013): Strategic localism for an uncertain world: A post-development approach to climate change adaptation. In: *Geoforum* 47, 158-166.
- Mouffe, C. (2007): *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. Suhrkamp. Frankfurt am Main.
- Rancière, J. (2008): *Disagreement. Politics and Philosophy*. University of Minnesota Press. Minneapolis.
- Swyngedouw, E. (2010): Apocalypse Forever? Post-political Populism and the Spectre of Climate Change. In: *Theory, Culture & Society* 27, (2-3), 213-232.
- Weisser, F., Bollig, M., Doevenspeck, M. und D. Müller-Mahn (2014): Translating the ‚adaptation to climate change‘ paradigm: the politics of a travelling idea in Africa. In: *The Geographical Journal* 180, (2), 111-119.
- Weisser, F. und D. Müller-Mahn (2016): No place for the political: Micro-geographies of the Paris Climate Change Conference 2015. In: *Antipode* 49, (3), S. 802-820.
- Žižek, S. (2000): *The ticklish subject. The absent centre of political ontology*. Verso. London.

Konsensobjekt Klimawandel - Negation einer Pluralität auf der Pariser Klimakonferenz

Hellwig, V. und Vesper, R.

Zusammenfassung

Seit mehreren Jahrzehnten wird auf internationaler Bühne über das verhandelt, was unter dem Namen *Klimawandel* auch verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen und der breiteren Öffentlichkeit bekannt ist. Jedoch ist ebendieser Klimawandel, über deren effiziente Eindämmung viel debattiert wird, alles andere als eindeutig. Weder ontologisch was dieser ist, noch epistemologisch wie dieser wahrnehmbar ist, noch mit welcher Methode er sich überhaupt einfangen lässt. Diese dreifache Ungenauigkeit des Begriffs Klimawandel ist unser Forschungsinteresse auf der COP21, auf der wir zwar vordergründig einen vermeintlich einheitlichen Klimawandel vorfanden, jedoch besser von „Klimawandel“ die Rede sein sollte.

Schlagworte: Klimawandel, 21. Weltklimakonferenz Paris, Post-Politik, Ontologie, Epistemologie

Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre führen zum globalen Temperaturanstieg.

Unsere Umwelt verändert sich - eine Chance, sie positiv zu gestalten.

Die Verweildauer von CO₂ in der Atmosphäre beträgt 100 Jahre.

Die Betroffenen sind nicht unbedingt die Verursacher.

Meine Heimat wird schon bald versinken.

Ban Ki-moon fährt nach Paris.

Ihr solltet Euch vegan ernähren.

Wir können uns keinen Pyrgometer leisten.

„We have less than 100 months to act“ (Prince Charles 2009).

Letztes Jahr war ein schwieriges Erntejahr für kenianische Familien.

„The temperatures are rising, because the Government is selling the wind“
(Tsimane' Ältester; Bolivianisches Amazoniaen In: Llamazares et al. 2015, 308)

1. Klimawandel: Ein Plädoyer für den Pluralismus

„So if climate change (...) is a multidimensional phenomenon, then understanding it requires a plurality of questions, research methods, and interpretative frameworks that can help us better grasp it's cultural, historical, political, existential and spiritual dimensions and this means direct engagement with the social sciences and humanities“ (Baldwin, A.; 01.12.2015, COP21).

Sehen wir Klimawandel, wenn wir CO₂-Messwerte der Forschungsstation auf dem hawaiianischen Vulkan Mauna Loa, die Keeling-Kurve, betrachten? Spüren wir ihn, wenn die Sonne scheint? Können wir ihn beeinflussen, wenn wir unser Konsumverhalten ändern? All das hängt davon ab, was der Klimawandel *ist*; was, wie und von wo wir ihn betrachten. Kein einzelner Akteur kann Klimawandel gänzlich erfassen (Esbjörn-Hargens 2010, 143)

und doch interagieren wir mit ihm. Das subjektive und auch intersubjektive Bild von Klimawandel beeinflusst Denken und Handeln.

Das sozialwissenschaftliche Verständnis dessen, was Klimawandel *ist*, geht über das klimatologische Phänomen *da draußen* hinaus. Latour (1993) spricht in diesem Zusammenhang von *Natur* als einem quasi-Objekt, das sowohl physikalische Eigenschaften (z. B. CO₂) besitzt, als auch gleichzeitig das Ergebnis eines stetigen sozialen Aushandlungsprozesses ist. Seit Agarwal & Narain (1991) auf die unterrepräsentierten sozialen Unterschiede im globalisierten Klimawandelverständnis aufmerksam gemacht haben, erfährt das Thema Klimawandel in den Sozialwissenschaften mehr Aufmerksamkeit. Etablierte Repräsentationen von Klimawandel werden als Ausdruck von Machtkonstellationen verstanden, in der andere Verständnisse marginalisiert werden. Klimawandelverständnisse (Ontologien) und die subjektive Art und Weise diese wahrzunehmen (Epistemologien) und verschiedene Erhebungsweisen (Methodologien) sind in spezifische Kontexte eingebettet. Darüber hinaus haben lokale sozio-politische Konfigurationen sowohl Einfluss auf das Niveau der Verwundbarkeiten und Resilienz von Individuen und sozialen Gruppen, als auch auf deren spezifische politische Antworten (ebd.).

Anlass einen globalpolitischen Aushandlungsprozess zum Thema Klimawandel zu reflektieren bietet die 21. Weltklimakonferenz in Paris (COP21) im Dezember 2015. Dort hatten sich die staatlichen Delegationen aller 196 UN-Mitgliedsstaaten die Agenda gesetzt, trotz unterschiedlichster Ansichten über den Klimawandel dessen Folgen zu bewerten. Swyngedouw (2010) konstatiert in jenen Debatten eine Homogenisierung des Natur- und Klimawandelbegriffs, was er einen post-politischen Zustand nennt, in dem die etablierte politisch-wirtschaftliche Konfiguration nicht zur Diskussion steht. In einer pluralistischen Welt mit heterogenen (Klimawandel) Ontologien kann es laut Mouffe (2007) keinen universellen Konsens geben, durch den Antagonismen des Politischen gänzlich getilgt werden .

Wir argumentieren daher im Folgenden, dass Klimawandel ein multiples Objekt mit verschiedenen Bedeutungen und unterschiedlichen Konsequenzen ist (hier im Plural als *Klimawändel* bezeichnet), das sich in verschiedenen Orten für soziale Gruppen unterschiedlich darstellt, kontextspezifisch ist und nicht universell-nivelliert betrachtet werden kann (Hulme 2010a; Esbjörn-Hargens 2010; Lövbrand et al. 2015). Zunächst werden wir die Wesen des „Klimawandels“ herausarbeiten (Kapitel 2), bevor wir skizzieren, wie Klimawandel zu einem Konsensobjekt *gemacht* wird (Kapitel 3) und schließlich die in der Literatur dargestellte Pluralität der *Klimawändel* mit der auf der COP21 vorgefundenen Pluralität vergleichen (Kapitel 4) um aus unseren Befunden schließlich mögliche Implikationen für die internationale Umweltpolitik abzuleiten (Kapitel 5).

2. Pluralität des Klimawandels

Das grundlegende Verständnis darüber, was existiert und welche Kategorien fundamental sind, spiegelt sich auch in der (Realitäts-)Vorstellung über Klimawandel wider. Nachfolgendes Kapitel geht darauf ein, was das Wesen des Klimawandels ist. Dazu skizziert Abschnitt 2.1 die zwei einflussreichen gegensätzlichen Denkrichtungen darüber,

wie die Welt unabhängig von ihrer Repräsentation gedacht werden kann. Dieser metaphysische Diskurs lässt erkennen, dass die Auffassung über die Grundstruktur des Seienden beeinflusst, wie Akteure mit Klimawandel umgehen. Abschnitt 2.2 geht darauf ein, dass auch die Idee darüber, wie ein Subjekt und gesellschaftliche Gruppierungen zu spezifischen Bildern und Repräsentationen über Klimawandel gelangen, impliziert, ob soziale Prozesse in den Klimawandel-Diskurs einbezogen werden. In Abschnitt 2.3 wird gezeigt, dass der Klimawandel nur zu verstehen ist, wenn eine Vielfalt an Subjekten, Objekten und Methoden einbezogen wird, was in Abschnitt 2.4, in einer Diskussion des ontologischen Status von Klimawandel erneut reflektiert wird.

2.1. Das Wesen des Klimawandels

Die Antwort auf die Frage *Was ist Klimawandel?* kann nur im gleichen Atemzug mit der Antwort auf die Frage *Was existiert?* gegeben werden. Es gibt jeweils plausible Argumentationslinien dafür, Realität in unterschiedliche Kategorien einzuteilen. Je nachdem, welche Kategorien als fundamental angesehen werden, ist auch Klimawandel durch diese Kategorien erkennbar. Dabei stehen sich in der wissenschaftlichen Klimadebatte wesentlich zwei metaphysische Grundpositionen – Realismus und Nominalismus – gegenüber, die durch Zwischenpositionen ergänzt werden (Demeritt 2001, 311). Je nach Position ergeben sich in der Grundstruktur gänzlich verschiedene Gebilde, auf die ein und derselbe Begriff – Klimawandel, Bezug nimmt.

VertreterInnen des Realismus sind der Auffassung, dass es Universalien gibt, die eine fundamentale und minimale Beschreibung der Realität darstellen. Im Gegensatz dazu gibt es außerdem Individuen, welche durch ihre Eigenschaften (den Universalien) definiert werden. Durch Abstraktion können die höchsten Prinzipien von Realität erkannt werden. Realisten sind sich einig, dass es „etwas Wirkliches [gibt], das[s] der Vernunft *seinsmäßig* [...] vorhergeht“ (Schmidinger 2010, 154). Realität ist somit von der Erfahrung und Wahrnehmung unabhängig. Wird versucht, das Wesen eines Objektes zu erfassen, so suchen Realisten nach einem fundamentalen Kern. „Alles Sinnliche [...] [wird] auf ein Minimum reduziert“ (ebd.). Das Mathematische stellt somit einen Bereich dar, der diesem Ziel entspricht (ebd.). Klimawandel-Forschung im Sinne des Realismus konzentriert sich analog auf mathematische und naturwissenschaftliche Annäherung.

„GCMs [General Circulation Models] simulate the behavior of the climate system by dividing the earth into a three-dimensional grid and using supercomputers to solve mathematical equations representing exchanges of matter and energy between the grid points. In terms of the comprehensive number of processes explicitly incorporated and the level of abstraction and complexity at which they are represented, GCMs sit atop hierarchy of related mathematical simulation models of ocean and atmospheric dynamics“ (Demeritt 2001, 314 f.).

Gemäß des Verständnisses von realistischer Erkenntnis-Erlangung haben GCMs ein hohes Maß an Abstraktion. Mithilfe der Kenntnis über allgemeingültige physikalische Eigenschaften soll die Realität des Klimawandels erforscht werden. Dabei fällt auf, dass sich die realistische Sicht nicht auf die Ebene der Metaphysik beschränkt, sondern eminent erkenntnistheoretisch ist. Das heißt, es gibt nicht nur eine Realität unabhängig

von ihrer Repräsentation; zusätzlich haben wir direkten Zugang zu dieser Realität durch Abstraktion, also z.B. naturwissenschaftliche Methoden. „Vernunft, so können wir sagen, ist [...] etwas Nachvollziehendes, das in die stets zuvorkommende Wirklichkeit tiefer und tiefer eindringt“ (Schmidinger 2010, 155).

Wie im philosophischen Kontext kam der Nominalismus auch in der Klimawandel-Forschung geschichtlich nach dem Realismus auf: „[T]he problem of an anthropogenically enhanced greenhouse effect first came to the attention of atmospheric scientists concerned with the physics and chemistry of the climate system“ (Demeritt 2001, 312). Im Gegensatz zu Realisten, teilen Nominalisten *das Seiende* nicht in Individuen und Universalien ein. Die nominalistische Realität besteht nur aus Individuen, also aus konkreten Einzelheiten. Es gibt im Nominalismus keine fundamentalen Prinzipien oder Entitäten, die vor der Repräsentation stehen und aufgedeckt werden könnten. Anstelle des Abstrahierens nimmt die Vernunft im Nominalismus die Rolle des Entwerfens ein. Sie entfaltet in einem schöpferischen Prozess, angeregt durch die erfahrenen konkreten Einzelheiten, ein eigenes System, das „gegenüber allem Seienden“ neu ist (Schmidinger 2010, 155).

2.2. Die Erkenntnis des Klimawandels: Der schöpferische Prozess der Vernunft

Die nominalistische Ablehnung von Universalien hat Implikationen auf die Art und Weise, wie ein Objekt erkannt werden kann. Wird ein Allgemeinbegriff – wie Klimawandel – ausgesprochen, so ist dies, im nominalistischen Sinn, ein Wort, das durch Vernunft entworfen ist. Dieser Prozess wird konstruieren, dessen Produkt Konstruktion genannt. Angestoßen durch *The Social Construction of Reality* von Berger & Luckmann (1966) formte sich die heute weit verbreitete Position des Konstruktivismus (Alvesson & Sköldberg 2009, 24). Die metaphysische Grundlage hierfür ist der Nominalismus, der die Hinwendung zur Subjektivität ermöglicht. Um zu Erkenntnis zu gelangen wird der Prozess der Vernunft, das Entwerfen der Realität, in den Mittelpunkt des Interesses gestellt und bewertet. Der soziale Konstruktivismus, teilt die Auffassung, dass Realität

„an interaktiv hergestellte und akzeptierte Formen des Verstehens gebunden [ist] [...] und in sozialen und kulturellen Praktiken [...] geteilte lokale Versionen des Wissens konstruiert [werden]“ (Winter 2010, 124).

Geteilte Muster der Realitäts-Konstruktion werden dabei in der Sprache gesehen. Dabei gilt, dass Sprache Realität erzeugt und diese nicht, wie es dem Realismus entspräche, abbildet. Bezüglich der konstruktivistischen Erforschung des Klimawandels ist es geläufig, Narrative und alltägliche Praktiken heraus zu arbeiten, die *eine* spezifische Realität des Klimawandels erschaffen (z. B. Liverman 2009, 297) und daher machtvoll sind (Demeritt 2006, 455). Naturwissenschaft wird von einigen PolitikerInnen als Akteur verstanden, der *upstream* Wahrheiten für die Politik produziert, die erst im zweiten Schritt (*downstream*) handelt (Demeritt 2001, 308). Die Wissenschaften jedoch, können – sozial konstruktivistisch argumentiert – keine Wahrheiten liefern, da es sich immer nur um ein vorläufiges Wissen im Sinne einer inkrementellen Annäherung an den Kern dessen, was *da draußen* ist, handelt. Analog dazu appelliert Demeritt (2001, 308) für einen kritischeren Blick auf die Konstruktion des Klimawandels durch wissenschaftliche Praktiken:

„One consequence of this rather conventional view of science as hermetically sealed off from politics is that very little attention has been paid to the cultural politics of scientific practice and its consequential role in framing and, in that sense, constructing for us the problem of global warming.“

Demeritts Kritik bezüglich der Formulierung des Klimawandels richtet sich sowohl gegen radikale Konstruktivisten als auch gegen Realisten. Er schlägt eine metaphysische Position vor, die er *heterogenen Konstruktivismus* nennt, die sich an Heideggers Seinsphilosophie anlehnt (ebd., 311). Heidegger ist der Auffassung, dass die Frage nach einer Grundstruktur des Seienden bereits ein Irrweg sei, da sie den Anschein macht, man könne *das Seiende* als unabhängiges Objekt behandeln. Das heißt, sie impliziert, dass es eine Realität ohne das Bewusstsein gibt. Dabei wird vernachlässigt, dass die Frage immer aus dem Blickwinkel eines bereits-Seienden (eines Subjekts) gestellt wird. Der Sinn dafür, dass es eine Realität *da draußen* gibt, ist bereits eine Leistung, d. h. etwas, das durch ein Subjekt vollzogen wurde. Dieses hat, bevor es die Frage nach dem Seienden stellt, eine Auffassung der Welt (Schmidinger 2010, 44 f.). Deswegen kann die Frage nach dem Wesen eines Objektes nicht ohne Einbeziehung des Subjektes geschehen. Gleichzeitig geht Demeritt (2001, 311) davon aus, dass es ein objektives *Sein* gibt. Heterogener Konstruktivismus als Epistemologie zieht keine Grenze zwischen Erkennen und Sein. Für den Klimawandel relevant ist das Verständnis, dass *Natur* gleichzeitig durch Nicht-Menschliches und durch soziale Praktiken ko-konstituiert wird. Zwischen der westlichen, cartesianischen Objekt-Subjekt-Spaltung zwischen Natur und Gesellschaft wird keine Grenze mehr gezogen. Klimawandel sollte nach Demeritt (ebd.) ontologisch realistisch, aber epistemologisch antirealistisch reflektiert werden.

Innerhalb konstruktivistischer Ansätze gibt es VertreterInnen die eine radikale ontologisch/epistemologische Position beziehen, als auch jene, die einem gemäßigten Konstruktivismus zuzuordnen sind. Gemäß eines radikalen Konstruktivismus sind atmosphärische Zustände deswegen real, weil der Glaube daran allgemein akzeptiert wird. Gemäßigte konstruktivistische Ansichten sehen *Klima* als ein Wort, das zunächst keine Referenz in der Welt hat, aber durch dessen Gebrauch die reale Entität *Klima* erschaffen wird. Heterogener Konstruktivismus hingegen macht den Unterschied zwischen Konstrukt und zugehöriger Referenz in der Welt nicht. Sowohl das Bild von Klimawandel, als auch das Phänomen kann nur durch ein Geflecht aus sozialen Praktiken und mathematisch-naturwissenschaftlichen Messungen verstanden werden. Realität wird somit weder vom Verstand geschaffen noch ist sie der Wahrnehmung vorgeschaltet (Demeritt 2001, 310 ff.).

2.3. Pluralität in drei Dimensionen

Unabhängig davon, ob *a priori* oder *a posteriori*, viele Überlegungen gehen davon aus, dass es *den* einen Klimawandel gibt, d.h. er eine wie auch immer geartete ontologisch einzelne Entität ist. Gleichzeitig zielen viele Methoden darauf ab, die Komplexität von Klimawandel zu entschlüsseln und zu erklären, welche Beziehungen seine Komponenten miteinander haben.

Demgegenüber schlägt Esbjörn-Hagens (2010, 143) vor, Klimawandel ontologisch als multiples Objekt zu verstehen. Damit handelt er im Sinne der *Integral Theory*, die 1977 mit der Veröffentlichung *The Spectrum of Consciousness* von Ken Wilber angestoßen worden

ist. *Integral Theory* bietet einen konzeptuellen Rahmen dafür, möglichst viele Perspektiven, Gestaltungen und Methoden in einem Thema zu integrieren. Wilber entwickelte damit einen theoretischen Rahmen, in dem verschiedene Weltanschauungen einbezogen werden und lehnt einen dualistischen Mensch-Natur-Begriff ab. Im Gegensatz dazu betont er, dass das individuelle Bewusstsein eines Subjekts in einem Moment und Kontext entscheidend Realität formt (ebd. 2009, 1). Insgesamt hat *Integral Theory* den Anspruch einen zeitgemäßen Lösungsansatz zu bieten:

„Because integral theory systematically includes more of reality and interrelates it more thoroughly than any other current approach to assessment and solution building, it has the potential to be more successful in dealing with the complex problems we face in the 21st century“ (ebd., 2).

Esbjörn-Hargens (2010, 156) betont, dass die Ontologie eines Objekts von dem Subjekt abhängt. Dazu führt er eine leere Plastikflasche an, die – je nach Kontext und Subjekt - als Musikinstrument, Blumenvase oder Pfand-Gegenstand ein je anderer Zweck zugewiesen wird. Diese, stets subjektive, Zwecksetzung hat Einfluss auf das ontologische Verständnis dieser Entität. Was die Flasche *ist*, hängt also davon ab, wie sie gebraucht wird. Trotzdem gibt es etwas konstantes, dass die Flasche konstituiert (ebd., 145). Dieser Gedanke stimmt mit dem heterogenen Konstruktivismus Demeritts (2001, 311) überein. Ontologischer Pluralismus entsteht, wenn Subjekte auf unterschiedliche Weise mit einem Objekt interagieren. Dabei werden drei Dimensionen unterschieden: Wer betrachtet und inszeniert das Objekt und mit welcher Weltsicht? (Epistemologie); Wie betrachtet und inszeniert sie/er das Objekt? (Methodologie); Welches Bild des Objektes ist entstanden? (Ontologie).

Das Objekt Klimawandel wird mit einer Vielzahl unterschiedlicher Methoden von Akteuren weltweit erforscht. Daraus folgert Esbjörn-Hargens (2010, 147), dass Klimawandel viele verschiedene Realitäten beinhaltet, was er – wie in Tab. 1 dargestellt – in die drei Dimensionen *The Who*, *The How* und *The What* einteilt.

Tabelle 1: Pluralismus in Epistemologie, Methodologie und Ontologie

Übersetzt und gekürzt nach Esbjörn-Hargens (2010, 147)

<i>The Who</i>	<i>The How</i>	<i>The What</i>
HumangeographIn	Befragung von Peruanischen Landwirten	Eine gemeinschaftliche langfristige Erinnerung an Klimawandel fehlt
MeeresforscherIn	Korrelation von Algenblüten mit Wassertemperatur	Ozeanströmungen im Golfstrom werden wärmer
PsychoanalytikerIn	Einzelsitzungen mit Kleinstadt Klienten	Angst wegen Klimawandel beeinflusst Einzelschicksale
UmweltphilosophIn	Ein Symposium zur Klimagerechtigkeit	Klimawandel ist voll von moralischen Dilemmata.

High school Lehrer	Der Klasse eine Powerpoint mit Diagrammen zeigen	Studierende sind von Klimawandel emotional beeinflusst
Computer Modellierer	Ein neues Software Programm modellieren	Wir werden mindestens eine 4°C Erhöhung in Temperatur erkennen
Kenianische/r LandwirtIn	Ertrag pro Fläche wiegen	Das war ein schwieriges Jahr für meine Familie
Politische/r AktivistIn	Zahl der Festnahmen bei Protestaktion zählen	Es kümmern sich nicht genug Menschen um den Klimawandel

Angesichts verschiedener Herangehensweisen und Sichtweisen von Klimawandel ist es offensichtlich, dass Akteure nicht *ein und dasselbe* Objekt im Sinn haben können. Nichtsdestoweniger geht Esbjörn-Hargens, davon aus, dass es intrinsische Eigenschaften des Phänomens Klimawandel gibt, die Schnittmengen der *Klimawandel* bilden.

Diese intrinsischen Eigenschaften werden aber von Akteuren unterschiedlich inszeniert (ebd., 148). Um dieses Konzept zu verstehen, ist es wichtig, sich seiner Perspektive als Subjekt bewusst zu werden. Klimawandel wird häufig als etwas dem Menschen Äußerliches angesehen, wobei der Mensch dabei „ein Stück aus der Natur herausgenommen [wird]“ (Müller 2012, 26). Dieses dualistische Mensch-Umwelt (oder Natur-Kultur) Verständnis deckt sich nicht mit dem Ansatz von Esbjörn-Hargens, der davon ausgeht, dass Subjekte sich nicht aus dem Prozess der Realitäts-Bildung herausnehmen können. Um Klimawandel zu erfassen, muss nach Esbjörn-Hargens immer das Wechselspiel aus *Who*, *How* und *What* betrachtet werden. Methoden bekommen dabei einen realitätsstiftenden Stellenwert: „Thus, practices or methods used to understand CC [Climate Change] do not just describe it; instead, they actually help produce [it]“ (ebd.). Insgesamt ergibt sich, dass Klimawandel gleichzeitig ein singular-reales und ein pluralistisch-konstruiertes quasi-Objekt (Latour 1993, 46 ff.) ist.

Wie in Abb. 1 (Abbildungen siehe Anhang) dargestellt, konstituiert eine Vielzahl und ein Zusammenspiel von Ontologien, Epistemologien und Methodologien Klimawandel. In Abb. 1 sind in der Mitte zunächst unterschiedlich große, sich überlappende Kreise dargestellt, die Dimensionen verschiedener Ontologien symbolisieren. Die schwarz gefüllten Zeichen stehen für Akteure, die mit unterschiedlichen Weltansichten und einem kontext-spezifischem Bewusstsein (Epistemologien) Klimawandel erkennen, wobei unterschiedliche Pfeile die jeweiligen Methoden darstellen.

Die Ontologie des Klimawandels ist in Abb. 1 weder als ein einziger Kreis (Positivismus), noch als sich gegenseitig ausschließende, gleichgroße Kreise (Relativismus) dargestellt. Dies symbolisiert, dass es sich bei Klimawandel weder um eine einzige, a priori-Wahrheit handelt, noch, dass jeder Akteur seine eigene Wahrheit hat, die sich nicht mit anderen Vorstellungen deckt (Esbjörn-Hargens 2010, 149).

Schließlich lässt Abb. 1 erkennen, dass Subjekte unterschiedliche Herangehensweisen haben, um sich ihrer Umwelt gewahr zu werden und sie zu gestalten. Die Pfeilspitzen müssten jedoch, anders als in der Abbildung verdeutlicht, in beide Richtungen zeigen, da es ein ko-konstitutives Verhältnis zwischen Subjekten, deren Methoden und den Objekten gibt (ebd. 157). Divergierende Methodologien sind hier durch verschiedene Stile ausgedrückt. Akteure wiegen ihren Ernteertrag, schreiben wissenschaftliche Paper, verkaufen ihre Autos, messen Evaporation, pflegen Daten ein, verändern ihre Wertvorstellungen, nehmen Jobs an und verkünden ihre normativen Ansprüche. All dieses Handeln interagiert unter Umständen mit dem Objekt Klimawandel. Wie weiter oben geschildert, sind diese Methoden performativ; d.h. sie sind vollziehendes und nicht nur beobachtendes Element (ebd., 148).

2.4. Die ontologische Komplexität von Klimawandel

Oben beschriebene, dreifach ausgeprägte Pluralität ist nicht bei allen umweltbezogenen Problemen so relevant wie bei Klimawandel. Entscheidend ist das Ausmaß an Komplexität in diesen drei Dimensionen. Ist ein Objekt ontologisch sehr eindeutig, so ist es für ein Subjekt unmittelbar erfahrbar und wird gleichzeitig mit wenig unterschiedlichen Methoden erkannt. Komplexität der Ontologie, epistemologische Nähe und methodologische Vielfalt bedingen sich (Carolan 2004, 504; Esbjörn-Hargens 2010, 161).

Carolan (2004, 504 f.), der die ontologische Diversität von umweltbezogenen Problemen betont, merkt dabei an, dass dieser Gedankengang nur konzeptionell und nicht analytisch passend ist, sondern eine neue heuristische Sichtweise aufzeigen soll. In seiner Kartierung von umweltbezogenen Problemen (Abb. 2), spannt er zwei Achsen auf: Epistemologische Distanz und ontologische Komplexität. Später erweitert er dies durch eine dritte Achse: die Wichtigkeit von Vertrauen, welche mit ontologischer Komplexität und epistemologischer Distanz wächst. Esbjörn-Hargens (2010, 161) erweitert seinerseits Carolans Diagramm durch die Achse *Methodische Varietät*.

Die in Abb. 2 abgebildeten Phänomene unterscheiden sich erstens durch ihren geophysikalischen Maßstab: Abfälle sind ein lokales, Ölteppiche ein transnationales und die Erderwärmung ein globales Problem. Zweitens steigt mit dem Maßstab auch der Grad an Kontroverse, den diese Phänomene mit sich bringen (Carolan 2004, 501). Der dritte Unterschied ist die epistemologische Nähe: Abfälle und Ölteppiche können durch direkte Sinneswahrnehmungen erkannt werden. Dioxin und globale Erwärmung hingegen sind nicht direkt wahrnehmbar. Zunächst sind Instrumente nötig, die z.B. die Dioxin-Konzentration messen. Betrachtet ein Akteur das Bild des Ozonlochs oder die Zahl einer Messung, so *ist* dies nicht der Klimawandel. Also ist eine Übersetzung nötig: Der Klimawandel kann nur durch Indikatoren (Meeresspiegel, CO₂-Konzentration, globale Durchschnittstemperatur, Gletscherdicke,...) erkannt werden, die wiederum meist nur durch Messinstrumente in unser Bewusstsein treten können. Mit diesem Hintergrund bezeichnet Carolan (2004, 504) globale Erwärmung als „something we indirectly experience indirectly“. Klimawandel, so wird deutlich, ist nicht leicht lokalisierbar und seine Grenzen uneindeutig. Insgesamt stellt der Klimawandel eine höchste Stufe an epistemischer Distanz dar, was ontologische Komplexität und methodologische Varietät wechselseitig bedingt (Carolan 2004, 500 ff.; Esbjörn-Hargens 2010, 161 ff.).

In diesem Kapitel haben wir argumentiert, dass Klimawandel ein ontologisch komplexes Konzept ist, für das es keine *eindeutige* Referenz in der Welt *da draußen* gibt. Kein einzelner Akteur kann Klimawandel gänzlich erfassen (Esbjörn-Hargens 2010, 143). Vielmehr ist es die Vernunft jedes Einzelnen, die angeregt durch erfahrene konkrete Einzelheiten in einem schöpferischen Prozess ein subjektives Bild entfaltet (Schmidinger 2010, 155). Dadurch ergeben sich *Klimawandel*, die zusammen hängen, sich überlappen und so zu einem pluralen, aber nicht fragmentierten Gebilde werden. Mit dem Anspruch, das Wesen des Klimawandels heuristisch zu erfassen, wird deutlich, dass das Wesen des Klimawandels inhärent sozial ist.

3. Der Weg zum Konsensobjekt Klimawandel

In seinem Buch *Why we disagree about climate change* stellt Hulme (2009, 216) fest dass, wir individuell auch deswegen anders über den Klimawandel denken, weil es in der Öffentlichkeit eine große Vielfalt an Klimawandelverständnissen gibt. Durch eine bunter und internationaler werdende Medienlandschaft gelangen Meinungen religiöser Führungspersonen, Umweltverbände, PolitikerInnen, Gewerkschaften, WissenschaftlerInnen, Wirtschaftsunternehmen, Think Tanks, Medien, KünstlerInnen, Nichtregierungsorganisationen, Klimawandel-SkeptikerInnen bis hin zu indigenen Gruppen in die Öffentlichkeit. Trotz dieser Vielfalt ist vor allem in politischen Debatten eine ontologische Homogenisierung des Klimawandelbegriffs festzustellen, was Swyngedouw (2010) eine post-politische Kondition nennt. Die politische Diskursverengung suggeriert, dass ein gesamtwissenschaftlicher Konsens darüber besteht was der Klimawandel phänomenologisch *ist* und welche politischen Notwendigkeiten sich daraus ergeben. Im Folgenden soll zunächst die Heterogenität der *Klimawandel* dargestellt (Abschnitt 3.1), danach die Rolle des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) und die Problematik des *global knowledge makings* diskutiert werden (Abschnitt 3.2).

3.1. Konkrete Klimawandel

„*There are many ways of knowing the world*“ (Peakes 2005, 495).

Wie bisher verdeutlicht, kann von dem Phänomen Klimawandel nicht als Singularität ausgegangen werden, sondern eher als *fluide Heterogenität* (Hulme 2010a). „A range of, often overlapping, forms of climate knowledge and citizenship, professional, popular, academic, indigenous, commercial and religious, and their relation to various forms of experience on the ground“, wie es Daniels & Endfield (2009, 217) ausdrücken. Wir gehen dabei wie Hulme (2009, 227) davon aus, dass kein einzelner Akteur dazu in der Lage ist einen 360-Grad Blick auf den Klimawandel einzunehmen und darüber hinaus jede subjektive Klimawandelvorstellung mit den eigenen Werten, Erfahrungen und kontext-spezifischen Einbettung zusammenhängt.

Wir vertreten die in Kapitel 2 erklärte konstruktivistische Perspektive und verstehen subjektive Prozesse als *framing* (konstruieren) und deren Produkt als *Frame (Konstrukt)*. Im Folgenden wird daher auf verschiedene konkrete Klimawandel verschiedener Akteure eingegangen, die sich auf verschiedenen Ebenen unterscheiden, widersprechen oder einander ausschließen. Da wir davon ausgehen, dass die Art und Weise wie das

Phänomen Klimawandel subjektiv epistemisch erfasst oder ontologisch verstanden wird einen großen Einfluss auf das alltägliche Handeln verschiedener Akteure hat, wird nun der Diskurs dargestellt, der sich zwischen der Internationalen Öffentlichkeit, dem IPCC, der internationalen Umweltpolitik, den Medien, Wissenschaften, Wirtschaftsunternehmen, indigenen Gemeinschaften und weiteren Akteuren aufspannt.

Wie in Tab. 1 dargestellt, gibt es eine Menge unterschiedlicher im öffentlichen Diskurs etablierten *Frames*, die eine dazugehörige Zielgruppe ansprechen. Während PolitikerInnen und Privatwirtschaft die monetären Kosten von Adaptation und Mitigation in das Zentrum stellen, besteht der *Frame* vieler Umweltverbände und indigenen Gruppen aus sozialen Gerechtigkeitsfragen. Ein Klimawandel gerahmt als Katastrophe spricht jene Personen mit Zukunftssorgen an.

Tabelle 2: Klimawandelframe und Zielgruppe
Übersetzt nach Shanahan 2007 In: Hulme 2009, 229

Klimawandel Frame	Eingebundene Zielgruppe
Wissenschaftliche Unsicherheiten	Jene, die keine Veränderungen wollen
Nationale Sicherheit	Wie oben, aber zum Handeln inspiriert
Eisbär	WildtierliebhaberInnen
Geld	PolitikerInnen und Privatwirtschaft
Katastrophe	Jene, die sich über die Zukunft sorgen
Gleichberechtigung	Jene mit starken ethischen Neigungen

Es kann davon ausgegangen werden, dass *Framings* und der *Frame* einen Einfluss sowohl auf die Problematisierung des Klimawandels haben, als auch auf das Verständnis dessen, was der Spielraum für (politische) Lösungsstrategien ist. In einem interessen- und machtgeladenen Diskurs werden diese *Frames* (re)produziert. Die in Tab. 2 dargestellten *Frames* verlaufen, wie in Tab. 3 dargestellt, inhaltlich entlang dreier ontologischen Hauptachsen: *zeitlich*, *skalar* und *kausal*. Keiner der *Frames* kann als richtig oder falsch im absoluten Sinne verstanden werden. Weder die Liste der hier dargestellten Akteure, noch deren repräsentativen Beispiele können eine erschöpfende Darstellung der fluiden Heterogenität der Klimawandel leisten.

Tabelle 3: Framing und Frames des Phänomens Klimawandel

Eigene Darstellung

	Ontologische Hauptachsen	Modus
1.a	Zeitlich-Perspektivisch	Vergangenheit - Gegenwart - Zukunft
1.b	Zeitlich-Dauer	Kurz-, mittel-, bis langfristig
2.a	Skalar-phänomenologisch	lokal, regional, national bis global
2.b	Skalar-agency	Individuell, Nation, Menschheit
3.a	Kausal-strategisch	Ursache (Mitigation) – Auswirkungen (Adaptation)
3.b	Kausal-phänomenologisch	Sozial – sozial/natürlich - natürlich
3.c	Kausal-Auswirkungen	Sozial – ökonomisch – ökologisch

Als das weltweit meist aufgesuchtete populärwissenschaftliche Internetlexikon kommt den Einträgen von Wikipedia eine hohe Bedeutung in der öffentlichen Meinungsbildung zu. Sie definieren:

„Climate change is a change in the statistical distribution of weather patterns when that change lasts for an extended period of time (i.e., decades to millions of years). Climate change may refer to a change in average weather conditions, or in the time variation of weather around longer-term average conditions (i.e., more or fewer extreme weather events). Climate change is caused by factors such as biotic processes, variations in solar radiation received by Earth, plate tectonics, and volcanic eruptions. Certain human activities have also been identified as significant causes of recent climate change“ (Wikipedia 2016).

Der IPCC, einem Gremium aus weltweit mehr als 1.000 WissenschaftlerInnen, dessen Funktionspater noch zu diskutieren sein wird, definiert den Klimawandel in seinem Synthesebericht (2007):

„change in the state of the climate that can be identified (e.g. using statistical tests) by changes in the mean and/or the variability of its properties, and that persists for an extended period, typically decades or longer. It refers to any change in climate over time, whether due to natural variability or as a result of human activity“.

Die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC) bezieht sich bei Klimawandel auf einen Wandel, „that is attributed directly or indirectly to human activity that alters the composition of the

global atmosphere and that is in addition to natural climate variability observed over comparable time periods” (IPCC 2016).

Jene, die die wissenschaftlichen Erkenntnisse des IPCC und der Naturwissenschaften in ihren Kernaussagen als *unwahr* zurückweisen (Demeritt 2006) werden als *SkeptikerInnen* oder *VerleugnerInnen* bezeichnet. Rahmstorf (2004, 77 ff) unterteilt diese in drei Gruppen: *TrendskeptikerInnen*, die den Klimawandel als solchen leugnen; *UrsachenskeptikerInnen*, die den Klimawandel für feststellbar, jedoch Sonnenaktivitäten und andere Faktoren als dessen Verursacher halten und *FolgenskeptikerInnen*, die anthropogene Ursachen anerkennen, die Folgen allerdings nicht als negativ einstufen. Laut Peake (2005, 499) ist jede gute Wissenschaft im Erkenntnisprozess skeptisch, sodass das Wort *skeptisch* diskursiv wenig hilfreich ist. KlimawandelnegiererInnen bezeichnen sich selbst oft als *RealistInnen*, während für sie alle übrigen *AlarmistInnen* sind. Vor allem in den USA sind NegiererInnen verbreitet und bekleiden dort mitunter hohe Positionen in Medien (M. Morano FOX-Nachrichtensprecher), Think Tanks (*Heartland Institute*; HI 2016), Politik (M. Rubio, T. Cruz, D. Trump, R. Paul & J. Kasich), Wirtschaft und auch Wissenschaft (F. Singer, R. Lindzen, P. Stott) (Erenaut & Segnit 2006, 17). In der amerikanischen Politik ist der republikanische US-Senator aus Oklahoma, zur Zeit Vorsitzender des Umweltausschusses des US-Senats, J. Inhofe, für seine Kontroversen bekannt. Er meinte bezüglich Klimawandel 2015: „The hoax is that there are some people who are so arrogant to think they are so powerful they can change climate. Man can’t change climate” (Goldenberg 2015).

Laut Demeritt (2006, 455 f) fordern Inhofe und andere, dass politische Entscheidungen nur auf wissenschaftlichen Wahrheiten bzw. *sound science* basieren sollten. In dieser Forderung, so Demeritt, liege ein grundsätzliches Missverständnis in der Funktion von Wissenschaft vor, die keine Wahrheiten produziere, sondern lediglich vorläufige, bisher nicht widerlegte, Theorien. Latour (2004) kritisiert, dass der Konstruktivismus von marginalen Interessensgruppen derart missbraucht wird, dass hart errungene wissenschaftliche Erkenntnisse, mit der Forderung nach absoluten Wahrheiten, im Handumdrehen diskreditiert werden.

Neben der Wissenschaft gibt es andere bedeutende Gruppen, die die Vorstellung von Klimawandel prägen. Ein Großteil der 7,2 Milliarden Menschen weltweit orientieren sich in ihren Alltagspraktiken u. a. an den ethischen Überzeugungen religiöser Führungspersonen. Dessen Meinungen - auch zu globalen Umweltveränderungen wie dem Klimawandel – haben daher potentiell (in-)direkte, milliardenfache Auswirkungen. Im vergangenen Jahr haben sich sowohl der römisch-katholische Papst Franziskus, als auch eine Gruppe führender muslimischer Geistlicher aus 20 Ländern in einer Deklaration zum Klimawandel geäußert. Sowohl der Papst in seiner zweiten Enzyklika *Laudatio Si* (Franziskus 2015), als auch die islamische Klimawandel Deklaration (IKD 2015) bezieht sich explizit auf naturwissenschaftliche Erkenntnisse, zitieren den fünften Sachstandsbericht des IPCC (2014) und sprechen meist von einem globalen Phänomen, dass die Ärmsten dieser Welt am meisten treffen wird (Franciscus 2015; IKD 2015). Letztere fordern gar explizit einen Ausstieg aus fossilen Energieträgern bis 2050 und setzten ihre Hoffnung in die Regierungen und auch in die COP21 (IKD 2015). Während beide der Epistemologie des IPCC folgen, ist die Ontologie von *Klimawandel* (bzw. *Natur*) in der Enzyklika ebenso doppeldeutig wie in der IKD. Auf der einen Seite sprechen beide von der Erde als

göttlicher Schöpfung mit einem intrinsischen Wert, die geschützt werden muss. Auf der anderen Seite verstehen sie die *Natur* offenbar auch als Bereitstellerin von *eco-systemic services* (Franziskus 2015, 20, IKD 2015) und beziehen sich somit auch auf deren wirtschaftliche, extrinsischen Werte. Die IKD greift darüber hinaus auch die Anthropozän These von Crutzen & Stoermer (2000) auf, nach der das Erdzeitalter des Menschen angefangen habe. Obwohl dadurch das *Ende der Natur* als externes Objekt ausgerufen wird, ist gleichzeitig von der existenziellen Bedrohung der Menschheit die Rede. „As a consequence, humankind is both inserted into nature and re-elevated above it“ (Baskin, 2014, In: Lövbrand et al. 2015, 213).

Auch Medien spielen eine zentrale Rolle in der Meinungsbildung zu Klimawandel indem sie filtern, interpretieren und einen bestimmten *Frame* präsentieren (Hulme 2009, 219). Es kann davon ausgegangen werden, dass das Beziehungsgeflecht zwischen dem Vermittler Medien, den Wissenschaften, der Politik und der breiten Öffentlichkeit reziprok ist, bei denen weder Medien eine objektive bzw. neutrale Rolle einnehmen, noch die MedienempfängerInnen gänzlich passiv agieren (ebd.). Revkin (In: Hamblyn 2009, 234) vermutet, dass Klimawandel dennoch die erste größere Umweltkrise ist, in der ExpertInnen über die Auswirkungen mehr alarmiert sind, als die Öffentlichkeit. Ähnlich heterogen wie die (inter)nationale Medienlandschaft (Funk, Film, Print, Fernsehen, Internet, etc.) ist auch deren Klimawandel-Berichterstattung. Ereaut & Segnit (2006, 7) beschreiben die Situation der Klimawandel-Berichterstattung in Großbritannien in ihrem Aufsatz *Warm Words: How Are We Telling the Climate Change Story and Can We Tell it Better?* als verwirrend, widersprüchlich und chaotisch. Für jede denkbare Klimawandel-These gebe es eine zunehmende Anzahl von Gegenthesen, wobei die Trennschärfe zwischen ExpertInnen und Laien zunehmend schwerer zu ziehen ist. Es entstehe in der Öffentlichkeit der Eindruck, dass wissenschaftlich (noch) keinerlei Konsens über den Klimawandel besteht.

Durch die fortgeschrittene Verbreitung des Internets dürften sich diese Tendenzen fortgesetzt haben. Dynamiken zwischen Nachrichtensendern und Nachrichtenempfängern, sowie deren Kommunikationswege und Informationsmenge haben sich verändert. Vor allem im Internet kursiert eine unübersichtliche Vielfalt an Beiträgen in anonymisierten Blog-Beiträgen, auf Videoplattformen wie Youtube und in *Posts* auf sozialen Netzwerken wie Facebook, Twitter und Google+. Als Selbstversuch hatte der britische Journalist Thorpe bewusst eine Falschnachricht im Internet veröffentlicht, die besagte, dass laut neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen Bakterien am Meeresboden für den Anstieg an CO₂ in der Atmosphäre verantwortlich seien (Hulme 2009, 224). Die Resonanz der weltweit schnell vervielfältigten Falschnachricht zeigte anschaulich, wie anschlussfähig unwissenschaftliche Behauptungen sind, da ein Teil der Öffentlichkeit bereitwillig Nachrichten konsumiert, die sie in ihrer Vormeinung bestätigen.

Da die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse über die Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels in den letzten Jahrzehnten immer größer geworden sind, sahen sich auch globale Industriekonzerne dazu veranlasst, eigene Positionen und Öffentlichkeitsstrategien zum Thema Klimawandel auszuarbeiten. BP-Deutschland meint auf ihrer Website 2016 zum Thema Klimawandel: „um die globale Herausforderung des Klimawandels zu bewältigen, sind Regierungen, Unternehmen und Privatpersonen gleichermaßen gefordert“ (BP 2016). Interessen von Wissenschaft, Wirtschaft, Medien, Politik und der

Öffentlichkeit werden somit diskursiv als gesellschaftlich einheitlich dargestellt, sodass konträre gesellschaftliche (historische) Verantwortlichkeiten, Pflichten, Rechte und Funktionen ausgeklammert werden. Der Generaldirektor von TOTAL, P. Pouyanné (2015) meint mit Bezug auf Klimawandel TOTAL sei „part of the problem, but [...] also part of the solution.“ Einer der vier führenden Energieunternehmen Deutschlands, E.ON, setzt sich laut eigener Angaben „auf ganzer Linie für die Bewältigung der globalen Herausforderungen, die aus dem Klimawandel entstehen“ ein (E.ON 2016). Der Klimawandel-*Frame* dieser Energiekonzerne ist *zeitlich-perspektivisch* auf die Zukunft gerichtet. Die Schlussfolgerung von Pouyanné (2015), dass eine Umstellung der Weltwirtschaft auf erneuerbare Energien ohne die etablierten Akteure nicht stattfinden könne, ist Teil dieses *Frames*. Außerdem werden die *kausalen Auswirkungen* des Klimawandels meist ökonomisch problematisiert. *Skalar-phänomenologisch* ist Klimawandel für die Energiekonzerne tendenziell global, *kausal-phänomenologisch* sowohl natürlich als auch sozial, während sie die *skalare-agency* meist auf nationale Kontexte beziehen.

Bisher wurden *Frames* von nicht-marginalisierte Gruppen vorgestellt. So z.B. die von westlichen Wissenschaften, welche sich dadurch auszeichnen, dass sie laut King et al. (2008, 389 f) Wissen produzieren, dass unabhängig vom Kontext angewandt werden kann. Traditionelles Umweltwissen (TEK) verschiedenster indigener Gemeinschaften weltweit ist hingegen kontextgebunden und wird, meist narrativ, an die nächsten Generationen weitergegeben (ebd.). Indigene Verständnisse des Klimawandels müssen im Hintergrund ihrer jeweiligen Mensch-Umwelt-Beziehungen reflektiert werden. Die Vorstellung der *Natur* als Etwas, dem Menschen Externes gibt es bei vielen indigenen Gemeinschaften nicht. Alles Seiende ist Teil eines ganzheitlichen Kosmos, der alles umgibt, alles mit einschließt, Lebensraum für Menschen, Tiere, Pflanzen, Berge, Steine und Seen ist. Der vitale Zustand des Kosmos ist integraler Bestandteil der eigenen Identität und nicht losgelöst von dieser (Llamazares et al. 2015, 308).

Klimawandel wird von vielen indigenen Gemeinschaften als konkrete Veränderung der lokalen Wetterphänomene wahrgenommen, dessen Intensität, Dauer und vor allem Vorhersagbarkeit abgenommen hat. Da sich indigene Gemeinschaften ihre Existenz in einer sich ändernden Welt durch die zuverlässige Weitergabe und Anwendbarkeit des jeweiligen kontext-spezifischen TEKs sichern, hängt der Grad der Anwendbarkeit dieses Umweltwissens von ihrem Überleben ab. Über die vergangenen Generationen sind daher komplexe und wandelbare Verständnisse von Wetter- und Klimaveränderungen entstanden (Berkes 2009). Das Ausmaß derzeit stattfindender Klimaveränderungen übersteigt in vielen Gemeinschaften jedoch die Anpassungsfähigkeit ihres TEK.

“[...] when we gutted blue cod, if they had stones in their belly, we knew that bad weather was coming. The cod swallowed stones to give them ballast so that they would not be thrown around as much by the swell... We relied a lot upon reading the sky and reading other signs. I can still tell the weather using the old ways but with far less reliability. It was easier when we were growing up because the weather was far more settled than it is now...” (Elkington 2003, In: King et al. 2008, 400)

Die Deklaration der *World People's Conference on Climate Change and the Rights of Mother Earth*, (2010) beinhaltet indigene Umweltontologien und Verständnisse dessen, was Klimawandel in lokalen Kontexten bedeutet. Ihre Erklärung basiert auf alternativen indigenen Wissenssystemen und unterscheidet sich somit von wissenschaftlichen Ansätzen (Hulme 2010a, 560). Der *Frame* vieler Indigener bezieht sich *zeitlich-perspektivisch* auf gegenwärtige Problemstellungen, ist *skalar-phänomenologisch* meist auf konkrete lokale Auswirkungen bezogen und bezieht sich *kausal-phänomenologisch* auf den Klimawandel als soziales Phänomen und kausal-Auswirkungen auf das Ökologische und Soziale.

3.2. Die Rolle des IPCC und die epistemische Unredlichkeit des Global Knowledge Making

Der global stattfindende, anthropogen verursachte Klimawandel ist komplex und kann nur als solcher verstanden werden. Internationale und nationale Politik legitimiert ihre Politiken durch Produkte von wissenschaftlichen Gemeinschaften. „Policymaking is therefore dependent on science for informed responses“ (Bjurström & Polk 2010). Die Weltöffentlichkeit und die (US-)Politik wurden das erste Mal im Jahr 1988 von dem führenden Klimaforscher James E. Hansen der National Aeronautics and Space Administration (NASA) bei einem offiziellen Ausschuss des US-Senats über die Ursachen und Auswirkungen des anthropogenen Klimawandels informiert (Shabecoff 1988). Hansens Rede stellt den Start einer neuen Wissenschaft-Politik-Beziehung in der Klimawandeldebatte dar, in deren Folge der IPCC noch im selben Jahr gegründet wurde, um das globale Wissen über das Phänomens Klimawandel transdisziplinär zusammenzutragen. „The original 1988 mandate to the IPCC [...] was to forge a scientific consensus about the impacts of human activities on global climate for the benefit of policy-makers around the world“ (Hulme & Mahony 2010, 705). Dem IPCC kommt somit eine instrumentelle Funktion in der Wissenschaft-Politik-Beziehung zu (Bjurström & Polk 2010). „They do present policy makers with options for action and some indication of the likely outcomes of carrying out these actions“ (Rothman et al. 2009, 216). Die internationale Politik einigte sich bei dessen Gründung auf dessen wissenschaftliche Integrität, sodass er bei seiner Taufe die schwere Aufgabe erhielt, seine wissenschaftliche Integrität auf der einen Seite zu wahren und auf der anderen Seite, der Politik bei der Beratung in wichtigen Fragen hilfreich zu sein (Hulme & Mahony 2010, 709 f). „To walk a fine line between being policy relevant and policy prescriptive“, wie es Rothman et al. (2009, 214) ausdrücken.

Seit Beginn war dem IPCC klar, dass es sich bei dem Klimawandel um ein durch menschliche Praktiken beschleunigtes Naturphänomen handelt (Hulme & Mahony 2010, 710f). Der Wille innerhalb des IPCC zu einer Kooperation zwischen Natur- und Geisteswissenschaften war gegeben. Die an dem dritten Sachstandsbericht des IPCC (2001) beteiligten AutorInnen haben Bjurström & Polk (2010) auf ihre wissenschaftliche Disziplin hin untersucht. Dabei haben sie festgestellt, dass daran überwiegend (88%) NaturwissenschaftlerInnen beteiligt waren. Von den lediglich 12% beteiligten SozialwissenschaftlerInnen waren zudem 4% WirtschaftswissenschaftlerInnen. „The ‘Social sciences’ are dominated by ‘Economics’ and ‘Environmental studies’ [...] ‘Geography’ is a minor subfield whereas all other Social science disciplines are

insignificant" (ebd.). Sie sprechen von einem *economic bias* innerhalb der am IPCC beteiligten Sozialwissenschaften. Diese Schieflage in der internen Organisation des IPCC haben kritische Sozialwissenschaften von Beginn an moniert (Hulme & Mahony 2010, 707). Lövbrand (2015, 213) spricht von einem Paradoxon, dass die Ursachen des Klimawandels auf der einen Seite zwar als *anthropogen* verstanden werden, aber ausgerechnet jene sozialen Praktiken, die zu dessen Entstehung führen, nicht wesentlich betrachtet werden. Bjurström & Polk (2010) benennen in diesem Zusammenhang einen wissenschaftlich-historischen und einen diskursiv-notwendigen Grund dafür, warum Sozialwissenschaften im IPCC unterrepräsentiert sind. Zum einen seien Forschungen über die Zusammenhänge in der Bio- und Atmosphäre traditionell naturwissenschaftlich in der Biologie, Chemie, Meteorologie, Klimatologie und andere Umweltwissenschaften angesiedelt. Zum anderen gab es vor allem in der Anfangszeit des Diskurses, in den 1990er Jahren, das in der Politik geäußerte Bedürfnis nach *zuverlässigen* Daten über den Klimawandel, wie ihn tendenziell Naturwissenschaften in Form von Naturgesetzen formulieren. Dieses positivistische Verständnis von Wissensproduktion deckt sich mit der vereinfachten linearen Vorstellung, dass normative politische Entscheidungen erst auf Grundlage einer deskriptiven guten Grundlagenforschung stattfinden kann (ebd.).

Eine zweite Schieflage des IPCC besteht laut Hulme & Mahony (2010) in der geographischen Verteilung seiner AutorInnen. An den ersten vier IPCC Berichten waren zwischen 80 und 82% der beteiligten AutorInnen aus OECD-Ländern beteiligt, sodass sich die Übrigen unterrepräsentiert fühlten:

„Brazilian climate scientists reflect some distrust of [...] the IPCC, which they describe as dominated by Northern framings of the problems and therefore biased against interpretations and interest of the South" (Lahsen 2004, 161 In: Hulme 2010a).

Denn ob es sich bei dem Klimawandel um ein vorwiegend natürliches oder soziales Problem handelt, mit welchen nationalen und lokalen Konsequenzen zu rechnen ist und welchen Einfluss der Klimawandel auf die Lebensführung vieler hundert Millionen Menschen in Ländern des globalen Süden hat, hängt auch mit den persönlichen Erfahrung der WissenschaftlerInnen in ihren jeweiligen Kontexten zusammen. Die von Shackley (1997 In: Hulme & Mahony 2010, 707) aufgestellten Fragen über den IPCC sind daher noch immer relevant:

„(1) can the IPCC involve more scientists from developing countries, (2) will it preserve its authority as a trusted expert body, (3) can it avoid its open processes becoming hostage to endless political negotiation, and (4) will the IPCC define a clear role for itself, sufficiently distinct from the policy process itself?"

Bjurström & Polk (2010) fordern, dass der IPCC aus den oben genannten Gründen einen weiterhin offenen intra- und interdisziplinären Diskurs über den Klimawandel führen und im eigenen Interesse ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Disziplinen fördern müsse. So berechtigt diese Forderung sein mag, bezieht sie sich dennoch exklusiv auf eine westlich-dominierte wissenschaftliche Perspektive, in der es keinen Platz für außerwissenschaftliche Wissenssysteme gibt. Das Alltagswissen und auch die Alltagspraktiken von Milliarden Menschen werden somit im Diskurs ausgeklammert. Neben den

Wissenschaften gibt es weitere epistemische Gemeinschaften, die ihr spezifisches Wissen aus einem kulturellen, spirituell-religiösen oder praktischen Alltagswissen beziehen. Ihr Zugang zu dem Phänomen Klimawandel ist – ebenso wie ihre Antworten darauf – radikal anders. Ein Fehler, der laut Jasanoff (2010, 236) oft gemacht wird, ist das globale naturwissenschaftliche Fakten mit lokalen Erfahrungen und Bedeutungszuschreibungen verwechselt werden. Rothman et al. (2009, 216) fordern, dass neue Methoden und diverse Wissensquellen in der Wissensproduktion zum Thema Klimawandel berücksichtigt werden sollten damit die globale Wissensproduktion (z. B. im Rahmen des IPCC) nicht in einer Sackgasse der *entweder-oder* Dichotomie enden, sondern einen *beides-und* Diskurs ermöglichen (Jasanoff 2010, 238).

Nach Beck (2010) stellt sich die Welt trotz bestehender nationaler Grenzen als grenzenlos dar, was er einen *kosmopolitischen* Zustand und Hulme (2010, 563) *fluide Heterogenität* nennt. Zwischen Staaten, Kulturen und Religionen findet durch eine erhöhte menschliche Mobilität ein grenzenloser globaler Informationsfluss statt. Eine Welt, in der es nicht mehr nur parallel existierende Vorstellungen, Werte und Wissensproduktionen gibt, sondern ein fluides Netz mit vielen sich überlappenden Zwischenkonzepten. Ein Beispiel, das laut Hulme (2010a, 559) ungeachtet dieser Heterogenität den wissenschaftlichen Willen ausdrückt dennoch eine *global-einheitliche* Vorstellung einer gemeinsam bewohnten Umwelt entwickeln zu wollen, ist die *globale* Durchschnittstemperatur.

Eine Durchschnittstemperatur wurde erstmals in den 1980er Jahren ermittelt und konnte mittels einer mathematische Operation minus 40 Grad Celsius in Sibirien mit plus 40 Grad Celsius in der Sahara verrechnen. Diese soll angeben können, um wie viel Grad Celsius sich die Atmosphäre, im Vergleich zum vorindustriellen Level, bisher erhöht hat. Normative politische Ziele - wie eine maximal zu erreichende Erderwärmung - konnten nunmehr auf eine Zahl mit Nachkommastellen reduziert werden (Hulme 2010a, 560). Trotzdem erlebt niemand in seinem Alltag eine globale Durchschnittstemperatur, noch kann man sich diese vorstellen. Der panoptische Blick von allen Lokalitäten hin zu einer globalen Einheitstemperatur ist eine gefährliche Vereinfachung, die - psychologisch steril abgepackt - für *realpolitische* Prozesse auf der Weltbühne bereit steht (Hulme 2010a, 561).

Die magische zwei-Grad-Grenze, auf die sich die internationale Gemeinschaft auf der COP21 in Paris geeinigt hat, bezieht sich auf ebenjene globale Durchschnittstemperatur. Obwohl längst bekannt ist, dass die durchschnittliche Erwärmung um zwei Grad Celsius in Polarregionen deutlich höher ausfallen wird und auch tropische Regionen, gemäßigte Breiten und Hochgebirge je anders betroffen sein werden, ist bei Klimawandel weiterhin von *globaler* Erwärmung die Rede. Eine Katastrophe mit *globalem* Ausmaß, eine *globale* politische Herausforderung, ein *globales* Risiko für die Menschheit (Hulme 2010b). Klimawandel soll daher auf *globalen* Umweltkonferenzen, wie der COP21 in Paris, gelöst werden. Der IPCC als *globale* wissenschaftliche Instanz suggeriert einen neutralen objektiven Blick auf Klimawandel aus einem neutralen Außen (Hulme 2010a, 559), was laut Jasanoff (2010, 248) einer hegemonialen top-down Perspektive entspricht. Der IPCC wurde als die einzig wissenschaftlich relevante Quelle zum Thema Klimawandel in ihrer Funktion auch auf der 21. Weltklimakonferenz in Paris von verschiedenen politischen Akteuren bestätigt. Es entstand der Eindruck, dass der IPCC als diskursive Abkürzung angesehen wird, um nach bestehendem wissenschaftlichen Konsens in Verhandlungen nun zu einem politischen Konsens übergehen zu können.

Eine Nivellierung allen menschlichen Wissens hin zu einem einheitlichen *Framing* und *Frame*, einer einheitlichen Problemdefinition, einheitlichen Umweltethik und einheitlichen Antworten auf Klimaveränderungen ist nicht nur nicht möglich, sondern laut Hulme (2010a) auch gefährlich. Die verschiedenen geographischen Skalen außer Acht zu lassen um sie zu einer globalen zusammen zu fassen, hat laut (ebd. 560) fragwürdige Vorteile. Laut Hulme & Mahony (2010, 711) ist es wissenschaftlich unredlich, wenn der IPCC suggeriert, es handele sich bei Klimawandel, nach Abzug des vorherigen wissenschaftlichen Dissens, nunmehr um ein Konsensprodukt. Die bisherige Wissensproduktion des IPCC nennen Mayer & Arndt (2009) daher eine *epistemische Hegemonie*. Latour (2009 In: Hulme & Mahony 2010, 713) nennt den IPCC gar ein *epistemologisches Monster*, weil er, wie Hulme (2010b), eine globale Wissensproduktion weder für durchführbar, noch zweckmäßig hält.

Nach Turner et al. (1990 zitiert in: Hulme 2010a, 562) gibt es zwei Arten das Globale des Klimawandels zu verstehen: „[...] either change that is globally systemic or local changes that are globally cumulative“. Während sich Klimawandel global auf das Erdsystem als Gesamtheit auswirkt, ergeben sich die klimatischen Veränderungen stets lokal. Diese setzen sich aus verschiedenen Ökosystemen und Wetterereignissen (El Niño, Blizzards, Monsun), Kulturen (Peruanisch, Slowakisch, Nordkoreanisch) und Mensch-Umwelt-Verhältnissen (holistisch, dualistisch, hybrid, dialektisch) zusammen. Bohle et al. (1994) weisen daraufhin, dass Klimawandel in vielen kulturellen Kontexten in Abhängigkeit zum subjektiv wahrgenommenen eigenen Level der Verwundbarkeit verstanden wird. Selbst wenn es ein sich weltweit gleichmäßig auswirkendes Umweltphänomen geben würde, so wären die kontext-spezifischen Antworten darauf noch immer sozial kontingent (Turner et al. 2010, In: Hulme 2010a, 559).

4. Dimensionen des Reduktionismus auf der COP21 in Paris

Vom 30. November bis 11. Dezember 2015 haben sich die 195 Vertragsstaaten der Vereinten Nationen zur 21. Conference of the Parties (COP) in Paris zusammen gefunden, um dort das Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll auf den Weg zu bringen. Das Treffen der Regierungschefs und Heads of State (HoS), sowie deren UnterhändlerInnen fand auf einem Messegelände nordöstlich der Pariser Innenstadt, in *Le Bourget* statt. Es wurden knapp 40.000 Akkreditierungen durch die Vereinten Nationen (UN) vergeben, davon u. a. 51% an nationale Delegationen und 22% an BeobachterInnen (COP21 2016).

Aufgrund unseres Interesses dafür, wie Klimawandel im Rahmen einer internationalen Verhandlung inszeniert wird, waren wir während der COP21 in Paris und konnten wegen unser Akkreditierungen als BeobachterInnen auch in den für die Öffentlichkeit nicht zugänglichen Innenbereich in *Le Bourget*. Neben diesem geschlossenen Bereich gab es die *Climate Generations Area*, ein Informationsbereich für die Öffentlichkeit. Da Akkreditierungen nur durch lange und bürokratisch aufwendige Bewerbungsfristen zu erlangen waren und der offizielle Bereich in *Le Bourget* durch Polizei und Militär abgesichert wurde, gingen wir im Vorfeld der COP21 davon aus, dass dieses Prozedere einen Einfluss auf die Pluralität der in Paris vorzufindenden Vorstellungen von Klimawandel haben würde.

Um unsere Erfahrungen aus Le Bourget zu konterkarieren haben wir zudem Eindrücke von Veranstaltungen mit Klimabezug außerhalb der COP21 besucht (CentQuatre, Sommet de l'Alliance des Gardiens de Mère Nature (Planète Amazone), International Tribunal on Rights of Nature Convenes during COP21), bei denen keine Akkreditierung erforderlich waren. Im Folgenden zeigen wir anhand empirischer Befunde auf, dass es in Le Bourget von einander abweichende Vorstellungen von Klimawandel gab, was gemäß des in Kapitel 2 besprochenen sozialen Konstruktivismus zunächst zu erwarten war.

4.1. Methode

COPs werden als wesentlicher klimapolitischer Knotenpunkt bezüglich Wissensproduktion, politischer Legitimation und Bühne für die Öffentlichkeit gesehen (Craggs & Mahony 2014, 414). Insofern sind Ontologien, Epistemologien und Methoden, die dort ausgehandelt werden, mit entsprechender Macht ausgestattet. Die dort vorgefundenen *Frames* können mit der in den Kapiteln 2 und 3 vorgefundenen Pluralität verglichen werden, sodass deutlich wird, welchen *Klimawändeln* die COP21 (*k*)eine Bühne geboten hat.

Explizites Wissen in Form von Texten, Reden, Diagrammen und Fotos wird dabei als Methode angesehen, die Subjekte anwenden, um mit Klimawandel zu interagieren. Da wir im Sinne es heterogenen Konstruktivismus keine Grenze zwischen Erkennen und Sein ziehen, sagt der Umgang mit Klimawandel und die Methode ihn zu erkennen gleichzeitig etwas über die Ontologie aus. Durch die Analyse der Art und Weise, wie Klimawandel erkannt wird, wird also ein Zugang zu *Klimawändeln* geschaffen. Dies geschieht unter zwei Prämissen: Erstens, Methoden formen das Objekt, auf das sie abzielen. Als solche sind Dokumente wie unter Abschnitt 2.3 ausgeführt worden ist, performativ. Zweitens, Klimawandel ist so komplex, dass er nur durch Indikatoren und Übersetzung erkannt werden kann (Carolan 2004, 505) (Abschnitt 2.4). Sprache, Bilder und Zahlen können dabei ein Mittel sein, das Klimawandel eine Bewusstseinsstufe näher an das Subjekt rückt. Das Bild eines verängstigten Menschen, die Zahl 400 ppm oder ein Slogan können als Methode gesehen werden, mit dem Subjekte die Pluralität Klimawandel erfahren. Gleichzeitig kann explizites Wissen als Ausschnitt einer Klimawandel-Ontologie gesehen werden. So kann ein Vortrag offenbaren, welches *Framing* bzw. welcher *Frame* vorliegt. Nachfolgende empirische Illustration berücksichtigt Texte, verschriftliche Reden, Fotos, Slogans, Plakate und andere Daten, die eindeutig festgehalten worden sind.

Wir folgen Weisser (2014, 50), der eine ausschließlich Text-basierte Analyse als unzureichend bewertet und argumentiert, dass internationale Policy- Gestaltung nur analysiert werden kann, wenn auch die Inszenierung des impliziten Wissens einbezogen wird. Diese These deckt sich auch mit dem Gedanken, dass Klimawandel auch die Interaktion mit dem Objekt beinhaltet. Wie Klimawandel auf der internationalen Bühne dargeboten wird, kann demnach nur auch unter Einbeziehung von impliziten Wissen erkannt werden (Bueger 2013, 5).

Trotz der Akkreditierungen mit BeobachterInnenstatus blieb den AutorInnen der Zutritt zu zentralen Verhandlungen in *Le Bourget* verwehrt, sodass lediglich ein Teil der dort anwesenden *Frames* beobachtet werden konnte. Teilnehmende Beobachtung erlaubte es den AutorInnen unmittelbar in die Situation einzutauchen und die Interaktion mit Artefakten

des Klimawandels zu erfahren. Insgesamt konnten direkte Beobachtungen und auch nicht artikuliertes Wissen einbezogen werden, um verschiedene *Frames* zu erkennen.

4.2. Klimawandel der Pariser Klimakonferenz

Angenommen wir hätten den Begriff *Klimawandel* noch nie zuvor gehört und versuchten auf der COP21 herauszufinden, um was es geht, wir wurden vermutlich erkennen, dass es dort um etwas Wichtiges, gar Überdimensionales geht. Das Thema der *United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC)* ist auf den ersten Blick etwas Allumfassendes. Dies wird uns spätestens nach der ersten Verhandlungswoche der COP21 klar. Am 5. Dezember um 18.30 Uhr, fand im öffentlichen Plenum ein erster großer Zwischenbericht der *Ad Hoc Working Group on the Durban Platform for Enhanced Action (ADP)* statt. In den Redebeiträgen fällt auf, dass als Legitimierung und Kernziel abstrakte und großskalige Begriffe wie eine maximale Erdtemperatur und CO₂-Atmosphärenwerte genannt werden. Laurent Fabius, Außenminister Frankreichs und Präsident der COP21, erklärt, dass es auf der COP21 nicht nur um Klima, sondern um das Leben geht: „C'est que ce dont nous discutons, c'est pas simplement l'environnement, c'est pas simplement le climat, c'est la vie. C'est la vie.“ Der Vertreter der Marshallinseln sieht das ähnlich: „We have come here on a mission to safeguard our future.“ Die UN-Klimarahmenkonvention präsentiert und inszeniert sich als Beschützerin und Verwalterin der Zukunft, des Lebens auf dem Planeten Erde. Ein politisches Organ, das sich die Ausarbeitung von Antworten auf den Klimawandel zugeschrieben hat, nimmt sich im Bilde eines *planetary managements* der Aufgabe einer gemeinsamen Zukunftsplanung an. Klimawandel, so scheint es, durchdringt alle Kulturen, Regionen, Haushalte und Individuen; schließt keinen Bereich des Lebens oder der Welt aus. Wir konnten in Paris während der COP21 eine große Bandbreite an Indikatoren erkennen, wie Klimawandel individuell erfahrbar gemacht und verstanden wird.

In der Pariser Innenstadt wird der Öffentlichkeit präsentiert, dass der Klimawandel nicht nur ein Thema der *UNFCCC*, sondern von *allen* ist. Das Ver- und Entsorgungsunternehmen *Veolia* erklärt kurzer Hand *Le climat est l'affaire de tous!* und fährt in der Innenstadt mit Fahrrad-Rikschas umher, die die Aufschrift *Réveillons-nous pour le climat!* (Abb.3) haben. Das Thema Klimawandel ist im Pariser Stadtbild unübersehbar und säumt durch aufgestellte Windräder, Pyramiden aus Sonnenkollektoren und einer Menge weiterer aufwändig gebauter Konstruktionen den Weihnachtsmarkt an der weltberühmten Champs Elysées in Richtung Arc de Triomphe. Auch in Museen wie dem Centre Pompidou waren gegen Ende November Kunstwerke mit COP21-Hinweisschildern versehen worden, die sich thematisch mit dem Klimawandel beschäftigen. In Abb. 4 ist ein Ausschnitt eines Kunstwerks zu sehen, das hunderte Globen mit jeweils großen Beulen darstellt, die scheinbar notdürftig mit Klebeband verbunden wurden. BesucherInnen aus aller Welt wird so auch durch Kunst gezeigt, dass sich Klimawandel *global* auswirkt und unsere Beule, eine gemeinsame ist.

Das französische Einzelhandels-Unternehmen *Carrefour* verteilt vor dem COP-Gelände in Le Bourget Äpfel zusammen mit einer Serviette auf der der Slogan *Climat 2015 Carrefour s'engage* steht. Im Innenbereich der COP wiederum werden Schokoladentafeln mit der Aufschrift *The Change Chocolate* an die Gäste verteilt. Früh wird klar, dass auch

Schokolade, Apfel und Servietten teil der Klimawandel-Vorstellungen in Paris sind bzw. diskursiv dazu gemacht werden. Im Innenbereich gibt es weitere Beispiele, dass Klimawandel ein Phänomen mit globalen Auswirkungen ist. Dies verdeutlicht der hellgrüne Schriftzug über einer großen Weltkarte: *Below 2 C – together we'll make it* am deutsche Pavillon (Abb. 5) und der Slogan *growing together sustainably* auf einem Bild im Pavillon sechs arabischer Staaten. Das oft genannte 2-Grad-Ziel, so wird deutlich, kann nur durch Zusammenhalt erreicht werden.

Längst beschränkt sich der Klimawandeldiskurs nicht mehr nur auf die Labore und Vorlesungssäle naturwissenschaftlicher Disziplinen, sondern ist in der Öffentlichkeit angekommen. Trotzdem besteht weiterhin das Bedürfnis danach Klimawandel durch Zahlen, Formeln und Statistiken auszudrücken. Bemerkenswert ist dies v. a. dann, wenn es für Zielgruppen geschieht, die weder mit den Erkenntnismethoden, noch mit deren kryptischen Ergebnissen vertraut sind. So blickten wartende Fahrgäste am Bahnhof *Châtelet – Les Halles* auf Wände mit riesigen mathematischen Gleichungen eines globalen Klimamodells (Abb. 6 & 7). Als Erklärung steht auf einem Plakat, dass diese Gleichungen die logische Basis für das Verständnis der Wissenschaft des Klimawandels seien.

Unter den Sätzen steht PARIS 2015 UN CLIMATE CHANGE CONFERENCE. BetrachterInnen werden im Namen der Logik des Klimawandels vor ein – für Laien unverständliches – mathematisches Gebilde gestellt. Klimawandel wird als etwas hoch Komplexes dargestellt, das von ExpertInnen – anders als von Laien – durch Spezialwissen, Formeln und Modelle errechnet werden kann. Auch auf dem Side Event *Strengthening indigenous peoples adaptations strategies and food security through direct access to GFC*, wird festgestellt, dass Entwicklungszusammenarbeit unter Berücksichtigung des Klimawandels in Zahlen gedacht wird: „Development as it is today: numerical“.

Gleichzeitig wird auf der COP 21 betont, welches Gremium die Komplexität des Klimawandels verstehen kann, bzw. entschlüsseln soll. Ayman Shasly, Vertreter der Delegation Saudi-Arabiens erklärt auf der öffentlichen ADP-Sitzung:

„Mr. Chairman, Mr. President, I should say, we want to be guided by the proven science. When we set the goal for our efforts as governments for this agreement, it has to be substantiated with proven science. We have the Intergovernmental Panel Of Climate Change, a very reputable body in that, produced the fifth assesment report, just a year ago, after many years of work. We have to take their output into account whent we set the global goal. (...) We have to rely on science, and not any science, science that is coming from the IPCC. And we respect and we adore and we will all work together to archieve the scientific goal and no other goal, Mr. President, the political or any other goal that one might think of“.

Auch in CentQuatre in der Climate Action Zone wird Klima abseits von atmosphärischen Zuständen besprochen. Zweit Tage vor der Unterzeichnung des Klimaabkommens in Paris hielt dort die weltweit bekannte kanadische Klima-Aktivistin Naomi Klein vor ca. 5.000 AktivistInnen eine Rede. In dieser bezeichnete sie die COP 21 als elitär, die mithilfe internationaler Handelsabkommen die Interessen des bestehenden politischen und wirtschaftlichen Systems schützen würde. Sie kritisierte darüber hinaus die weltweit

steigende Ungleichverteilung von Reichtum, den Qualitätsverlust der Umwelt und die damit oft einhergehenden Menschenrechtsverstöße. Ihr Verständnis von Klimawandel ist somit politisch aufgeladen und kann als Systemkritik verstanden werden, was sich auch in dem auf alternativen Veranstaltungen benutzten Motto „System change, not climate change“ widerspiegelt. In CentQuatre kursierten weitere Handzettel mit dezidiert politischer Systemkritik. Ein Beispiel ist der Flyer von Planet Resistance, die in diesem den Klimawandel als Anlass zum Aufruf zu einer sozialistischen Revolution sahen: „Don't we have to stop the whole system that is speeding up climate change? Real system change means revolution!“ (Planetresistance 2016).

Antworten, weshalb etwas gegen den Klimawandel unternommen werden müsste, lassen sich auch auf der COP selbst finden. Auf dem Side Event „The role of Ethics and Awareness in Climate Change Solutions“ fordert Jayanti Kirpalani (Verantwortliche von Brahma Kumaris World Spiritual University) auf, Klimawandel als große Chance zu sehen, eine neue Welt zu gestalten. Gleichzeitig macht sie deutlich, dass Klimawandel im Moment meist nicht als Chance, sondern als Hoffnungslosigkeit gesehen wird. Es wird deutlich, Klimawandel ist nicht nur überdimensional, global und hoch komplex, er wird auch als eine Bedrohung für jeden Einzelnen und für die Zukunft angesehen. Die Foto-Reihe The Human Face of Climate Change von den Fotografen Mathias Braschler und Monika Fischer zeigt Menschen, deren Leben merklich von den Folgen des Klimawandels betroffen sind. (Abb. 9-11). Der Klimawandel wird als etwas Übermächtiges und Bedrohliches dargestellt, das Menschen auf der ganzen Erde Sorgen bereitet. Auf emotionale Weise wird BetrachterInnen deutlich, dass die sich verändernden atmosphärischen Zustände lebensbedrohlich für konkrete Menschen sind.

Im Innenbereich der COP 21 waren Demonstrationen nur dann erlaubt, wenn die Form und der Inhalt vorher mit den OrganisatorInnen abgesprochen waren. Auf Abb. 12 ist eine Demonstration der Young Health Working Group zu sehen, die den Klimawandel als das größte Gesundheitsrisiko des 21. Jahrhunderts ansehen, durch den nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation in den Jahren 2030- 2050 250.000 Tote pro Jahr zu erwarten waren. Der Friedensnobelpreisträger Al Gore zeigte in Paris eine Präsentation mit Bildern und Filmausschnitten zum Thema Klimawandel, die eine Reihe apokalyptischer Naturphänomene der letzten Jahre in verschiedenen Regionen der Erde zeigte. Alle Katastrophen seien in der einen oder anderen Form vom Klimawandel ausgelöst worden, so Gore. Der Sensationalismus und Alarmismus in seiner Präsentation erinnerte dabei an einen Hollywood-Aktionfilm und kann mit Erenit & Segnit (2006, 7) gesprochen auch als Klimawandel-*Porno* bezeichnet werden.

Ein Beispiel für eine diskursive Vereinnahmung in Paris war der durch die indischen Delegation verwandte Slogan *climate justice*, den DemonstrantInnen zuvor als Systemkritik verstanden wissen wollten, der nunmehr ein gleiches Anrecht auf CO₂-Emissionen und somit fast das Gegenteil der ursprünglichen Bedeutung meinte. Eine etwa 60-jährige Frau aus einem ozeanischen Inselstaat berichtete auf einem weiteren Side-Event von konkreten Folgen des Klimawandels in ihrer Heimat. Anders als viele ihrer PolitikerInnen und VorrederInnen griff sie in ihrer Rede auf persönliche Erfahrungen zurück und beschrieb in einer emotionalen Rede unter Tränen wie der steigende Meeresspiegel und sich verändernde Wetterphänomene ihr Leben, ihr Volk und ihr Verhältnis zur Umwelt negativ beeinträchtigen. Ihre spezifische Vorstellung von

Klimawandel war durch ihren kulturellen Hintergrund geprägt, wo dieser bereits eine existenzielle Bedrohung für ihre Kultur darstellt. Drei VertreterInnen des Volkes der Kichwa aus Amazonien präsentierten auf einem weiteren Side-Event in Le Bourget ihre Sichtweise auf den Klimawandel (Abb. 13). Sie gingen zunächst auf ihre Umweltontologie ein und sprachen dabei von Pachamama (Mutter Erde), Kawsak Sacha (lebendem Wald), und dem Runa (Menschen) in einem reziproken Verhältnis mit allen anderen Wesen in einem Llakta (Beziehungsgeflecht) emotional, psychologisch, physisch und spirituell verbunden sind (Kawsak Sacha 2015). Mit ihrer Epistemologie und Ontologie machten sie darauf aufmerksam, dass Natur für sie nicht auf eine Ressource für menschliche Zwecke reduziert werden kann. Sie kritisierten somit nicht nur die vorherrschende westliche Mensch-Umwelt-Ontologie, sondern auch die aus ihrer Sicht politischen Ursachen des Klimawandels und die damit einhergehenden Diskurse.

„In seinem blinden Streben nach Zivilisierung, Entwicklung und Modernisierung, verletzt der Staat die Rechte dieser Einheit aus menschlichem und nicht-menschlichem Leben, in der wir Naturvölker teilhaben. Wie heuchlerisch erscheinen uns Regierungen, wenn sie in feierlichen Reden Imperialismus, Kapitalismus und Kolonialismus kritisieren, während sie gleichzeitig im Namen der sogenannten Demokratie neokolonialistische Strategien zur grosrahmigen Förderung der Naturressourcen entwickeln, und damit unsere Mutter Erde bedrohen!“ (Kawsak Sacha 2015).

Besonders auch außerhalb der COP kommen holistische Umweltontologien zum Vorschein. Auf dem Sommet de l'Alliance des Gardiens de Mère Nature von der NGO Planète Amazone spricht Cacique Raoni Metuktire, ein Vertreter der indigenen Gemeinschaften des Xingu in Brasilien. „Wir leben mit unseren Flüssen. Flüsse nähren uns. Wir leben Tag ein, Tag aus mit der Natur.“ Weiterhin wird geschildert: „Wir sind verbunden: Der Mensch und die Natur. Diese Beziehung versteht die entwickelte Welt nicht.“ Auf der Veranstaltung wird klar, wie kritisch die Redner zur brasilianischen Regierung stehen. Das Thema Dialog zwischen indigenen Gemeinschaften und nationalen Regierungen greift auch die UNFCCC auf. In der öffentlich zugänglichen Climate Generations Area wurde darüber eine Pressekonferenz abgehalten. Der Manager des Environment Program Team des United Nations Development Programs (UNDP) McNeill, moderiert die Veranstaltung wie eine Werbekampagne. Edward Porokowa, ein Maasai aus Tansania berichtet von den Dialogen mit der Regierung:

„Through the national dialogue, the Indigenous Peoples of Tanzania, have directly advocated for the changes we need, and the government has committed to addressing indigenous priorities regarding climate change and to continuing this dialogue.“

McNeill bedankt sich nickend bei Edward Porokwa mit den Worten: „Great story!“. Seltsamerweise waren auf den PC-Arbeitsplätzen des COP-Geländes Internetseiten gesperrt, die sich für holistische Umweltontologien einsetzen (the rightsofnature.org). Auf dem International Tribunal on Rights of Nature Convened during COP21 im 11. Arrondissement in Paris wird das Projekt für die Allgemeine Erklärung der Rechte der Mutter Erde vorgestellt. Artikel 1.1 dieser Erklärung lautet: „La Terre Mere est un etre vivant“ was inhaltlich jenem Recht der Natur nahe steht, wie es in Ecuador bereits

Verfassungsrang besitzt. Dieser Artikel fordert, dass bei Klimaverhandlungen Natur als Lebewesen und Spenderin allen Lebens verstanden und behandelt werden sollte, bevor ökonomische Maßnahmen (wie Zertifikathandel) beschlossen werden, die nach Aussagen des amerikanischen indigenen Klima-Aktivisten Tom Goldtooth Mutter Natur in die Mitte eines fragwürdigen globalen Marktplatzes stellt.

4.3. Negation der vorgefundenen Pluralität

So wie die AutorInnen Klimawandel während der Pariser Klimakonferenz erfahren haben, scheint dieser Begriff alles zu umfassen und weit in unser Leben hineinzuragen. Er ist übermächtig, hoch komplex und enorm relevant für die Zukunft einzelner Individuen und die gesamte Menschheit. In diesem Sinne kann Klimawandel als floating signifier bezeichnet werden, der keine eindeutige Referenz hat und für den es keine allgemeingültige Vereinbarung gibt. Das heißt, da der Begriff Klimawandel alles subsumiert, wird er zu einem leeren Bedeutungsträger.

Unsere Überlegungen wie sich Repräsentationen von Klimawandel gegen andere durchsetzen und andere diskursiv verdrängen, sollten daher durch machttheoretische erweitert werden. Wir argumentieren, dass die gesamte Pluralität der existierenden Klimawandel auf der COP21 u. a. deswegen nicht zum Vorschein kam, da durch Auswahlverfahren manchen Akteuren der Zutritt zur COP21 verwehrt wird. Im Foucaultschen Sinne hat eine Sortierung der Körper mit Hilfe einer panoptischer Praktiken der französischen Regierung und der COP21 VeranstalterInnen stattgefunden: Wegen des kurz vor der COP21 aus Sicherheitsgründen ausgerufenen Ausnahmezustands wurden alle geplanten (Groß-)Demonstrationen in Frankreich verboten, Dutzende AktivistInnen unter Hausarrest gestellt, mehrere 100 Visa ausländischer Aktivisten nicht erteilt und zusätzlich alle Grenzübergänge, inklusive Autobahnen, von PolizistInnen kontrolliert. Auf der COP21 selbst war der Filter ungleich feiner justiert: Langjährige und aufwändige Akkreditierungsverfahren, Flughafen-ähnliche Kontrollen in der Eingangshalle samt Scangeräten an Ein- und Ausgang, Polizei- und Militärpräsenz auf dem gesamten Gelände, ausgewählte Redebeiträge auf den Side-Events, ausgewählte NGOs in den Ausstellungshallen und die Notwendigkeit der Ankündigung einer Demonstrationen im Innenbereich der COP.

Marginale Klimawandel wurden auf der COP21 diskursiv vereinnahmt indem sie scheinbar in das hegemoniale Klimawandelverständnis eingebaut wurden, ohne sich vor Ort dazu äußern zu können. Durch eine stetige Konsens-Inszenierung wurde Dissens erschwert. Trotzdem haben wir auf der COP21 im Innenbereich Unvereinbarkeiten zwischen Klimawandeldarstellungen erkennen können. Vor allem indigenen Gruppen mit holistischen Kosmologien unter Berücksichtigung bereits heutiger Konsequenzen des Klimawandels lehnen Kommodifizierungs-Maßnahmen als mit ihren Wertvorstellungen unvereinbar ab. Außerdem forderte Baldwin auf dem Side-Event The importance of social science research for understanding climate change induced migration eine stärkere Einbeziehung von Sozialwissenschaften, während VertreterInnen der Vertragsstaaten im öffentlichen Plenum deutlich machten, dass sie sich ausschließlich auf den IPCC berufen. Gegensätze kamen besonders auf alternativen Veranstaltungen in der Pariser Innenstadt zum Vorschein, die das wirtschaftspolitische System – inklusive der COP21 – als Teil des

Problems und nicht der Lösung ansahen. Vor allem Indigene und die etwa 5.000 KlimaaktivistInnen um Naomi Klein in CentQuatre kritisierten die COP21 als hegemoniale Politstruktur. Obwohl es GrenzgängerInnen gab, die sowohl auf der COP als auch auf COP-kritischen Veranstaltungen zu finden waren, gab es keine gemeinsamen Diskurse über Ontologien, Epistemologien und Methoden, sondern eher zwei voneinander getrennte.

Es konnte auf mehreren ontologischen Hauptachsen ein Reduktionismus zugunsten eines bestimmten Pols festgestellt werden. Auf der zeitlich-perspektivistischen Achse wurde Klimawandel als Objekt der Zukunft in den Vordergrund gestellt. Daraus folgt einerseits eine Marginalisierung der gegenwärtigen Auswirkungen, andererseits auch eine verkürzte historische Reflexion wie der Klimawandel zustande kam. Wir konnten darüber hinaus auf der COP21 auffallend wenig Anzeichen erkennen, die Auslöser des Klimawandels thematisierten. Das liberale kapitalistische Wirtschaftssystem, das Verbrennen von Erdöl, Erdgas und Kohle wurden weder in Wort, Bild oder Vortrag explizit genannt. Demgegenüber wurden umso mehr Naturaufnahmen der jeweiligen Länder gezeigt, die an Reisekataloge erinnerten (Abb. 14) und wenig mit dem Thema Klimawandel zu tun haben. Was die Skalen betrifft, so wurde Klimawandel auf der COP21 meist als globales Phänomen dargestellt, dass die Menschheit unterschiedslos betrifft. Nur vereinzelt konnten auch lokale und individuelle Merkmale gefunden werden. Letztere zeigten sich immer in Kombination mit einem Klimawandel als existenzielle Bedrohung und Entfremdung von Umwelt und Kultur.

Der Klimawandel der COP, war vor allem ein Klimawandel der Naturwissenschaften, der durch Zahlen und mathematische Formeln dargestellt, das inhärent Soziale vernachlässigte. Zudem wurde Klimawandel als Objekt präsentiert, wegen dem wirtschaftliche Strategien entwickelt und nicht politische Systeme debattiert werden müssen.

5. Ausblick

Insgesamt wird deutlich, dass auf der COP unterschiedliche *Frames*, darunter auch sich ausschließende, zu finden waren. Die COP21 zeigte sich uns dennoch nicht als Bühne für eine Pluralität des Klimawandels, da diese anzuerkennen bedeutet, dass ungleiche, widerstreitende Ontologien und Epistemologien neben- und miteinander existieren können ohne sie in einen globalen Konsens auflösen zu wollen. Den vorgefundenen hegemonialen *Frame* der COP21 nennen wir daher *pseudo-plural*, weil marginalisierte Ontologien zwar integriert worden sind, der Dissens aber geleugnet wurde. Wir konnten die These von Swyngedouw (2010) weitestgehend bestätigen, dass in internationalen Debatten eine Angleichung der Vorstellung von Natur und Klimawandel stattfindet. Die These hingegen, dass Dissens über die bestehende politisch-wirtschaftliche Konfiguration aus dem Diskurs gänzlich evakuiert wurde, konnten wir weder in Le Bourget, noch außerhalb in Paris feststellen. Es erscheint vielmehr, dass der in Paris vorgebrachte Dissens durch bestimmte Ausschlusspraktiken physisch erschwert wurde diskursiv durch global-Rhetoriken der Politik und des IPCC vereinnahmt wird.

Deutlich war auf der COP21 der von Swyngedouw (2010, 222) konstatierte Kontrast zwischen der Behauptung, dass Klimawandel im Namen der Ärmsten aufgehalten werden

soll, und der gleichzeitigen Nicht-Beteiligung dieser Gruppe, samt der sozialwissenschaftlichen Analyse, wie es zu ihrem Armen-Status kam. Die Beteiligung von knapp 40.000 Akkreditierten aus aller Welt, dutzenden NGOs, angemeldeten Demonstrationen, Vorträgen von Indigenen sollte die Schlussfolgerung einer diskursiv offenen und transparenten COP21 zulassen, auf der jede Stimme gehört wurde. Die inhaltliche Nicht-Beachtung, z. B. der Indigenen, liegt mindestens in gleichem Maße an der diskursiven Marginalisierung, wie auch an den derzeitigen Strukturen der globalen Umweltpolitik. Sowohl der IPCC als epistemologischer Riese lässt wenig Dissens zu, als auch die auf Konsens ausgerichteten Politikstrukturen. Nationale Verhandlungsteams repräsentierten jeweils nur die politischen Mehrheiten ihrer Länder (Demokratien) oder das Interesse kleiner nationalen Eliten (autokratische Regime). In einer pluralistischen Welt mit heterogenen (Klimawandel) Ontologien kann es keinen universellen Konsens geben. Politischer Widerstreit für bessere Argumente sind nach Mouffe (2007) für Demokratien konstitutiv, sodass eine Negation von Pluralitäten eine Gefahr darstellt.

Eine unipolare Weltordnung, globale Zivilgesellschaft und kosmopolitische Souveränität könne kein Gleichgewicht zwischen regionalen Polen herstellen (ebd., 8). Liverman (2009), Hulme (2010a, 2010b) und Jasanoff (2010) argumentieren, dass eine einheitliche, globale und singulär-gültige Version von Klimawandel nicht nur exklusiv ist und viele abweichende Ansichten diskursiv ausschließt, sondern auch, dass ein sprödes und wenig fluides Klimawandelverständnis einem regional spezifischen Verständnis im Wege steht. Mouffe (2007) kritisiert den Liberalismus als politisches Projekt, da dieser unfähig sei, kollektive Identitäten, Rationalitäten und Bedürfnisse zu verstehen und an den Ausgangs- und Endpunkt stets das Individuum stellt. Die Besonderheit demokratischer Politik, so Mouffe (ebd., 21 f), liege jedoch nicht in der Überwindung des Wir-Sie-Gegensatzes, sondern in der spezifischen Weise seiner Etablierung. Laut Mouffe (2007, 158) benötigt Demokratie „einen konfliktualen Konsens [...] über die ethisch-politischen Werte der Freiheit und Gleichheit aller, einen Dissens aber über die Interpretation dieser Werte.“

Mouffe (2007, 136) stellt sich die Frage inwiefern eine kosmopolitische, liberale, weltweit organisierte institutionelle Verfassung des politischen Gemeinwesens überhaupt demokratisch sein kann. Internationale Strukturen sollten nicht frühzeitig und prinzipiell abgelehnt werden, noch ihr Nutzen aberkannt werden, aber sie sollten ein höheres als das bisherige Maß an Pluralismus zulassen, anstatt um eine einheitliche Machtstruktur herum organisiert zu werden.

Literatur

- Agarwal, A., & S. Narain (1991): Global warming in an unequal world: A case of environmental colonialism. In: Global warming in an unequal world: a case of environmental colonialism. Centre for Science and Environment.
- Alvesson, M., & K. Sköldbberg (2009): Positivism, social constructionism, critical realism: Three reference points in the philosophy of science. *Reflexive methodology: New vistas for qualitative research*, 15-52.
- Bakker, K. (2007): The “commons” versus the “commodity”: Alter-globalization, anti-privatization and the human right to water in the global south. *Antipode*, 39(3), 430-455.
- Baskin, J. (2014): The Ideology of the Anthropocene? *MSSI Research Paper* (3). Melbourne.

- Beck, U. (1993): *Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung.* Frankfurt.
- Berger, P. L. & T. Luckmann (1966): *The social construction of reality: A treatise in the sociology of knowledge* (1. ed.). Garden City, N.Y: Doubleday.
- Berkes, F. (2009): Indigenous ways of knowing and the study of environmental change. *Journal of the Royal Society of New Zealand*, 39(4), 151-156.
- Bohle, H.G., Downing, T.E. & M. J. Watts (1994): Climate change and social vulnerability: toward a sociology and geography of food insecurity. *Global Environmental Change* 4 (1), 37–48.
- Bueger, C. (2013): Pathways to practice: praxiography and international politics. *European Political Science Review*, 6(3), 383-406.
- Carolan, M. S. (2004). Ontological politics: mapping a complex environmental problem. *Environmental Values*, 497-522.
- Craggs, R., & M. Mahony (2014): The geographies of the conference: Knowledge, performance and protest. *Geography Compass*, 8(6), 414-430.
- Crutzen, P. J. & E. F. Stoermer (2000): The “anthropocene”. *Global Change Newsletter*. 41, 17–18.
- Daniels, S. & G. H. Endfield (2009): Narratives of climate change: introduction. *Journal of Historical Geography*, 35. 215-222.
- Demeritt, D. (2001): The construction of global warming and the politics of science. *Annals of the association of American geographers*, 91(2), 307-337.
- Doyle, T. & S. Chaturvedi (2010): Climate Territories: A Global Soul for the Global South? *Geopolitics*, 15(3), 516-535.
- Ereaut, G. & N. Segnit (2006): *Warm Words: How Are We Telling the Climate Change Story and Can We Tell it Better?*, London: Institute for Public Policy Research.
- Esbjörn-Hargens, S. (2009): An overview of integral theory: An all-inclusive framework for the 21st century. *Integral Institute*, 1, 1–24.
- Esbjörn-Hargens, S. (2010): An ontology of climate change. *Journal of Integral Theory and Practice*, 5(1), 143-174.
- Fernández-Llamazares, Á., Méndez-López, M. E., Díaz-Reviriego, I., McBride, M. F., Pyhälä, A., Rosell-Melé, A., & V. Reyes-García (2015): Links between media communication and local perceptions of climate change in an indigenous society. *Climatic change*, 131(2), 307-320.
- Goldman, M. J., Daly, M., & E.J. Lovell (2015): Exploring multiple ontologies of drought in agro-pastoral regions of Northern Tanzania: a topological approach. *Area*.
- Hamblyn, R. (2009): The whistleblower and the canary: rhetorical constructions of climate change. *Journal of Historical Geography* 35 (2009) 223– 236.
- Hulme, M. (2008): Geographical work at the boundaries of climate change. *Transactions of the Institute of British Geographers*, 33(1), 5-11.
- Hulme, M. (2009): *Why We Disagree About Climate Change: Understanding Controversy, Inaction and Opportunity.* Cambridge: Cambridge University Press.
- Hulme, M. (2010a): Problems with making and governing global kinds of knowledge. *Global Environmental Change*, 20(4), 558-564.
- Hulme, M. (2010b): *Cosmopolitan Climates Hybridity, Foresight and Meaning.* Theory, Culture & Society. Vol. 27(2–3). Sage. Los Angeles, London, New Delhi, and Singapore. 267–276.
- Jasanoff, S., (2004): The idiom of co-production. In: Jasanoff, S. (Ed.), *States of Knowledge. The Co- Production of Science and Social Order.* London: Routledge.
- Latour, B. (1993): *We Have Never Been Modern.* Cambridge: Harvard University Press.
- Latour, B. (2004): Why has critique run out of steam? From matters of fact to matters of concern. *Critical inquiry*, 30(2), 225-248.

- Liverman, D. M. (2009): Conventions of climate change: constructions of danger and the dispossession of the atmosphere. *Journal of historical geography*, 35(2), 279-296.
- Lövbrand, E., Beck, S., Chilvers, J., Forsyth, T., Hedrén, J., Hulme, M., Lidskog, R. & E. Vasileiadou (2015): Who speaks for the future of Earth? How critical social science can extend the conversation on the Anthropocene. *Global Environmental Change*, 32, 211-218.
- Mayer, M. & F. J. Arndt (2009): The politics of siconatures: images of environmental foreign policy. In: Harris PG (ed.) *Environmental Change and Foreign Policy: Theory And Practice*. London: Routledge, 74–89.
- Mouffe, C. (2007): *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Müller, D. (2012). *Die Ethik des Klimawandels*. Norderstedt: GRIN.
- King, D. N. T., Skipper, A., & W. B. Tawhai (2008): Māori environmental knowledge of local weather and climate change in Aotearoa–New Zealand. *Climatic Change*, 90(4), 385-409.
- Peake, S. (2005): Epistemologies of Climate Change. *Science, Stories, and Scepticism. Organization & Environment*, 18 (4), 495-499.
- Schmidinger, H. (2010). *Metaphysik: Ein Grundkurs* (3. Aufl.). Stuttgart: Kohlhammer.
- Schmitt, C. (1963): *Der Begriff des Politischen*. Duncker & Humblot.
- Swyngedouw, E. (2010): Apocalypse forever? Post-political populism and the spectre of climate change. *Theory, Culture & Society*, 27(2-3), 213- 232.
- Weisser, F. (2014): Practices, politics, performativities: Documents in the international negotiations on climate change. *Political Geography*, 40, 46-55.
- Winter, R. (2010): Sozialer Konstruktivismus. In: *Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 123-135.

Internetquellen

- British Petroleum (BP) (2016): BP Website (Abrufbar unter: http://www.bp.com/de_de/germany/nachhaltigkeit/klimawandel/klimawandel.html, Letzter Abruf am: 25.03.2016).
- COP21 (2016): (Abrufbar unter: <http://www.cop21.gouv.fr/en/cop21-at-le-bourget-in-figures/>, Letzter Abruf am: 25.03.2016).
- E.ON (2016): E.ON Website. (Abrufbar unter: http://www.eon.com/content/dam/eon-com/de/downloads/e/E.ON_Umwelt_und_Klimaschutz_Leitlinie_DE.pdf Letzter Abruf am: 25.03.2016).
- Goldenberg, S. (2015): US Senate refuses to accept humanity's role in global climate change, again. *The Guardian*. (Abrufbar unter: <http://www.theguardian.com/environment/2015/jan/22/us-senate-man-climate-change-global-warming-hoax> Letzter Abruf am: 25.03.2016).
- Heartland Institute (HI) (2016): Website (Abrufbar unter: <https://www.heartland.org/> Letzter Abruf am: 25.03.2016).
- Islamische Klimawandel Deklaration (IKD) (2015): Islamic Declaration on Global Climate Change. (Abrufbar unter: <http://islamicclimatedeclaration.org/islamic-declaration-on-global-climate-change/> Letzter Abruf am: 25.03.2016).
- IPCC (2013): Fünfter Sachstandsbericht des IPCC. Arbeitsgruppe 1, Physische Wissenschaftsbasis (Abrufbar unter: http://www.climatechange2013.org/images/report/WG1AR5_ALL_FINAL.pdf Letzter Abruf: 26.03.2016)

- Kawsak Sacha (2015): (Abrufbar unter: <http://www.kawsaksacha.com/#!/blank/oywhs>,
 Letzter Abruf am: 25.03.2016).
- Landman, A. (2010): BP's "Beyond Petroleum" Campaign Losing its Sheen. (Abrufbar
 unter:
<http://www.prwatch.org/news/2010/05/9038/bps-beyond-petroleum-campaign-losing-its-sheen>
 Letzter Abruf am: 25.03.2016).
- People's Agreement on Climate Change and the Rights of Mother Earth (2010): Abrufbar
 unter: <http://therightsofnature.org/cochabama-rights/> Letzter Aufruf: 25.03.2016).
- Planetresistance (2016): (Abrufbar unter: <https://planetresistance.wordpress.com/> Letzter
 Abruf am: 25.03.2016).
- Pouyanné, P. (2015): TOTAL Website. (Abrufbar unter:
<http://www.total.com/en/media/news/news/climate-total-engaged?xtmc=Climate%20Change&xtnp=1&xtdc=1>
 Letzter Abruf am:
 25.03.2016).

Politisches Klima in Paris: Zivilgesellschaftliche Proteste zwischen Repolitisierung und Post-Politischem Konsens

Bock, T. R., Götz, J. M. und Spitzley, B. A.

Zusammenfassung

Aufbauend auf dem Konzept der „Post-Politik“ nach Mouffe, Rancière und Zizek argumentiert Erik Swyngedouw, die internationalen Klimaverhandlungen befänden sich derzeit ebenfalls in einem post-politischen Zustand. In Einigkeit darüber, dass der Klimawandel ein zu bekämpfendes Problem ist, das die ganze Menschheit bedroht, komme es durch die populistische Darstellung als „humanitäre Katastrophe“ zur Entpolitisierung der Klimapolitik und zur Bildung eines Konsens, dass diesem nur mit liberal-technokratischen Mitteln entgegengetreten werden kann. Der vorliegende Artikel untersucht das Repolitisierungspotenzial der zivilgesellschaftlichen Klimabewegung anhand der Proteste während der 21. Conference of the Parties (COP 21) in Paris. Es zeigt sich, dass Swyngedouw bei seinen Ausführungen einen zu wenig differenzierten Blick auf die Diversität der Klimabewegung wirft und eine Zweiteilung in den hegemonialen Konsens unterstützende Stimmen einerseits und „unheard voices“ andererseits nicht ausreicht, um die Realität ausreichend abzubilden. Eine intensive, partizipierende Analyse der Klimabewegung in Paris als potenziell gegen-hegemoniale Kraft, zeigte, dass einigen dieser Stimmen durchaus politisches Potenzial zugesprochen werden kann, ein vollständiges Aufkommen des „Politischen“ dementsgegen jedoch nicht zu verzeichnen war.

Schlagwörter: Klimaverhandlungen, Post-Politik, COP21, Politisches Potenzial, Repolitisierungstendenzen, Klimabewegung

1. „Politisches“ Klima in Paris

Während sich im Dezember 2015 in Le Bourget zahlreiche Staatschefs, Diplomaten sowie eine Vielzahl an Observer*innen unter strengen Sicherheitsvorkehrungen in einem alten Militärflughafen in Le Bourget treffen um im Konsens ein globales Klimaabkommen zu verabschieden, hört man auf den „Straßen Paris“ das „Rauschen“¹ anderer Stimmen. Es artikuliert sich Kritik gegen die technokratischen Lösungen im hegemonialen Diskurs, es wird das Wort gegen soziale Ungleichheiten gerichtet, Forderungen nach „Climate Justice“ und „System Change“ werden laut. Doch wohin führt dieser kritische Diskurs? Bleibt es bei einem ungehörten „Rauschen“, dessen Aufbegehren durch Hausarreste oder Zivilpolizei zum Schweigen gebracht wird? Kommt es zu einer zunehmenden Artikulation radikaler Stimmen und Aktionen? Oder führt es „politisches Potenzial“ mit sich, das sich weiter entfalten und mobilisieren kann?

Folgt man der Argumentation Swyngedouws (2010a) so ist dieses Rauschen ein fundamentaler Teil des heutigen post-politischen Zustands der Gesellschaft. In Einigkeit darüber, dass der Klimawandel ein zu bekämpfendes Problem ist, das die ganze Menschheit bedroht, komme es durch die populistische Darstellung als „humanitäre

¹ „Rauschen“ bezieht sich dabei auf Rancières (1999) Verständnis antagonistischer politischer Aktivität: „Political activity [...] makes heard a discourse where once there was only place for noise; it makes understood as discourse what was once only heard as noise.“ Das Potential „noise“ bzw. „Rauschen“ in einen hörbaren Diskurs zu verwandeln ist Gegenstand dieses Artikels.

Katastrophe“ (Swyngedouw 2010a) zur Entpolitisierung der Klimapolitik und zur Bildung eines Konsens, dass diesem nur mit liberal-technokratischen Mitteln entgegengetreten werden kann. Diese Sichtweise stößt im akademischen Diskurs nicht nur auf Zustimmung. Nach Chatterton et al. (2013) oder Kenis und Mathijs (2014) ist dieses zivilgesellschaftliche „Rauschen“ beispielsweise durchaus als emanzipatorische politische Handlung zu verstehen, die klar antagonistisch zu den bestehenden hegemonialen Strukturen, in diesem Fall zu den offiziellen Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen und den durch sie propagierten technokratischen Managementlösungen des „Problems“ Klimawandel, stehen.

Vor dem Hintergrund der Debatte um eine anhaltende Post-Politisierung der Klimadebatte wird im vorliegenden Artikel argumentiert, dass durch Aktionen aus der Zivilgesellschaft deutlich kontrastierende Ebenen zu dem durch die UNFCCC (United Nations Framework Convention on Climate Change) repräsentierten, technokratischen Umgang mit dem Klimawandel aufgezeigt werden. Gleichzeitig wird jedoch ebenfalls deutlich, dass das daraus entstehende politische Potenzial (momentan) nicht ausreicht, um den post-politischen Zustand aufzubrechen und eine Repolitisierung der Klimadebatte herbeizuführen.

Nach einer Einführung in die Debatte um das „Politische“ und einer theoretisch-philosophischen Einführung in das Konzept der „Post-Politik“, einer begrifflichen Differenzierung zwischen dem „Politischen“, der „Politik“ und der „Polizei“, erfolgt eine kurze Auseinandersetzung mit den verschiedenen existierenden Verortungen der zivilgesellschaftlichen Klimabewegung in Bezug auf das „Politische“. Daran schließt sich eine Analyse der den Klimagipfel im Dezember 2015 in Paris begleitenden Protestaktionen aus der zivilgesellschaftlichen Klimabewegung an. Besonderes Augenmerk wird dabei auf das „politische Potenzial“ gelegt, also auf die Frage, inwiefern das vermeintlich verlorene „Politische“ in den Straßen Paris wiederauflebt.

2. Klimaverhandlungen und die Debatte um das „Politische“

In den letzten Jahrzehnten hat sich in der politischen Philosophie eine tiefgreifende Debatte über jenen Zustand entwickelt, der allgemein mit dem Begriff „post-politisch“ beschrieben werden kann. Viele namhafte Kommentator*innen aus Philosophie sowie angrenzenden Fachgebieten (u.a. Crouch 2004; Kythreotis 2012; Mouffe 2005; Rancière 1999; Žižek 2000) vertreten die Ansicht, dass die heutige Zeit durch eine Ära der Entpolitisierung gekennzeichnet ist.

Zwar existiert keine einheitliche Definition des Begriffs „Post-Politik“ (auch „Post-Demokratie“), es lassen sich allerdings bestimmte Merkmale festhalten, die immer wieder hervorgehoben werden. So ist „Post-Politik“ laut Swyngedouw (2010a) beispielsweise “[...] marked by the predominance of a managerial logic in all aspects of life [...]”, einer Reduktion “[...] of the political to administration where decision-making is increasingly considered to be a question of expert knowledge and not of political position [...]”. Kurz gesagt, es handelt sich um eine Politik, in der ideologische und von Dissens geprägte Streitfragen durch technokratische Planung, Verwaltung und Administration ersetzt werden (ebd.).

Um sich im Folgenden – insbesondere in Bezug auf die Klimaverhandlungen - näher mit dem „Politischen“ zu beschäftigen, ist zunächst eine Differenzierung einiger mit dem „Politischen“ eng verbundener Begriffe notwendig. Nicht nur die Konzeptualisierung von „Post-Politik“, auch die des Begriffs des „Politischen“ unterscheidet sich zwischen Vordenker*innen wie beispielsweise Mouffe und Rancière. Mouffe (2005) etwa differenziert zunächst zwischen „Politik“ und dem „Politischen“. Das „Politische“ ist für sie ein „Raum von Macht, Konflikt und Antagonismus“ wobei sie die „Dimension des Antagonismus“ als wesentlich für jede menschliche Gesellschaft ansieht. „Politik“ dagegen seien die Verfahren und Institutionen durch welche eine bestimmte gesellschaftliche Ordnung erschaffen werde, und die die menschliche Koexistenz im Kontext der Konflikthaftigkeit – bedingt durch das „Politische“ – organisierten.

Im Vergleich dazu unterscheidet Rancière (1999) zwischen drei Dimensionen: der „Politik“, der „Polizei“ und dem „Politischen“. Seine Differenzierung zwischen dem „Politischen“ und der „Polizei“ ist symmetrisch zu Mouffes Differenzierung zwischen dem „Politischen“ und der „Politik“. Das „Politische“ ist für ihn ein Prozess der „Emanzipation“, die „Polizei“ sieht er als „[...] an order of the visible and the sayable that sees that a particular activity is visible and another is not, that this speech is understood as discourse and another is noise.“ „Politik“ ist dabei der Raum des Zusammentreffens zwischen dem „Politischen“ und der „Polizei“; er konstatiert: „Politics exists when the natural order of domination is interrupted by the institution of a part of those who have no part.“ (ebd.).

Diese Konzeptualisierungen greift auch Swyngedouw in verschiedenen seiner wissenschaftlichen Arbeiten auf (u.a. Swyngedouw 2010a; 2010b; 2013). Für ihn ist das „Politische“ etwas, dass sich um die Artikulation eines „Dissens“ und um ein „Auseinanderbrechen“ dreht, um Stimmen, die ihren Platz in der vorherrschenden Ordnung fordern (Swyngedouw 2014). „The political emerges when the few claim the name of the many“ (ebd.). Auf dieses Verständnis des „Politischen“ wird sich die Argumentation dieses Artikels vorwiegend stützen.

Aufbauend auf die Debatte prägender Autor*innen der These der Post-Politisierung (v.a. Mouffe 2005; Rancière 1999; Žižek 2000) wendet Swyngedouw (u.a. 2010a; 2013) diese Konzepte auf die aktuelle Klimadebatte an. Während in den letzten Jahrzehnten die Aufmerksamkeit eines sich ändernden Klimas in der Politik sowie der breiten Gesellschaft stetig an Größe gewann, stellte sich zeitgleich ein Konsens im Umgang mit dem Klimawandel ein. In Einigkeit darüber, dass der Klimawandel ein zu bekämpfendes Problem ist, das die ganze Menschheit bedroht, komme es durch eine populistische Darstellung des Klimawandels als „humanitäre Katastrophe“ (Swyngedouw 2010a) zur Entpolitisierung der Klimapolitik. Die „apokalyptische“ Illustration einer Welt, wie sie ohne sofortiges, liberal-technokratisches Handeln aussehe sowie der „Fetischisierung“ von CO₂ als „körperloser Feind“ (ebd.) führe dazu, dass jegliche abweichende Meinung als radikal und somit außerhalb des vorgegebenen Rahmens stehe. Dabei würden die offensichtlichen „matters of fact“ – im Zusammenhang des Klimawandels die Zunahme an CO₂ in der Atmosphäre, das vorrangig auf anthropogene Aktivitäten zurückzuführen ist – in „matters of concern“ übersetzt:

„The[se] matters of concern are [...] relegated to a terrain beyond dispute, to one that does not permit dissensus or disagreement. Scientific expertise becomes the

foundation and guarantee for properly constituted politics/ policies.” (Swyngedouw 2010a)

Eine Regulierung dieser mit Hilfe marktbasierter Instrumente (bspw. Emissionshandel oder Carbon Capture Storage) erscheint dabei als einzig möglicher Ausweg. Durch eine Kommodifizierung von CO₂ wird somit die Lösung dort gefunden, wo das Problem seine Ursprünge hat: im kapitalistisch geprägten, neoliberalen System (Storm 2009; Methmann 2013). Die wenigen kritischen Stimmen, die diesem Konsens nicht zustimmen, werden dabei als radikal abgetan oder als „noise“ (Rancière 1999) marginalisiert. Dabei ist jedoch zu konstatieren, dass dies nicht bedeutet, unterschiedliche Meinungen wären nicht erlaubt – sie sind sogar erwünscht, jedoch nur solange sie im hegemonialen Rahmen bleiben (Swyngedouw 2014). Dieses „Management“ des Klimawandels geht einher mit einer „Umweltgovernance“, welche im Rahmen der „Polizei“ zu einem völligen Verschwinden des „Politischen“ führt.

Andere hingegen folgen der These des post-politischen Konsens nicht und sehen diese auf nationaler Ebene (u.a. Kythreotis 2012) sowie auf Ebene der Zivilgesellschaft (Chatterton et al. 2013; Featherstone 2013, Kenis und Mathijs 2014, North 2010, u.a.) als zu kurz gegriffen an. So argumentieren Chatterton et al. (2013), dass trotz erkennbarer Post-Politisierungstendenzen, beispielsweise hinsichtlich des „Carbon Consensus“, dies die Vielschichtigkeit der Debatte untergrabe. Aufbauend auf der seit dem Klimagipfel 2009 in Kopenhagen zunehmenden Debatte um „Climate Justice“ kritisieren Chatterton et al. (2013) die Argumentation eines post-politischen Zustands als zu kurz greifend sowie zu nationalstaatlich ausgerichtet. Sie identifizieren eine Vielzahl an Antagonismen und gegen-hegemonialen Aktivitäten wie etwa die Protestaktionen während des Klimagipfels 2009 in Kopenhagen (Chatterton et al. 2013) oder auch die regelmäßig stattfindenden Klimacamps in Großbritannien oder Deutschland. Auch das thematisch heterogene Spektrum der „Climate Justice“ Bewegung mit ihrem kapitalismuskritischen Anteil sowie der fokussierten Betrachtung und Verknüpfung von sozialer Ungleichheiten und Umweltbeziehungen werden als Antagonismen zur hegemonial geprägten Klimagovernance dargestellt (ebd.; Featherstone 2013). Durch „commoning“ und die Bildung von Solidaritäten schaffe die „Climate Justice“ Bewegung Raum für „Politik“, in dem sich das „Politische“ entfalten könne.

Auch Kenis und Mathijs (2014) nehmen die „Climate Justice“ Debatte als Ausgangspunkt ihrer Analyse. Durch die Betrachtung des Netzwerks „Climate Justice Action“ (CJA) untersuchen sie eine Bewegung, die sich dem post-politischen Zustand durchaus bewusst ist und gezielt versucht eine Repolitisierung hervorzurufen. Eine Abwendung von CO₂ als „externalisierten Feind“ (Swyngedouw 2010a) hin zu den eigentlichen, dem Kapitalismus inhärenten, Ursachen sowie ein bewusster Versuch des Hörbarmachens ungehörter Stimmen weist für Kenis und Mathijs (2014) der Bewegung eine „politische Aktion“ im Sinne Rancières nach. Gleichzeitig werden jedoch auch die Schwierigkeiten der „(empty) signifier“ „Climate Justice“ sowie „System Change“ aufgeworfen, die auch im weiteren Verlauf des vorliegenden Artikels noch von Bedeutung sein werden. Ein Fehlen echter und einheitlich fokussierter (Zukunfts-)Alternativen innerhalb der Bewegung führe dazu, dass diese Bedeutungsträger ohne artikulierte Inhalte bleiben. Dabei konstatieren sie, dass: „[the] nodal points of „climate justice“ and „system change“ could function as a point of

inscription for ideas about an alternative social order. However, [...] the actual demands they are supposed to represent are rather vague” (ebd.).

Die Kritik an Swyngedouws Auslegungen greift dahingehend zu kurz, da er durchaus auch aufstrebende zivilgesellschaftliche Gegenbewegungen zur Hegemonie untersucht (Swyngedouw 2014). Sich erhebende Gegenstimmen, von Swyngedouw als „dispute“ bezeichnet, sind ein Bestandteil post-politischer Zustände und legitimieren diese zum Teil sogar (Swyngedouw 2007). „Politisch“ wird es demnach erst, wenn dieser „dispute“ sich in „dissent“ wandelt. Einfache Gegenstimmen reichen alleine nicht aus, um als „politisch“ zu gelten, sie müssen auch einen realen Effekt haben, die bestehenden Machtverhältnisse ändern und dafür eine genügend große Masse mobilisieren². Trotzdem trifft die Kritik sowohl von Chatterton et al. (2013) als auch von Kenis und Mathijs (2014) oder North (2010) einen wesentlichen Punkt. Wird die Frage um Klimagovernance und damit die Frage, wie mit Klimawandel umgegangen werden soll, einzig und allein darauf beschränkt, wie sie sich insbesondere auf den COPs manifestiert, fallen eine Vielzahl an wichtigen, vielleicht essentiellen Handlungsweisen als zwar antagonistisch zu der bestehenden Hegemonie, aber nicht den Diskurs verändernd, unter den Tisch. Dabei besteht die Gefahr ein sehr komplexes Feld reduktiv als post-politisch zu bezeichnen, während es sehr unterschiedliche Strömungen zu differenzieren gilt.

An dieser Stelle sei also nochmals betont, dass es sich bei den zivilgesellschaftlichen Widerständen nicht um eine homogene Masse handelt. So differenziert Bedall (2011) diese beispielsweise hinsichtlich der Nähe zum „offiziellen“ Klimagipfel einerseits und der Markt- und Wachstumskritik andererseits. Dabei betont er die Heterogenität der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, die auch in Paris nachzuvollziehen waren (vgl. Kapitel 3.1). Während gipfelnahe Stimmen durch ihren partizipativen Charakter an den COPs gekennzeichnet sind („participating“) bergen sie auch die Gefahr den hegemonialen Konsens durch ihre Teilnahme zu unterstützen, indem sie die Legitimität der getroffenen Entscheidungen durch ihre bloße Anwesenheit weiter verstärken (Bedall und Brunnengräber 2014). So passen sich diese Stimmen in den von Swyngedouw (2010a; 2013) beschriebenen post-politischen Rahmen ein. Interessanter in Hinsicht auf ein Potenzial zur Repolitisierung der Klimadebatte sind hingegen die dem hegemonialen Diskurs kritisch gegenüber stehenden Stimmen, die Bedall und Brunnengräber (2014) als „protesting“ kategorisieren und wie folgt beschreiben:

„More recently, however, a new protest generation is emerging on the conflictual terrain of climate politics [...], which, compared to the moderate actors, show a modification of how protest is articulated.”

Genau diese Stimmen haben daher das größte Potenzial eine Re-Politisierung in der Klimadebatte hervorzurufen. Während sich im Konferenzzentrum der oben beschriebene Konsens kaum einer Auflösung verspricht, so sind es vor allem Akteur*innen der Zivilgesellschaft, denen Bedall und Brunnengräber (2014) ein Potenzial zur Durchbrechung des post-politischen Zustands attestieren:

„It is particularly social movements, NGOs and their networks outside the conference halls, which indicate changes in the field of civil society.”

² Persönliches Gespräch mit Erik Swyngedouw am 28. Januar 2016.

Während dieser Artikel nicht dazu dienen soll die These der Post-Politik in Frage zu stellen, so soll durchaus dazu aufgerufen werden, sich differenzierter mit der antagonistischen Perspektive der zivilgesellschaftlichen Klimabewegung und deren Entwicklung auseinanderzusetzen. Eine detailreiche Betrachtung der Proteste in Paris während der COP21 soll dazu anregen, das „Politische“ nicht als Entweder-oder zu sehen, sondern in seinen vielfältigen Facetten. Damit einhergehend erfolgen ein besseres Verständnis des „Politischen“ und Anregungen, das „Politische“, wenn es denn verschwunden ist, wieder zu entdecken.

Vor dem Hintergrund dieser unterschiedlichen Interpretationen zivilgesellschaftlicher Widerstände stellt sich die Frage, inwieweit es die Zivilgesellschaft, repräsentiert durch die Klimabewegung, schafft, im Zeitraum der COP21 in Paris das „Politische“ in der Klimadebatte wiederaufleben zu lassen.

Zur Beantwortung dieser Frage dienten folgende Leitfragen in der empirischen Phase in Paris sowie bei der Auswertung als sinnvolle Orientierung und Kategorisierung: Einerseits, wo und in welcher Form Aktionen von welchen Akteur*innen durchgeführt werden. Welche konkreten Themen (und Zukunftsvisionen) werden dabei diskutiert? Außerdem wurde gefragt, inwieweit durch die Beobachtung der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Aktionen in Paris ein politisches Potenzial identifiziert werden kann.

Die dieser Arbeit zugrundeliegende Forschung folgte einer Kombination aus theoretischer Auseinandersetzung und Verortung im aktuellen Diskurs in Verbindung mit einer empirische Feldarbeit in Paris während des Zeitraums des Klimagipfels; sowie eine Analyse der Medienberichte vor, während und nach dem Klimagipfel. In der Zeit vom 03. bis 12. Dezember 2015 fand im Rahmen eines Feldaufenthalts durch teilnehmende Beobachtung, dichte Beschreibung und informelle Interviews mit Teilnehmer*innen der Proteste beziehungsweise Gegenveranstaltungen eine direkte Auseinandersetzung mit den Praktiken der Klimabewegung statt. Dieser Ansatz brachte eine zusätzliche Dimension in die Forschung, sodass das Feld durch aktive und partizipative Beteiligung vor Ort als Teil der Klimabewegung in ihrer Gesamtheit besser nachvollzogen werden konnte. Es sei dennoch betont, dass die Ergebnisse aus den empirischen Erkenntnissen während der COP21 vielmehr eine Momentaufnahme denn eine Langzeitbeobachtung darstellen.

3. COP21: Auf den Straßen von Paris

3.1. Akteur*innen

Tausende Menschen sollten auf den Straßen von Paris zeigen, dass ein Umgang mit dem Klimawandel wie er von den Staatsvertreter*innen in Le Bourget geplant wird, nicht den Ideen eines großen Teils der Menschen entspricht. Aufbauend auf der Mobilisation von bis zu 100.000³ Menschen während der COP15 in Kopenhagen (Chatterton et al. 2013) plante die Klimabewegung eine noch größere Mobilisierung vor Beginn, während und nach Ende der offiziellen Verhandlungen. Bis zu 400.000 (Rosa-Luxemburg-Stiftung 2015) Menschen sollten sich in der „größten Klimademo aller Zeiten“ (ebd.) am 29. November

³ Hier schwanken die Werte zwischen 40.000 und 100.000 (vgl. Chatterton et al. (2013)

allein auf den Pariser Straßen versammeln und zeigen, dass dem Handeln innerhalb der hegemonialen Klimaverhandlungen Menschen und Organisationen mit unterschiedlichsten Vorstellungen von Ursachen und Hintergründen sowie Umgang und Lösungsansätzen innerhalb der Klimadebatte gegenüber stehen.

Vor dem Hintergrund des nach den Anschlägen in Paris verhängten Ausnahmezustands und dem damit einhergehenden Demonstrationsverbots wurden zahlreiche, lange geplante Aktionen aus „Sicherheitsgründen“⁴ von offizieller Seite abgesagt. Mindestens 24 Klimaaktivist*innen wurden präventiv unter Hausarrest gestellt (vgl. bspw. Kaul 2015; Hecking 2015) - eine von Wong und Wainwright (2009) beschriebene Strategie, um zivilgesellschaftliche Partizipation bei großen Gipfeln internationaler Organisationen zu schwächen. Trotz allem versammelten sich vor Beginn der offiziellen Verhandlungen am 29.11.2015 auf den Straßen von Paris 4.500 bis 10.000 Menschen (Horcajuelo 2015). Gleichzeitig kamen weltweit Menschen zusammen, um ein Zeichen zu setzen. Auf dem Place de la République in Paris kam es zu Ausschreitungen zwischen Demonstrant*innen und der Polizei⁵, die auch innerhalb der Klimabewegung kontrovers diskutiert wurden (Clegg 2015).

Der unterschiedliche Umgang mit dem Ausnahmezustand sowie die Nähe zu den Verhandlungen in Le Bourget spiegelt die Diversität der in Paris anwesenden Aktivist*innen wider. Während dem hegemonialen Konsens zustimmende Akteur*innen, welche versuchen in den offiziellen Verhandlungen Einfluss zu nehmen (Bedall 2011) aufgrund ihrer eindeutigen Einordnung in den post-politischen Rahmen der offiziellen Klimaverhandlungen kein Potenzial der Repolitisierung zugesprochen werden kann (vgl. hierzu Kapitel 2), ist auch die Menge der gegen-hegemonialen Stimmen differenziert zu betrachten. Dies kommt in bisherigen Auseinandersetzungen mit der (post-)politischen Argumentation in Hinsicht auf internationale Klimaverhandlungen nach Erachten der Autor*innen zu kurz. Einblicke aus Paris können helfen diese Heterogenität zu unterstreichen und dabei das politische Potenzial einzelner Akteur*innengruppen zu differenzieren.

Als zentrale Akteurin auf klimaaktivistischer Seite ist die „Coalition Climat 21“ zu nennen. In der Vorbereitung auf die COP21 in Paris schlossen sich seit 2013 über 130 zivilgesellschaftlichen Organisationen der gesamten politischen Bandbreite zusammen. Neben Gewerkschaften und religiösen Vereinen waren vor allem auch NGOs und andere soziale Bewegungen vertreten, die aktiv in den Bereichen Umwelt und/ oder Menschenrechte sind (Coalition Climat 21 2015b)⁶. Trotz der zahlreichen Differenzen, die in einer solchen Koalition, bestehend sowohl aus gemäßigten als auch aus radikaleren Akteur*innen, naturgemäß auftreten, konnte sich die Koalition als handlungsfähig beweisen und hat ihre Integrität über den gesamten Zeitraum aufrecht erhalten können; eine nicht selbstverständliche Tatsache, angesichts des ausgerufenen Ausnahmezustands und der sehr unterschiedlichen Ansichten, wie auf Demonstrationsverbote und

⁴ Es wurden zahlreiche Stimmen laut, die der französischen Behörde vorwarfen, die Anschläge als willkommenen Anlass zu nutzen, um (unerwünschte) Proteste möglichst klein zu halten.

⁵ Siehe bspw. <http://climatejusticeproject.com/2015/12/01/la-place-de-la-republique/> für Dokumentation der Polizeigewalt von Seiten der Aktivist*innen sowie die Berichterstattung durch VICE News (2015a)

⁶ Unter anderem sind die folgenden, für die vorliegende Arbeit relevanten Organisationen, Teil der Koalition: attac, 350org, Greenpeace. Nicht Teil des Netzwerkes, jedoch als Unterstützerin aufgelistet ist CAN.

Repressionen reagiert werden sollte. Durch ihre Selbstdarstellung im Internet ordnet sich die „Coalition Climat 21“ einerseits hegemonial-unterstützend ein, indem sie die Klimaverhandlungen als „notwendigen Schritt“ ansieht, gleichzeitig wirbt sie für eine verstärkte Auseinandersetzung der Zivilgesellschaft mit den sozialen Ungleichheiten im Rahmen einer Klimagerechtigkeitsdebatte:

„Together, these organisations affirm that the negotiations, though a necessary step, will not be enough to combat climate disruption and its resulting inequities, as we have been shown over the past 20 years. That is why they are calling on to citizens to take advantage of the political and media exposure offered by the COP21 to organise and mobilise in great number in order to together launch a strong and sustainable movement for climate justice. Open to all, this movement finds its strength in its diversity.“ (Coalition Climat 21 2015b)

Insgesamt gab es eine Vielzahl weiterer Akteur*innengruppen, die, trotz ihrer Relevanz für die Organisation kleiner Protestaktionen, an dieser Stelle nicht mit einem Anspruch auf Vollständigkeit genannt werden können. Hervorzuheben ist dennoch zunächst die Bürger*innenbewegung „ANV COP21“ (Action Non-violente COP21), die sich durch zahlreiche gewaltfreie Protestaktionen für „climate justice“, während und auch über die COP21 hinaus, einsetzt. Dabei kritisiert sie direkt das Wirken in den offiziellen Verhandlungen und konstatiert, dass „[...] der Klimawandel [...] nicht vom Himmel [fällt]! Er wird durch all die multinationalen Firmen geschaffen, die nicht aufhören, fossile Ressourcen aus dem Boden zu holen und obendrein falsche Lösungen entwickeln, welche drohen, die Situation noch zu verschlimmern. Der Klimawandel wird durch die Untätigkeit der Politiker [sic!] und die untergrabende Arbeit der Lobbys geschaffen!“ (ANV-COP21 2015).

Abschließend sind die zahlreichen Kunstaktivist*innen zu nennen, zu denen im weiteren Verlauf des Artikels genauere Betrachtungen folgen werden sowie vielzählige Aktivist*innen(gruppen), die auf lokaler Ebene handeln (bspw. Guardian Angels) oder einzelne „Betroffene“ aus frontline communities. Organisationen, die sich nicht in den oben aufgeführten Zusammenschlüssen wiederfinden werden in den folgenden Kapiteln ebenfalls aufgeführt, waren jedoch oftmals aufgrund ihrer Größe oder Thematik (scheinbar) wenig präsent/ durchsetzend (bspw. „The Revolutionary Party, USA“ oder „Energycoop“).

Deutlich wurde, dass bei den in Paris anwesenden Aktivist*innen eine sehr große Diversität (hinsichtlich der Ziele, Einstellungen, etc.) herrschte. Nachzuvollziehen war diese Heterogenität unter anderem auf dem „Peoples‘ Climate Summit“ in Montreuil oder in der „Climate Action Zone“ im Kulturzentrum CENTQUATRE (vgl. auch Kapitel 3.2).

3.2. Thematisch

Trotz aller Diversität vereinen die in Paris anwesenden Aktivist*innen, die kritischen Stimmen der Zivilgesellschaft, die recht gut unter dem Credo „*System Change not Climate Change*“, welches von vielen Organisationen so oder so ähnlich in Paris genutzt wurde, zusammengefasst werden kann. Was genau jedoch hinter der Forderung nach *System Change* steckt kann wiederum als überaus heterogen gesehen werden. Swyngedouw sieht in der Forderung nach Systemwandel einen „empty signifier“, wodurch es einer

potenziellen Repolitisierung an konkreten Inhalten fehle⁷. Dass es der (gesamten) Klimabewegung in Paris an konkreten Inhalten fehle und sie somit dem post-politischen Zustand, in dem sich die Klimadebatte befindet, substantziell nichts entgegenzubringen hätten, wäre jedoch zu kurz gegriffen.

So wurde deutlich, dass der thematische Rahmen der Aktionen sehr breit ist. Beispielsweise ließ sich beim „Peoples‘ Climate Summit“ in Montreuil eine Bandbreite an thematischer Foci feststellen, wie die folgende Beschreibung verdeutlicht:

„Montreuil, 05.12.2015 [...] Im Laufe des Tages komme ich an zahlreichen Informationsständen vorbei, die im Rahmen des „Global Village of Alternatives“ ihre jeweiligen Lösungsansätze darbieten. [...] Ich beobachte viele mir unbekanntere Organisationen sowie einige größere und bekannte, unter ihnen attac (France) und Greenpeace [...]. Interessant ist die Diversität der anwesenden Organisationen und der von ihnen vertretenen Themen. Einerseits werden technokratische Lösungen dargeboten, wie durch einen Infostand zum Vertrieb von Wasserfiltern auf Haushaltsebene – im Gespräch wurde dabei nur einmal im Zusammenhang mit einem verringerten Verbrauch von Plastikflaschen auf das Thema Klima eingegangen – der für mich thematisch nicht hier her zu passen scheint. [Des Weiteren] setzt sich die Energiegesellschaft „Energycoop“ für 100% erneuerbare (nicht nukleare) Energie ein. [...] Diesen Ansatz sieht mein Gesprächspartner als direkte Lösung gegen den Klimawandel und konstatiert, dass 100% erneuerbare Energien als Grundlage für eine Lösung gesehen werden muss [...]. Letztlich treffe ich jedoch auch auf Organisationen, welche „System Change“ im Sinne eines politischen Systemwechsels sehen. So beispielsweise die „Revolutionary Communist Party (USA)“ mit dem Leitspruch „Only Revolution can save the planet“ (T-Shirt-Aufdruck) und dem Ziel eines „Neuen Kommunismus“ oder die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschland“ mit der Forderung, dass „wir die Arbeiterbewegung und die Umweltbewegung zusammenbringen müssen, um gegen das kapitalistische System zu kämpfen [...]“. (bearbeiteter Ausschnitt Feldtagebuch JG)

Diese Diversität darf in ihrem Spektrum bei der Betrachtung des post-politischen Argumentes nicht vernachlässigt werden.

Das „offizielle“ Klimaregime ist gekennzeichnet durch technokratische, marktbasierende Lösungen gegen den Klimawandel (vgl. Kapitel 2). Auch auf Ebene der Zivilgesellschaft konnte in Paris immer wieder beobachtet werden, dass selbst in „alternativen“ Veranstaltungen technokratische Lösungen zum Umgang mit den Folgen des Klimawandels vorgestellt wurden. So fordern beispielsweise im Bereich Energie Gruppierungen wie „Oilwatch International“ mit den Leitsprüchen „Leave the Oil in the Soil / Leave the Gas under the Grass / Leave the Coal in the Hole“ zwar eindeutig ein Ablassen von fossilen Energieträgern, jedoch (lediglich) durch eine Hinwendung zu erneuerbaren Energien. Während hier ein deutlicheres Signal gesendet wird als dies durch das Paris Agreement zu sehen ist, so wird auch hier weniger das post-politische,

⁷ Persönliches Gespräch mit Erik Swyngedouw am 28. Januar 2016.

hegemoniale System herausgefordert als vielmehr der „externalisierte Feind CO₂“ reproduziert.

Andererseits muss jedoch konstatiert werden, dass ein Teil der Klimabewegung die „Fetischisierung“ von CO₂ sowie Swyngedouws (2010a) Unterstellung, dass „[...] it is not the system that is the problem“ bewusst ablehnt. Deutlich wird das bei der „False Solutions COP21“, einer Protestaktion gegen die von zahlreichen privatwirtschaftlichen Unternehmen gesponserte Expo „Solutions COP21“, auf der marktbasierter „Lösungen“ für das Problem Klimawandel präsentiert werden. Hier zeigt sich, dass der thematische Fokus der Klimabewegung weit breiter und oftmals deutlich konträr zum hegemonial geprägten Ansatz ist. Marktbasierter „(false) Solutions“ die im Rahmen der UNFCCC das liberal geprägte System aufrechterhalten, wie Emissionshandel, Carbon Capture Storage (CCS) oder das Ersetzen fossiler Energien durch Fracking sowie Biodiesel werden bewusst abgelehnt (CEO 2015). Während der Durchführung der „Toxic Tours“ (vgl. Kapitel 3.3) werden Großunternehmen wie GDF Suez/ Engie, Renault Nissan, BNP Paribas oder Avril beschuldigt, bewusst „Greenwashing“⁸ zu betreiben, um damit ihre eigenen „dreckigen Geschäfte“ zu verdecken während sie als Sponsor*innen der COP auftreten. Ein Aktivist äußert sich dazu im Interview:

„[...]These organizations are paying up to 250.000€ to have not just a stand in here, but political influence. [...] So we are coming here to say actually Engie you are not part of the solution. GDF Suez, which is now Engie, Suez Environment, Vinci, you are not part of climate solution. We've got real people here, fighting this stuff on the ground and for them this is insulting to see these companies – which are destroying their communities through coal plants, through fracking – to now coming and say „we are part of the solution“. It is a huge contradiction [...]“ (Aktivist bei „(False) Solution COP21“ Aktion, Videoaufnahme JG)

Auch Themen, die eine indirekte Verbindung zum Klimawandel haben, wurden aufgegriffen, diskutiert und analysiert. Es wurden im Rahmen einer Besetzung von BNP Paribas (Groß-)Banken und ihre Steueroasen angeprangert. Das dort gelagerte Geld sei genau die Summe, welche fehle, um gegen den Klimawandel zu handeln.

Viele beobachtete Veranstaltungen liefen auch unter dem Leitgedanken von „Climate Justice“, das vor und während der COP15 in Kopenhagen an Bedeutung gewann. Hierbei geht es verstärkt um die Aufdeckung sozialer Ungleichheiten, aber auch um die Auseinandersetzung mit Alternativen zum hegemonialen System.

3.3. Form

Bereits zum Auftakt der Klimaverhandlungen in Paris sollte es zu einem großen Massenprotest in Paris kommen. Vor dem Hintergrund des Ausnahmezustands war dieser jedoch verboten worden, sodass die Aktionen am 29.11.2015 in abgeänderter Form stattfanden. Tausende von Schuhen auf dem Place de la République sollten für all diejenigen stehen, die durch Protestverbote nicht demonstrieren konnten. Auch UN-Generalsekretär Ban Ki Moon war durch ein Paar Schuhe repräsentiert (Hecking 2015).

⁸ CEO (2015) beschreibt dabei „Greenwashing“ auf ihrem Flyer wie folgt: „[C]ompanies that wreck the climate, pollute the earth and destroy livelihoods paint themselves as friendly and socially progressive“

Durch die beigelegte Nachricht, dass „[...] the world gathers in Paris to stand up for climate action [...]“ (UN 2015) kann diese Aktion – ob von den Veranstalter*innen gewollt oder nicht – in den hegemonialen Diskurs verortet werden: „Alle“ kämpfen gemeinsam gegen den Feind CO₂ (und gleichzeitig gegen den internationalen Terrorismus). Auch die Menschenkette entlang der ursprünglich geplanten Demonstrationsroute auf dem Boulevard Voltaire fügte sich den Protestverboten des französischen Staates, da sie stattdessen „in erlaubtem Rahmen“ auf dem Gehweg stattfand und so wenig Raum für das Entstehen des „Politischen“ ließ. So konstatierte eine Reporterin vor Ort, dass weder der Verkehr gestoppt noch viel Medienaufmerksamkeit zu verzeichnen sei (VICE News 2015a). Lediglich die spontane Aktion einer (nicht erlaubten) Zusammenkunft einiger hundert Aktivist*innen auf dem Place de la République desavouierte die hegemoniale Ordnung. Bereits an diesem ersten Tag zeigte sich, wie unterschiedlich Formen von Protest sein können. Dies prägte auch die folgenden Tage. Von Protestmärschen über Vorträge, Podiumsdiskussionen und Kunstaktionen bis hin zu (illegalen) Besetzungen war alles zu beobachten.

Als Gegenpol zu den Verhandlungen der COP in Le Bourget sollte in Montreuil der „Peoples‘ Climate Summit“ dazu dienen, Alternativen zum hegemonialen, technokratischen Ansatz zu finden und zu artikulieren. Die dreigeteilte „Conference of the People“, welche am Wochenende zwischen den beiden Verhandlungswochen (5./6.12.2015) stattfand, umfasste (1) das „Global Village of Alternatives“, in dem zahlreiche Organisationen ihre jeweiligen Lösungen zum Umgang mit der „Klimakrise“⁹ an Informationsständen vorstellten und artikulieren konnten. Des Weiteren boten (2) auf dem „Peasants Market“ lokale Kleinbauer*innen ihre Waren an. Als letzter Baustein diente (3) das von der Coalition Climat 21 organisierte „Climate Forum“ mit Debatten, Workshops, Film- und Theatervorführungen als Raum für Diskussionen.

Die „Climate Action Zone“ (ZAC: Zone d’Action pour le Climat) war der zweite große zivilgesellschaftliche Gegengipfel zur offiziellen COP21 neben dem „Peoples‘ Climate Summit“. Vom 7.-11. Dezember war das Kulturzentrum CENTQUATRE im 19. Arrondissement die Hauptzentrale der Coalition Climat 21 und damit der Dreh- und Angelpunkt der Klimabewegung. Von morgens bis abends fanden hier täglich Plenardiskussionen, Gespräche, Workshops und Ausstellungen zu diversen Themen des Klimawandels und der Klimagerechtigkeit statt. Diese Bildungsarbeit ist, wie bereits von O’Neill (2004) für andere Protestveranstaltungen gegen internationale Organisationen identifiziert, auch in diesem Zusammenhang als ein wichtiger Fokus hervorzuheben. Klimawandel wird nicht als Problem einer erhöhten Menge an CO₂ in der Atmosphäre gesehen, sondern im Kontext von Machtkonstellationen und im größeren politisch-ökonomischen Zusammenhang. Eine Abkehr von der CO₂-„Fetischisierung“ wie sie Swyngedouw (2011) für die offizielle Herangehensweise der Klimagovernance identifiziert, ist zu vermerken. Tazio Müller, Klimagerechtigkeitsreferent der Rosa-Luxemburg Stiftung und Klimaaktivist, bringt diese in einer Rede vor der Vollversammlung der „Climate Action Zone“ am 10. Dezember 2015 folgendermaßen auf den Punkt:

⁹ Aus dem Veranstaltungsprogramm: „In each area of the village, NGOs, cooperatives or local communities will organize stalls, exhibitions and workshops to present and discuss practical alternatives contributing to solve the climate crisis.“ (Coalition Climat 21 2015a)

„ZAC, 15 December 2015 [...] There are still some people in the climate movement, I think, that [have] grown up thinking that Climate Change is about parts per million of CO₂ in the atmosphere. It's really not. Climate Change is about power and Climate Justice is about power. It's about who has it and where it lies, and it needs to lie with us and not up there, because we can't go up there, we can't go to Le Bourget, we can't even protest on the streets of Paris.[...] So we can win these fights. But only if we bring them together. Let's fight to keep fossil fuels in the ground. But let's also fight to shut down [...] TTIP and this whole so called free-trade agenda. What we need to do is not fight against disembodied molecules in the atmosphere. What we need to do is to fight to reclaim our power” (bearbeiteter Ausschnitt Feldtagebuch BS).

Zu dieser Kategorie der Bildungsarbeit, der „teach-ins“, wie O'Neill (2004) sie nennt, gehörten auch die allabendlichen Plenarvorträge, in deren Kontext auch das obige Zitat zu verorten ist. In ihnen wurde der Klimawandel nicht isoliert betrachtet, sondern in jeweils verschiedene größere Zusammenhänge zu Krieg und Frieden, Ernährungssicherheit und kleinbäuerlichen Kämpfen oder zu Kapitalismus gebracht. Ebenso beleuchteten sie sogenannte „falsche“ und „richtige“ Lösungsvorschläge für den Umgang mit dem Klimawandel und thematisierten mögliche Alternativen (Coalition Climat 21 2015c). Weitere wichtige Programmpunkte waren die Vollversammlung, in der einerseits über die Verhandlungen in Le Bourget berichtet wurde, andererseits über die Protestaktionen, die im Laufe des Tages stattgefunden hatten sowie die Unterrichtung über geplante Aktionen des folgenden Tages und die rechtliche Situation in Bezug auf den Ausnahmezustand, zu der es tägliche neue Informationen gab.

„Montreuil, 05.12.2015 [...] Aus der Metro kommend ist direkt erkennbar, dass hier etwas los ist. Eine der ersten Sachen, an denen mein Auge hängen bleibt ist die 6 Meter hohe Nachbildung der Freiheitsstatue, umringt von einer Schar Menschen in Lumpen, in der rechten Hand eine Fackel, aus der Rauch ausgestoßen wird, in ihrer linken ein Buch mit der Aufschrift „Freedom to Pollute“. Dieses Kunstwerk des Künstlers Jens Galschiot stellt die Kontroverse zwischen den westlichen Werten von „Freiheit“ und den Sorgen um das Klima sowie den Planeten dar (weitere Informationen: <http://www.galschiot.com/cop21-in-paris/>).“ (bearbeiteter Ausschnitt Feldtagebuch JG)

Betrachtet man die in Paris dargestellte Kunst, so lassen sich deutliche Unterschiede in der Ausprägung der Kritik am hegemonialen Klimadiskurs feststellen. So übt das oben beschriebene Kunstwerk von Galschiot einerseits Kritik an beobachteten Ungleichheiten zwischen Nord und Süd. Andererseits fordert der Flyer zu den von Galschiot erstellten Kunstwerken, dass „it is of the utmost importance that the world leaders agree on a global and ambitious climate deal at COP21, if we are to leave a planet worth living on for our kids and grandkids“ (Galschiot 2015). Dieses Argument wird unterstrichen durch die Darstellung des anthropogen emittierten CO₂ sowie „apokalyptischer“ Folgen des Klimawandels. Wie das Kunstwerk „Freedom to Pollute“ illustrierten in Paris noch weitere Kunstaktionen Kritik am Umgang mit dem Klimawandel. Diese erscheinen in unterschiedlichen Formen und Räumen und reichen von konsensbasierten Aussagen bis hin zur Anprangerung der COP21. Als eine kontrastierende Aktion mit gipfelkritischen Ansatz kann diejenige vom Künstler*innenkollektiv Brandalism gesehen werden, das zum

Auftakt der offiziellen Verhandlungen im Stadtraum in Paris Kunstwerke in Form von „Werbeplakaten“ anbrachte. Dabei handelte es sich um provokative Plakate von ungefähr 82 Künstler*innen, „[which are] talking about climate change [and they are] talking about the UN climate summit.“ (VICE News 2015a). Ein Beispiel von vielen ist ein Plakat, das die Fluggesellschaft „Air France“ als Großverschmutzerin anklagt, sich selbst durch Finanzierung der COP21 als Lösung zu verkaufen, während sie eigentlich Teil der Ursachen, des eigentlichen Problems sei. Auf diesen Plakaten ist eine Frau in Flughafenuniform zu sehen, sowie die Aufschrift: „Tackling climate change? Of course not. We’re an airline. [...] Airfrance. Part of the Problem“ (Brandalism 2015).

Eine weitere Aktion, die dieser Kategorie zugeordnet werden kann, ist „*Big Oil out of Culture*“:

*„Unter erhöhter ziviler und offizieller Polizeipräsenz begannen sich mehrere hundert Aktivist*innen, die dem öffentlichen Aufruf zur Teilnahme gefolgt waren, ab 12 Uhr am 09. Dezember 2015 auf dem Vorplatz des Louvre ein. Trotz einer Vielzahl an wahlloser Platzverweise der mit voller Schutzausrüstung ausgestatten Polizist*innen begann das Spektakel mit einer etwa halbstündigen Verspätung mit dem Auftritt der „Guardian Angels“. Zahlreiche mit schwarzen Regenschirmen bewaffnete Aktivist*innen gelangten trotz der Barrikaden und Sicherheitskontrollen auf den Vorplatz des Louvre. Sie nutzen die Gunst der Stunde und die Unaufmerksamkeit der durch den Auftritt der „Guardian Angels“ abgelenkten Sicherheitskräfte aus, um sich als Gruppe zu formieren, ihre Regenschirme gemeinsam aufzuklappen und eine Tanzchoreographie zu beginnen. Die Koordination klappte und so war der Leitgedanke „Fossil Free Culture“, der hinter der Aktion steht, durch weiße Buchstaben auf den schwarzen Regenschirmen für alle gut sicht- und lesbar. Zuschauer*innen und Aktivist*innen singen während der gesamten Aktion zusammen den Text „Oil money out of the Louvre, move move move! Total, Eni au revoir, Allez! Allez! Allez!“. Im Anschluss vereinigten sich die durch die aufgestellten Barrikaden getrennten Aktivist*innen zu einer großen, öffentlichkeitswirksamen Gruppe für Fotos und Videos durch die zahlreichen anwesenden Presseangehörigen. Die Polizei greift nicht weiter in das Geschehen ein. Währenddessen begannen im Atrium des Louvre weitere Aktivist*innen mit dem zweiten Teil der Aktion. Wiederum die Ablenkung durch den Gesang und den Trubel draußen ausnutzend schütteten sie eine öl-ähnliche Flüssigkeit¹⁰ auf dem Boden aus, liefen barfuß darüber und erschufen somit ihr eigenes Kunstwerk auf dem Boden, bestehend aus Fußabdrücke aus Öl. Zehn der Künstler*innen wurden verhaftet.“ (bearbeiteter Ausschnitt Feldtagebuch BS)*

Dem Leitspruch „Fossil Free Culture“ folgend, erfolgte die Aktion mit dem Ziel, die Finanzierung kultureller Institutionen durch Energie- und Mineralölindustriekonzerne sichtbar zu machen und in Frage zu stellen. Dieses „artwashing“ legitimiere die Unternehmen zu ihrem Handeln, fördere ihr Image und lenke dabei die Aufmerksamkeit von den zahlreichen Umweltzerstörungen und Menschenrechtsverletzungen ab, die durch die Extraktion fossiler Energieträger entstünden. Rancière (2006) folgend ist das Ziel, die

¹⁰ Laut Aussagen der Aktivist*innen fügt die Flüssigkeit dem Fußboden keine bleibenden Schäden zu, durch die Aktion wurde demnach nichts beschädigt

vorherrschende „Aufteilung des Sinnlichen“ („partage du sensible“) zu durchbrechen. Es soll sichtbar gemacht werden, was vormals nicht sichtbar war. In Paris ging es konkret um die finanzielle Förderung der Konzerne „Total“ und „Eni“ für das Louvre, eines der größten Museen der Welt, vor und in dem die Aktion stattfand. Organisiert wurde die Inszenierung von verschiedenen, internationalen Gruppen.¹¹ Sie war damit eine der ersten Beispiele von transnationaler Zusammenarbeit dieser Art und machte auch eine neue Dimension translokaler Zusammenarbeit und Solidarität sichtbar (Chatterton et al. 2013).

Es widerspricht dem post-politischen Argument nicht, dass eine Vielzahl unterschiedlicher Formen von Aktionismus und Aktivismus in Paris zu beobachten waren. Gegenstimmen sind erlaubt, wenn auch nicht erwünscht – solange diese in den vom aktuell vorherrschenden hegemonial geprägten Rahmen passen. Wird dieser Rahmen jedoch gesprengt, so werden diese Stimmen oft als „radikal“ deklariert und dementsprechend unterdrückt oder marginalisiert. Ein solches Bild zeigte sich bei einer Aktion im Grand Palais am 04. Dezember. Im Rahmen der „Solutions COP21“ bot sich hier ein Schauplatz zahlreicher Wirtschaftsunternehmen, die – als Sponsorinnen der COP21 – ihre eigenen persönlichen, technokratischen Lösungen gegen den Klimawandel darstellten. Dieser Rahmen sollte in Form von „Toxic Tours“ kritisch hinterfragt werden:

*„04.12.2015 Aktion „False Solutions COP21“, Grand Palais [...] Die sogenannten „Toxic Tours“ beginnen. Diese inoffiziellen Touren prangern an den einzelnen Ständen der Unternehmen an, dass die „Solutions“ eigentlich „False Solutions“ sind und lediglich aus dem bestehenden, liberalen Wirtschaftssystem generierte Verschönerungsmaßnahmen seien. Die Touren stellen einen eindeutigen Kontrast zur bisher ruhigen Stimmung dar. Auf Englisch und Französisch werden die „Verbrechen“ einzelner Unternehmen angeprangert. Zahlreiche Journalist*innen drängen sich um die Redner*innen. Die anwesenden Aktivist*innen¹² ebenfalls und auch die „nicht-beteiligte“ Audience bleibt stehen und schaut neugierig, was dort passiert, hören zu und machen Fotos/Videos. Weit kommt die Tour allerdings nicht, nach einem geplanten Wechsel zum nächsten Stand kommen plötzlich, scheinbar aus dem Nichts, zahlreiche verdeckte Polizist*innen hervor, die die Traube einkesseln. Die Stimmung wird immer aufgeregter. Die Sprechenden versuchen ihre Message durchzubringen, unter Zurufen der Aktivist*innen sowie weiterer Wohlgesinnter. Die Journalist*innen versuchen alles aufzunehmen. Die Polizei versucht alles zu verhindern. Kesselt die Menge wieder und wieder ein. Es ist ein Gedränge, laut, unübersichtlich und nicht wirklich abschätzbar. Die ganze Sache flacht etwas ab, als der englischsprechende „Tourguide“ von einigen Polizist*innen geschnappt und nach draußen gebracht wird. Weitere Aktivist*innen werden*

¹¹ Folgende Gruppierungen nahmen an der Organisation teil: „Art Not Oil“ (GB), „BP or Not BP?“ (GB), „G.U.L.F.“ (USA), „Liberate Tate“ (GB), „Not An Alternative“ (USA), „Occupy Museums“ (USA), „Platform London“ (GB), „Science Unstained“ (GB), „Shell Out Sounds“ (GB), „Stopp Oljesponssing av Norsk Kulturliv“ (NO), „The Natural History Museum“ (GB) und „350.org“ (global).

¹² An dieser Stelle sei angemerkt, dass die durch die Veranstaltenden kommunizierte „Offenheit für alle“ deutlich eingeschränkt wurde. Nachdem anfangs nur geladene Gäste Zutritt erhalten, bekommt die „Öffentlichkeit“ erst deutlich später Einlass. Unter – erst jetzt hinzu geholter – starken Polizeipräsenz wird aussortiert wer rein darf und wer nicht. Dabei scheinen Menschen, die in irgendeiner Weise „alternativ“ wirken direkt aussortiert zu werden. Eintretende werden von der Polizei in nächster Nähe per „Headshot“ gefilmt.

*ebenfalls abgeführt. Beteiligte scheinen vor allem Aktivist*innen, Medien sowie die Polizei in Form verdeckter Gruppen [...] zu sein. Die Aufmerksamkeit ist auf jeden Fall auf diese Aktion gelenkt. Die Gruppe zerstreut sich etwas. Einige Leute fangen an zu singen „If it's greenwashed and you know it clap your hand“. Wie ich später erfahre sollte dies ein Zeichen sein, den Eingang zu blockieren. Durch die geringe Menge an Aktivist*innen im Inneren und die Tatsache, dass nicht alle dieses Zeichen kannten, wird es allerdings zu einem Slogan, der von verschiedenen, kleinen Gruppierungen singend durch die ganze Halle getragen wird.“ (bearbeiteter Ausschnitt Feldtagebuch JG)*

Diese Aktion war geprägt durch einerseits ihren nicht-offiziellen, aber dennoch gewaltfreien Rahmen, andererseits jedoch auch durch eine starke Polizeipräsenz vor, während und nach der Aktion, die diese – zum Teil wenig zimperlich – auflöste und zahlreiche Aktivist*innen festnahm. Als Grund wurde das Demonstrationsverbot vor dem Hintergrund des Ausnahmezustands genannt. Schließlich zeigte sich zwar vor Ort eine deutliche Medienpräsenz, in den offiziellen, deutschen Medien kam jedoch wenig davon an (vgl. Kapitel 3.4)

Die große Abschlussdemonstration war – trotz des Ausnahmezustandes – weiterhin, wenn auch in veränderter Form, für den 12. Dezember geplant. Während der zweiten Gipfelwoche fanden jeden Tag praktische Aktionstrainings statt, in denen die Aktivist*innen auf diese geplante massenhafte Aktion des gewaltfreien zivilen Ungehorsams vorbereitet wurden. Hier wurden Basiskonzepte und grundlegende Verhaltensweisen theoretisch besprochen und praktisch simuliert. Die Kernpunkte waren basisdemokratische Entscheidungsfindung und nachhaltiger Aktivismus sowie wichtige medizinische und rechtliche Aspekte. Mit „D12“ ist der große Protest der Klimabewegung auf den Straßen Paris gemeint, welcher dieses Mal auf das Ende des Gipfels verlegt wurde, um deutlich zu machen, dass die Zivilgesellschaft das letzte Wort haben soll und nicht die „offiziellen“ Verhandler*innen in Le Bourget. Deren Bedeutung sollte somit herabgesetzt werden, da von ihnen sowieso kein Abkommen zu erwarten sei, das stark genug wäre. Die „Coalition Climat 21“ konnte durch lange Verhandlungen mit dem französischen Innenminister Bernard Cazeneuve eine „Tolerierung“ der Proteste im Pariser Zentrum erreichen. Und so fanden sich zeitgleich mit den (hinausgezögerten) Endverhandlungen und der Beschließung des „historischen“ Klimavertrags in Le Bourget auf den Straßen Paris noch einmal mehrere zehntausend Menschen zusammen, um sich im Licht globaler Aufmerksamkeit Gehör zu verschaffen und zu zeigen, dass nicht alle den Weltklimagipfel als Erfolg sehen.

3.4. Räumliche Dimension

Paris wurde von der UNFCCC als Ort für die Verhandlungen eines neuen Klimaabkommens zwischen den Staaten gewählt. Warum diente dieser Ort auch als Bühne für zahlreiche Protestaktionen aus der Zivilgesellschaft, wie sie in den vorangegangenen Kapiteln bereits ausgeführt wurden? O'Neill (2004) betrachtet, warum trotz der relativen Unzugänglichkeit bei Treffen von „International Governmental Organisations“ (IGOs) Protestaktionen oftmals gerade in unmittelbarer räumlicher Nähe stattfinden und konstatiert, dass „[t]he meetings are announced and planned well in

advance and often attended by important officials and state representatives. They are also held in international cities, usually fairly accessible to a range of people and providing a local population to mobilize as a protest base". In der Kombination einer guten Vernetzung der Organisationen werde so versucht relevante Akteur*innen zu erreichen (Entscheidungsträger*innen, Medien, Öffentlichkeit). Dieses Argument konnte auch im Zeitraum der COP21 in der internationalen Metropole Paris nachvollzogen werden. Einerseits zeigten die offiziellen Verhandlungen in Le Bourget einen für Großveranstaltungen der UN typischen Charakter, sodass trotz zahlreicher Beobachter*innen im Konferenzgebäude die meisten relevanten Sitzungen hinter verschlossenen Türen stattfanden¹³. „Draußen“ hingegen fanden trotz verschärfter Sicherheitsbedingungen zahlreiche Aktionen auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen statt. Während einige besonders gipfelskeptische Stimmen der internationalen Klimabewegung dazu aufrufen, auf lokaler Ebene, von zuhause aus zu agieren, also beispielsweise dort, wo der „fetischisierte“ Feind CO₂ überhaupt erst produziert wird, zeigte sich – trotz aller Einschränkungen – ein nicht zu vernachlässigbarer Widerstand aus der Zivilgesellschaft in Paris. Auch dieser Widerstand ist, zumindest in Teilen, nicht davon überzeugt, dass der Klimagipfel eine (zufriedenstellende) Lösung biete. Insofern ist oftmals nicht der direkte Einfluss auf die Verhandlungen das primäre Ziel der Proteste, sondern eine Intensivierung der internationalen Vernetzung der Bewegung aufgrund der zunehmenden Globalisierung von Problematiken sowie ein Ausbau der translokalen Solidaritäten zwischen vormals isolierter lokaler Kämpfe (Rosa-Luxemburg-Stiftung 2015; Chatterton et al. 2013) Begriffe wie „friends“ oder „comrades“, die sehr häufig vom sprechfähigen Teil der Bewegung zur Anrede und Adressierung der Massen der Aktivist*innen genutzt wurden, reflektieren diese Solidarität sehr deutlich. Schließlich zeigte sich beispielsweise im Aufruf der Coalition Climat 21 (2015b), dass die Aufmerksamkeit von Politik und Medien gezielt genutzt werden sollte um die eigene Agenda zu stärken (vgl. hierzu Zitat Kapitel 3.1).

Bei einem Großteil der von der Zivilgesellschaft „bespielten“ Räumen handelte es sich um öffentliche Räume, die im Kontrast zu der Geschlossenheit Le Bourgets für jede*n frei zugänglich waren. Dazu zählten neben den zwei großen Gegengipfeln, dem „Peoples' Climate Summit“ und der „Climate Action Zone“, auch mehrere, zum Teil anarchistisch organisierte Orte (Featherstone und Korf 2012), wie *L'Annexe*, *Le Jardin d'Alice* oder *La Générale* sowie besetzte Häuser, soziale und gemeinschaftliche Zentren und Kunstateliers, die, offen für alle, Schlafplätze, Speisen und Getränk auf Basis freier solidarischer Preisbildung anboten. Zugleich dienten sie als Ort der Erholung, Vernetzung und als kreative Werkstätten, in denen alternative Protestformen entwickelt und farbenfrohe Utensilien wie Banner, Plakate oder selbstgebaute Nebelhörner entworfen und gemeinschaftlich hergestellt wurden. Hinzu kommen die Straßen von Paris, auf denen sich eine Vielzahl von Protestaktionen abgespielt hat (in Form von Demonstrationen, Orte der Vernetzung, etc.).

¹³ Diese und viele weitere Information konnte aus den zahlreichen Beobachtungen und wertvollen Diskussionen im Rahmen des Seminars M6a Politik internationaler Klimaverhandlungen im WS 2015/16 gewonnen werden. Ein Dank gilt daher allen Beteiligten am Seminar.

Während durch die Anwesenheit in Paris die Vielzahl an Aktionen sowie die Kritik an den Verhandlungen in Paris deutlich manifestiert wurden, berichteten die großen Tageszeitungen nur vereinzelt über die hier kommunizierten Ansichten. So war beispielsweise die Berichterstattung über die „(False) Solutions COP21“ Aktion im Grand Palais (vgl. Kapitel 3.2 & 3.3) in Deutschland lediglich auf einige (politisch links orientierte) Tageszeitungen¹⁴ beschränkt. Wenngleich neue Medien wie Twitter, zahlreiche Blogs und weitere Onlinemedien als Hauptinformationsquelle für die Klimabewegung gewertet werden können, waren auch diese lediglich durch gezielte Suche zu finden, dann jedoch in einem Übermaß an Informationen manifestiert. So scheint die Hauptrolle der (neuen) Medien vor allem als relationales Werkzeug zur Vernetzung der (international geprägten) Klimabewegung zu dienen.

Abschließend kann konstatiert werden, dass Paris nicht als historischer Ort der Klimabewegung im Sinne einer Emanzipation und somit eines Wiederauflebens des Politischen im Zeitraum der COP21 gesehen werden kann. Vielmehr konnte Paris (inklusive der Vor- und Nachbereitungen) dazu genutzt werden sich innerhalb der Bewegung zu vernetzen und somit eine Stärkung translokaler Verbindungen/ Solidaritäten zu erwirken.

4. Politisches Potenzial

„The political becomes for Žižek and Rancière the space of litigation (Žižek, 1998), the space for those who are not-all, who are uncouncted and unnamed, not part of the „police“ (symbolic or state) order. A true political space is always a space of contestation for those who have no name or no place.“ (Swyngedouw 2010b)

Die vorhergegangenen Betrachtungen der Klimabewegung, ihrer Form, thematischen Aufstellung sowie die zu beobachtenden räumlichen Dimensionen zeigen deutlich, wie komplex diese in ihrer Diversität ist. Welche der beobachteten Aktionen oder Akteur*innen das Potenzial besitzen, das „Politische“ in der Klimadebatte wieder aufleben zu lassen, soll im Folgenden näher analysiert werden. Dabei stellt sich die Frage, ob die beobachteten kritischen Stimmen als „Rauschen“ derjenigen, die laut Swyngedouw „keinen Namen oder keinen Platz“ haben identifiziert werden können. Oder schaffen sie es, ihrer Stimme Gehör zu verschaffen, wie dies im folgenden Zitat des Klimaaktivisten beschrieben wird?

„ [...] and it seems like the only way you can make your voice heard, when you haven't got 250.000 Euros [(the amount companies pay for an exhibition space at „Solution COP21“)] is to do something like this: take direct action, make a noise, and actually make our voices heard – money will not silence the people and we will be heard.“ (Aktivist während der „(False) Solution COP21“ Aktion, Videoaufnahme JG)

Swyngedouw (2010a) stellt die Forderung als allgemein gültig dar, dass „[w]e have to make sure that radical techno-managerial and socio-cultural transformations, organized

¹⁴ Kurze Beiträge zur „(False) Solution COP21“ fanden sich auf taz online (<http://taz.de/Lobbying-und-Protest-beim-Klimagipfel/!5258287/>) sowie auf neues deutschland (<http://www.neues-deutschland.de/artikel/993654.ziviler-ungehorsam-gegen-scheinloesungen.html>)

within the horizons of a capitalist order that is beyond dispute, are initiated that retrofit the climate [...]. In other words, we have to change radically, but within the contours of the existing state of the situation [...] so that nothing really has to change“. Dabei vernachlässigt er jedoch, dass in der Klimabewegung zahlreiche Organisationen und Aktivist*innen gerade gegen das kapitalistische System aufbegehren und sehr wohl die Notwendigkeit eines Wandels der aktuellen Situation sehen und auch klar fordern. Wenngleich seine Beobachtung einer konsensbildenden Darstellung des Klimawandels und dessen („apokalyptischer“) Folgen durchaus auch auf der Ebene des zivilgesellschaftlichen Widerstandes nachvollzogen werden kann (Bedall und Brunnengräber 2014; Bedall 2011), so vernachlässigt Swyngedouw in seinen Artikeln doch die Diversität der Bewegung. Zwar gibt es NGOs, die sich an den Verhandlungen beteiligen und sich damit im „hegemonialen“ System bewegen, dennoch darf die Vielfalt der Bewegung nicht unterschätzt werden.

Fraglich ist bei Swyngedouws Analyse, ob die hier betrachtete Klimabewegung mit ihren Widerständen gegen die kapitalistisch geprägte Weltordnung als dem post-politischen Argument inhärent anzusehen ist. Swyngedouw (2010a) impliziert dies durch die Aussage zu einem erreichten Konsens zwischen verschiedenen Akteur*innen unter anderem den “[...] eco-activists of various political or ideological stripes and colours [which] engage in direct action in the name of saving the planet [...]”. Ein anderer Blickwinkel stellt die Klimabewegung als die „irresponsible partners“ (ebd.) dar, welche von der post-demokratischen Konstitution ausgeschlossen werden. So wird die Klimabewegung als „radical environmentalists“ (Swyngedouw 2014) außerhalb des Konsenses platziert und somit radikalisiert. Ein solches Szenario konnte innerhalb des Grand Palais nachvollzogen werden. Aktivist*innen, die „ihre Stimme hörbar“ machen wollten wurden unter Gewalt aus dem Gebäude entfernt. Eine Aktivistin konstatiert dabei sehr treffend: „They treat us like terrorists“ (VICE News 2015b). So wird hier der Ausnahmezustand genutzt, um ungewünschte Stimmen außerhalb des Konsenses „radikal auszuschließen“. „[They are] put outside the law and [are] treated as extremists and terrorists“ (Swyngedouw 2014). Eine ähnliche Radikalisierung konnte auch bei den Ausschreitungen der Anfangsdemonstrationen nachvollzogen werden.

Dennoch ist fraglich, inwieweit diese Zweiteilung in „partizipierend“ einerseits und „radikalisiert“ andererseits die Vielfalt der Bewegung abdecken kann. So kam es in Paris zu zahlreichen Aktionen, die als deutlich gegen-hegemonial zu sehen sind und von der Polizei „geduldet“ wurden (bspw. D12). Während Bedall und Brunnengräber (2014) noch eine Kategorisierung in „participation (NGOs)“ und „protest (NGOs)“ machen, scheinen diese Kategorien in Paris weiter zu verschmelzen. Während beispielsweise das „Climate Action Network“ (CAN) von Bedall (2011) als stark gipfelorientiert und wenig markt- bzw. wachstumskritisch eingeordnet wird, listet die „Coalition Climat 21“ CAN als internationale Unterstützerin (Coalition Climat 21 2015b). Obwohl hiermit nicht notwendigerweise gesagt werden soll, dass CAN weniger gipfelorientiert ist, oder die anderen Stimmen weniger kritisch sind, so zeigt sich doch eine zunehmende Überschneidung der diversen Akteur*innen. Dies zeichnet sich auch intern ab: so sind in der Koalition große „partizipierende“ Organisationen wie Greenpeace oder Fairtrade genauso wie eine Vielzahl kleiner lokal orientierter Organisationen mit eigenen Agenden vereint. Dem gegenüber stellt beispielsweise die Bewegung „ANV-COP21“ das Handeln der Politik

direkt in Kritik und fordert (friedliche) Aktionen gegen das hegemoniale System und stellt sich damit gegen die Ideen, die in Le Bourget verhandelt werden.

Eine andere Perspektive ergibt sich allerdings beim Betrachten des „Sichtbarmachen“ (Rancière 2006) der „Gegenstimmen“. Während der direkte Einfluss dieser Stimmen auf die COPs im Rahmen dieser Arbeit nicht näher untersucht werden konnte, so muss doch festgehalten werden, dass zwar bei einem Großteil der Veranstaltungen durchaus Medien anwesend waren, diese jedoch oftmals im links-alternativen Bereich anzusiedeln waren. So war beispielsweise die Berichterstattung in den deutschen Medien sehr überschaubar, wodurch ein ausreichendes „Sichtbarmachen“ durchaus in Frage zu stellen ist.

Einhergehend mit der Diversität der Akteur*innen waren auch die Thematiken, die in Paris diskutiert wurden sehr breit. Auch hier können Spannungen zur Argumentation Swyngedouws (2013; 2010a) nachvollzogen werden. Wie bereits durch Kenis und Mathijs (2014) oder Chatterton et al. (2013) konstatiert, reicht das Themenspektrum der Klimabewegung weit über den von Swyngedouw (2010a) postulierten post-politischen Rahmen hinaus. So konnte in Paris bei den für eine Repolitisierung relevanten Akteur*innen weder eine Fetischisierung noch eine Kommodifizierung von CO₂ nachvollzogen werden und auch markt-orientierte, technokratische Lösungsansätze wurden bewusst abgelehnt. Stattdessen konzentrierten sich die Themen auf soziale Ungleichheiten, welche durch das hegemoniale System geschaffen und in diesem ständig reproduziert werden. Auch die direkte Kritik am Kapitalismus und einer Blickänderung auf diesen als Ursache (statt auf CO₂ als „fetischisierten Feind“ (ebd.) zeigt deutlich, dass hier eine nicht zu verachtende Masse an Menschen das hegemoniale System antagonistisch in Frage stellt.

Schon lange vor, aber besonders seit der COP15 in Kopenhagen wurde „Climate Justice“ zum „signifier“ der Klimabewegung. Während Chatterton et al. (2013) im Aufkommen in der Debatte um „Climate Justice“ ein „antagonistic framing of climate politics that breaks with attempts to construct climate change as a ‘post-political’ issue“ sehen, hinterfragen Kenis und Mathijs (2014) inwieweit der Begriff tatsächlich mit Inhalt befüllt ist und folgern, dass es der Bewegung (hier CJA) an Zukunftsalternativen fehle. Auch in Paris konnte eine deutliche Betonung auf „Climate Justice“ (sowohl durch die „Coalition Climat21“ als auch durch „ANV-COP21“ u.a.) wiedergefunden werden. Hinzu kam die Forderung nach „System Change“, welche sich durch fast alle der beobachteten Veranstaltungen in Form von Ausrufen oder Aufklebern zog. Swyngedouw bezeichnet sowohl „Climate Justice“ als auch „System Change“ nach Laclau als „empty signifiers“¹⁵. Im Gegensatz hierzu konstatieren Görg und Bedall (2013), „[...] dass mit der Climate-Justice-Programmatik der lange Zeit unangefochtene hegemoniale Konsens aufgebrochen“ worden sei. Anders als von Kenis und Mathijs (2014) festgehalten, konnten in Paris durchaus Artikulationen von Alternativen nachvollzogen werden (dabei sei davon abgesehen, inwieweit diese als realisierbar zu verstehen sind). So wurden beispielsweise bei einer Podiumsdiskussion beim „Peoples‘ Climate Summit“ mit dem Titel „Systematic Alternative & Climate“ konkrete Perspektiven¹⁶ zum Thema Systemwandel diskutiert und auch Veranstaltungen innerhalb

¹⁵ Persönliches Gespräch mit Erik Swyngedouw am 28. Januar 2016.

¹⁶ Hierzu gehörten unter anderem eine Wiedereinnahme der Commons, eine wachstumskritische Haltung, ein neues Verständnis von Arbeit in Balance mit der Natur oder die Förderung von Diversität.

der ZAC erörterten konkrete Alternativen (vgl. Kapitel 3.3 sowie Coalition Climat 21 2015c). Aber auch direkt vor Ort konnten „Küfas“ (Küchen für alle) sowie Gemeinschaftsräume und -unterkünfte in Form einer Förderung von „commons“ als vor Ort gelebte Alternative nachvollzogen werden. Allerdings muss auch betont werden, dass oftmals keine konkreten Forderungen oder Zukunftsalternativen hinter dem Slogan „System Change not Climate Change“ steckten und somit auch eine Interpretation dieser Termini als „empty signifier“ in Paris nachvollzogen werden konnte.

„I submit that to grasp the political character of those varieties of artistic activism we need to see them as counter-hegemonic interventions whose objective is to occupy the public space in order to disrupt the smooth image that corporate capitalism is trying to spread, bringing to the fore its repressive character.“ (Mouffe 2007)

Während Mouffe (2007) jeglicher Kunst eine politische Dimension zuspricht, so ist es für sie doch die „kritische“ Kunst, welche einen Beitrag dazu leisten kann, die dominante Hegemonie in Frage zu stellen. Dabei versteht sie „kritische“ Kunst vor dem Hintergrund eines agonistischen Ansatzes als Kunst, „[which] foments dissensus, that makes visible what the dominant consensus tends to obscure and obliterate. It is constituted of artistic practices aiming at giving a voice to all those who are silenced within the framework of the existing hegemony“ (ebd.).

Betrachtet man die in Paris dargestellte Kunst, so lassen sich deutliche Unterschiede in der Ausprägung der Kritik am post-politischen Klimadiskurs feststellen. Zum in Kapitel 3.3 beschriebenen Kunstwerk „Freedom to Pollute“ von Galschoit kann konstatiert werden, dass sich dieses trotz Kritik an beobachteten Ungleichheiten zwischen Nord und Süd durch seine gipfelbestätigende Haltung sowie „apokalyptischer“ Zukunftsdarstellungen deutlich in den post-politischen Rahmen einfügt. So spiegelt dieses Kunstwerk dadurch, dass es eine der im post-politischen Rahmen zugelassenen kritischen Stimmen darstellt, viel eher das von Swyngedouw und anderen identifizierte post-politische Klimaargument wider, als dass es den dominanten Konsens zu durchbrechen und zur „kritischen“ Kunst zu werden vermag. Anders sieht dies bei den beschriebenen Aktionen von Brandalism oder der Aktion „Big Oil out of Culture“, welche sich direkt und bewusst gegen das hegemoniale System und dessen scheinbare „Lösungen“ richteten.

Wenngleich nach Mouffe (2007) Kunstaktivismus allein nicht die momentan vorherrschende neoliberale Hegemonie umwerfen kann, so zeigen die in Paris beobachteten Kunstwerke und Kunstaktionen einerseits die Vielfalt an möglichen Aktionen im öffentlichen Raum. Andererseits kann er – in Teilen – in Form seiner antagonistischen Dimension als ein Element im Versuch der Repolitisierung der Klimadebatte dienen.

“I agree that artistic practices could contribute to the struggle against capitalist domination but this requires a proper understanding of the dynamics of democratic politics; an understanding which I contend can only be obtained by acknowledging the political in its antagonistic dimension as well as the contingent nature of any type of social order. It is only within such a perspective that one can grasp the hegemonic struggle which characterizes democratic politics, hegemonic struggle in which artistic practices can play a crucial role.“ (Mouffe 2007)

Swyngedouw folgend, können Aktionen erst dann ein politisches Potenzial entwickeln, wenn sie aus dem aktuell vorherrschenden hegemonialen post-politischen Rahmen

herausfallen¹⁷. Bei einem Choreographieren im Rahmen der Regeln der „Police“ könne also gesagt werden, was immer gewollt wird. Erst wenn der Rahmen desavouiert wird, ändere sich etwas. In Paris konnte eine Vielzahl an Veranstaltungen beobachtet werden, die sich deutlich in den vom hegemonialen System vorgegebenen Rahmen einpassten. So zeigte der „Peoples‘ Climate Summit“, trotz der dort gebotenen (Zukunfts-)Alternativen, ein klares Handeln innerhalb des hegemonialen Rahmen. Mit dem Bürgermeister von Montreuil als Schirmherr der Veranstaltung wurde die Hegemonie durch Erlaubnis zur Durchführung der Veranstaltung deutlich anerkannt. Im Übrigen zeigen sich auf dem „Peasants Market“ zwar Lokalisierungsabsichten, allerdings kann dieser darüber hinaus nicht als Gegenpol zum kapitalistischen System gesehen werden. Auch die Proteste am Ende der zwei Wochen tragen eine post-politische Tendenz in sich, da sie nach langen Verhandlungen mit der französischen Regierung als „geduldet“ durchgeführt wurden. Swyngedouws Thesen folgend, schließt allein die Tatsache, dass Verhandlungen überhaupt erst stattgefunden haben, ein Auftreten des „Politischen“ von vornherein aus. Dadurch wird der Gegenseite, also der offiziellen Regierung, Macht zugesprochen. Ein egalitäres Verhältnis, welches Swyngedouw, Rancière folgend, als Grundlage für das „Politische“ ansieht, wird somit erst gar nicht hergestellt¹⁸. So wurden die Proteste durch die vorangegangenen Verhandlungen in ihrem Potenzial zu repolitisieren deutlich abgeschwächt. Es kann also konstatiert werden, dass ein Großteil der Aktionen innerhalb der Regeln der Police stattfanden. Einerseits waren einige im Rahmen des Ausnahmezustands nicht erlaubt, andererseits wurden sie jedoch von der Polizei geduldet. Somit befanden sie sich innerhalb einer Grauzone. Die beobachteten Aktionen, welche den hegemonialen Rahmen desavouierten und die öffentliche Ordnung störten (bspw. bei den Ausschreitungen der Proteste zu Beginn der Veranstaltung oder innerhalb der „(False) Solutions COP21“) fanden sich hingegen schnell als „radikalisiert“ wieder und wurden von der Polizei unterdrückt. Hier konnte ein politisches Potenzial nachvollzogen werden, dem es jedoch an einer kritischen Masse, an Ausdauer sowie der Aufmerksamkeit durch die Medien fehlte. So können diese Aktionen durchaus als Momente mit Potenzial zur Repolitisierung definiert werden, allerdings ist fraglich, ob dies ausreichte, um den Beginn einer „politischen Sequenz“ (Swyngedouw 2014) zu markieren. Die Schwierigkeit bei Aktionen und deren Potenzial zu repolitisieren zeigt sich also einerseits darin, aus dem „offiziellen Rahmen“ auszubrechen andererseits darin eine kritische Masse zu erreichen, um aus einer einfachen Aktion eine Sequenz entstehen zu lassen.

Demgegenüber muss jedoch konstatiert werden, dass das Zusammenkommen der Klimabewegung in Paris vor allem der Vernetzung diene. Die Bildung translokaler Solidaritäten war neben einem „Sichtbarmachen“ vor Ort ein großes Anliegen der Klimabewegung. Wie bereits Featherstone (2013) für die COP15 in Kopenhagen attestiert, bieten die großen Klimagipfel der Klimabewegung auch immer eine Möglichkeit sich in ihrer Vielfalt und Breite zu treffen und auszutauschen. Dieser Punkt war auch und gerade bei der COP21 in Paris von hoher Bedeutung. Auf symbolischer Ebene werden Antagonismen zu großen (transnationalen) Unternehmen und Regierungen, also zu der vorherrschenden politisch-ökonomischen hegemonialen Ordnung, aufgebaut. Realistisch

¹⁷ Persönliches Gespräch mit Erik Swyngedouw am 28. Januar 2016.

¹⁸ Persönliches Gespräch mit Erik Swyngedouw am 28. Januar 2016.

besteht aber nicht (unbedingt) der Anspruch an dieser Stelle konkret etwas zu verändern. Stattdessen werden Solidaritäten und Taktiken zwischen verschiedensten lokalen Kämpfen aufgebaut beziehungsweise ausgetauscht. Eine stärkere, vielfältigere Bewegung ist dabei als Ziel zu sehen. Die realen Veränderungen und Kämpfe, die „politischen“ Aktionen, finden dann vor Ort statt, beispielsweise konkret an den Stellen an denen Braunkohle abgebaut wird. Somit kann abschließend bemerkt werden, dass Paris im Zeitraum der COP21 als repräsentativer Ort des „Hörbarmachens ungehörter Stimmen“ (O’Neill 2004) dienen sollte, jedoch nicht als historischer Ort der Klimabewegung im Sinne einer Emanzipation und somit eines Wiederauflebens des „Politischen“ gesehen werden kann. Vielmehr konnte Paris (inklusive der Vor- und Nachbereitungen), wie bereits angesprochen, dazu genutzt werden sich innerhalb der Bewegung zu vernetzen und somit eine Stärkung translokaler Verbindungen/ Solidaritäten zu erwirken was auch zur Weiterentwicklung einer kritischen Masse verhelfen kann.

5. „Road through Paris, Not Road to Paris”

Während in Le Bourget der scheinbare „Erfolg“ eines beschlossenen Klimaabkommens gefeiert wird, ist für große Teile der Klimabewegung klar, dass dies noch lange nicht als ausreichender Schritt im Umgang mit dem Klimawandel gesehen werden kann. So wurde durch die COP21 der hegemoniale, „post-politische“ Konsens reproduziert und weiter gefestigt. Umso wichtiger erscheint es für die Klimabewegung in ihrer Diversität ihre Agenda weiter zu festigen, lokale Ungleichheiten zu artikulieren und durch Bildung translokaler Solidaritäten einen Prozess der Delokalisierung hervorzurufen. Es gilt die schwierige Balance zu finden zwischen der Artikulation echter Antagonismen und der Mobilisierung einer kritischen Masse, die es schafft ihren Stimmen Gehör zu verschaffen und somit den „post-politischen“ Rahmen aufzubrechen weiß.

Vor dem konzeptionellen Hintergrund des Arguments der „Post-Politik“ konnten die zivilgesellschaftlichen Proteste auf den Straßen von Paris während der COP21 beobachtet und analysiert werden. Der Fokus lag dabei auf der Frage, inwieweit es die Klimabewegung schafft in Paris das „Politische“ in der Klimadebatte wiederaufleben zu lassen.

Wie bereits von Kenis und Mathijs (2014) beschrieben sowie in Paris beobachtet, kann der Klimabewegung die Intention der Bildung von Antagonismen und teilweise auch eine bewusste Auseinandersetzung mit dem Diskurs einer Repolitisierung der Klimadebatte durchaus zugesprochen werden. Hierbei sollen die starren, technokratischen und liberalen Denkweisen, die innerhalb der COP nachzuvollziehen sind, aufgebrochen und Alternativen zum vorherrschenden, hegemonialen Diskurs aufgezeigt werden. In Paris konnten einige Momente beobachtet werden, die eine „Störung“ des hegemonialen Rahmens hervorrufen konnten. Diese Momente der „Disruption“¹⁹ wurden jedoch vielfach kriminalisiert und marginalisiert (beispielsweise „(False) Solutions COP21“). Einer Vielzahl anderer Aktionen war zudem zu wenig politisches Potenzial nachzuweisen, um den „post-politischen“ Rahmen aufzubrechen und Einfluss auf die „Polizei“ auszuüben. Verstärkt wurde dies durch die Tatsache, dass – insbesondere bei den Aktionen mit dem größten politischen

¹⁹ Persönliches Gespräch mit Erik Swyngedouw am 28. Januar 2016.

Potenzial – die Medienaufmerksamkeit verschwindend gering war. Schließlich muss noch beachtet werden, dass jeglicher zivilgesellschaftlicher Protest potenziell durch den Ausnahmezustand verzerrt wurde.

Gleichzeitig muss der Klimabewegung jedoch eine enorme Diversität zugesprochen werden. So reicht eine Zweiteilung in „Post-Politisch“ und „Politisch“ nicht aus um die Vielfältigkeit an gegen-hegemonialen Artikulationen abzubilden. Die Diversifizierung der Klimabewegung bietet damit einerseits über Zusammenschlüsse die Chance, eine kritische Masse zu erreichen; andererseits läuft die Bewegung Gefahr, gerade durch diese Diversität keine eindeutige Agenda zu vertreten.

Es ist festzuhalten, dass – zumindest derzeit – das „politische Potenzial“ nicht ausreicht, um den „post-politischen“ Zustand zu durchbrechen und eine Repolitisierung der Klimadebatte zu erreichen. So konnte vor Ort in Paris zu keinem Zeitpunkt das Wiederaufleben des „Politischen“ in seiner vollen Dimension nachvollzogen werden.

Eine Aussage darüber zu treffen, inwieweit die Klimabewegung und die Proteste in Paris während der COP21 (oder gar schon in Kopenhagen bei der COP15) hingegen als Anfang einer „politischen Sequenz“ im Sinne Swyngedouws (2014) bewertet werden können und damit als Teil des „Politischen“ gesehen werden können, ist momentan (noch) nicht abschließend möglich, da das „Politische“ meist erst rückblickend zu erkennen ist. Es sei jedoch festgehalten, dass ohne all diese Aktionen – auch wenn sie an sich nicht über eine symbolische Tragweite hinauskommen – das „Politische“ im Kontext des Klimawandels vermutlich nie in Erscheinung treten würde. Sie sind als vorbereitende Maßnahmen zu sehen, mit denen ein Äquivalenzkette (Mouffe 2014) aufgebaut wird, die das Potenzial besitzt, groß genug zu werden, um die momentane Aufteilung des „Sinnlichen“ (Rancière 2006), die derzeitige hegemoniale Narrative der Klimagovernance und damit den neoliberalen auf immerwährenden Wachstum ausgerichteten Kapitalismus, herauszufordern. Was nicht gesagt werden kann, ist, wann und ob diese Sequenz soweit fortgeschritten sein wird, dass sie eine reale Veränderung bewirkt und somit das „Politische“ real zum Vorschein kommt. Die Klimabewegung hat die Proteste in Paris stets in den Kontext einer weiterlaufenden, größeren Mobilisierung („Road through Paris, Not Road to Paris“) gesetzt. Der Global Action Day im Mai 2016 mit weltweiten Aktionen – lokal an den Orten angesetzt, an denen fossile Energieträger extrahiert werden – ist ein nächster Schritt. So zeigt die Klimabewegung einerseits eine Verortung konkreter, lokalisierbarer Ungerechtigkeiten, welche durch gegen-hegemoniale Formulierungen Antagonismen bilden können. Andererseits bewirkt die translokale Vernetzung der Bewegung einen Prozess der Delokalisierung, welcher hilft, diese Formulierungen zu universalisieren (Swyngedouw 2014). Während die Beobachtungen in Paris lediglich eine Momentaufnahme darstellen und somit ein potenzieller Beginn beziehungsweise Teil einer „politischen Sequenz“ im Hier und Jetzt nicht erkannt werden konnte, so bilden sie doch das Festhalten des aktuellen Status Quos der Bewegung ab.

Es empfiehlt sich, die Zivilgesellschaft weiter im Blick zu behalten, da sie (nach wie vor) über das größte Potenzial zur Repolitisierung der Klimadebatte verfügt. So sei mit Swyngedouw (2014) abschließend festgehalten:

„In other words, what is required now and what needs to be thought through is if and how these proto-political localised events can turn into a spatialised political

“truth” procedure, a political sequence? Such democratic political procedure requires painstaking organisation, sustained political action and a committed fidelity to universalising the egalitarian trajectory for the management of the commons” (Swyngedouw 2014).

Quellenverzeichnis

- ANV-COP21 (2015): Let's stand up and save the climate!/ Aufrecht und Entschlossen das Klima Retten!: Call for non-violent, determined, radical and grassroot action for climate justice during the COP21 and beyond!/ Aufruf zu gewaltfreien, entschlossenen, radikalen und bürgernahen Aktionen für Klimagerechtigkeit während der COP21 und darüber hinaus!
- Bedall, P. (2011): NGOs, soziale Bewegungen und Auseinandersetzungen um Hegemonie. In: Brunnengräber A (ed) Zivilisierung des Klimaregimes: NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik, 1. Aufl. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, pp 59–84
- Bedall, P. und Brunnengräber, A. (2014): "Participation NGOs" and "Protest NGOs" in International Climate Politics: Differing strategies in Civil Society and the Establishment of Hegemony. Working Paper Series: Special Issue: New Latin American Perspectives on Sustainable and Low Carbon Societies, Hamburg, Germany.
- Bernard, R. (2006): Research Methods in Anthropology: Qualitative and Quantitative Methodes. Altamira Press, Oxford.
- Brandalism (2015): Brandalism at COP 21 Paris 2015. <http://www.brandalism.org.uk/brandalism-cop21>. Accessed 10 December 2015.
- CEO (2015): False Solutions COP 21: Pushing the corporate agenda at Paris 2015. Flyer.
- Chatterton, P., Featherstone, D. und Routledge, P. (2013): Articulating Climate Justice in Copenhagen: Antagonism, the Commons, and Solidarity. *Antipode* 45(3):602–620. doi: 10.1111/j.1467-8330.2012.01025.x.
- Clegg, M.B. (2015): COP21 in Paris: La Place de la Republique. <http://climatejusticeproject.com/2015/12/01/la-place-de-la-republique/>. Accessed 5 March 2016.
- Coalition Climat 21 (2015a): Peoples' climate summit: Programmheft. <http://coalitionclimat21.org/en/peoples-climate-summit>. Accessed 12 December 2015.
- Coalition Climat 21 (2015b): The coalition. <http://coalitionclimat21.org/en/contenu/coalition>. Accessed 17 March 2016.
- Coalition Climat 21 (2015c): Zone d'action pour le climat: ZAC 7-11 Déc 2015: Programmheft. <http://coalitionclimat21.org/en/climate-action-zone>. Accessed 15 March 2016.
- Crouch C (2004) Post-democracy. MA: Polity (Themes for the 21st century), Malden

- Featherstone, D, und Korf, B. (2012): Introduction: Space, contestation and the political. *Geoforum* 43(4):663–668. doi: 10.1016/j.geoforum.2012.03.018.
- Featherstone, D. (2013): The Contested Politics of Climate Change and the Crisis of Neoliberalism. *ACME: An International E-Journal for Critical Geographies* 12(1):44–64.
- Galschiot, J. (2015): COP21 Paris 2015: UNBEARABLE. Freedom to Pollute. Flyer.
- Görg, C. und Bedall, P. (2013): Antagonistische Positionen. Die Climate-Justice-Koalition vor dem Hintergrund der Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: Dietz M, Garrelts H (eds) *Die internationale Klimabewegung*. Springer Fachmedien Wiesbaden, Wiesbaden, pp 75–105.
- Hecking, C. (2015): Klimakonferenz: Gewalt auf der Place de la République. *Zeit Online* 29. November 2015(<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-11/un-klimagipfel-paris-demonstrationen-hollande>).
- Hopf, C. (2003): Forschungsethik und qualitative Forschung. In: Flick U, Kardoff E, Steinke I (eds) *Qualitative Forschung*. Rowohlt, Reinbek, pp 589–600.
- Horcajuelo, G. (2015): Klimakonferenz: Gewalt auf der Place de la République. *Zeit Online* 2015(Online: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-11/un-klimagipfel-paris-demonstrationen-hollande>).
- Kaul, M. (2015): Klimaaktivist über Hausarrest in Paris: „Ich darf nicht in die Innenstadt“. *taz online* 2015.
- Kenis, A. und Mathijs, E. (2014): Climate change and post-politics: Repoliticizing the present by imagining the future? *Geoforum* 52:148–156. doi: 10.1016/j.geoforum.2014.01.009.
- Kythreotis, A.P. (2012): Progress in global climate change politics? Reasserting national state territoriality in a 'post-political' world. *Progress in Human Geography* 36(4):457–474. doi: 10.1177/0309132511427961.
- Mattisek, A. Pfaffenbach, C. und Reuber, P. (2013): *Methoden der empirischen Humangeographie*. Das Geographische Seminar. Westermann, Braunschweig.
- Methmann, C. (2013): The sky is the limit: Global warming as global governmentality. *European Journal of International Relations* 19(1):69–91. doi: 10.1177/1354066111415300.
- Mouffe, C. (2005): *On the Political*. Routledge, London, New York.
- Mouffe, C. (2007): Artistic Activism and Agonistic Spaces. *Art & Research - A Journal of Ideas, Contexts and Methods* 1(2).
- Mouffe, C. (2014): *Agonistik: Die Welt politisch denken*, 1. Aufl., Orig.-ausg. Edition Suhrkamp, vol 2677. Suhrkamp, Berlin.
- North, P. (2010): Eco-localisation as a progressive response to peak oil and climate change – A sympathetic critique. *Geoforum* 41(4):585–594. doi: 10.1016/j.geoforum.2009.04.013.
- O'Neill, K. (2004): Transnational Protest: States, Circuses, and Conflict at the Frontline of Global Politics. *International Studies Review* 6:233–251.

- Rancière, J. (1999): *Disagreement: Politics and philosophy*. University of Minnesota Press, Minneapolis.
- Rancière, J. (2006): *The politics of aesthetics: The distribution of the sensible*, Pbk. ed. Continuum, London, New York.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung (2015): *Jenseits von COP21: Klimagerechtigkeit im Ausnahmezustand*. RLS Internetdokument.
- Storm, S. (2009): *Capitalism and Climate Change: Can the Invisible Hand Adjust the Natural Thermostat?* *Development and Change* 40(6):1011–1038.
- Swyngedouw, E. (2007): *Invited, Seventh Antipode Annual Lecture "Where is the Political?"*. In: IBG/RGS (ed) *Annual Conference 2007*, London.
- Swyngedouw, E. (2010a): *Apocalypse Forever?: Post-political Populism and the Spectre of Climate Change*. *Theory, Culture & Society* 27(2-3):213–232. doi: 10.1177/0263276409358728.
- Swyngedouw, E. (2010b): *Impossible Sustainability and the Post-political Condition*. In: Cerreta M, Concilio G, Monno V (eds) *Making Strategies in Spatial Planning*, vol 9. Springer Netherlands, pp 185–205.
- Swyngedouw, E. (2011): *Whose environment?: the end of nature, climate change and the process of post-politicization*. *Ambient. soc.* 14(2):69–87. doi: 10.1590/S1414-753X2011000200006.
- Swyngedouw, E. (2013): *The non-political politics of climate change*. *ACME: An International E-Journal for Critical Geographies* 12(1):1–8.
- Swyngedouw, E. (2014): *Where is the political? Insurgent mobilisations and the incipient "return of the political"*. *Space and Polity* 18(2):122–136. doi: 10.1080/13562576.2013.879774.
- UN (2015): *United Nations on Twitter: Ban Ki-moon donated his shoes to stand in solidarity w/ people of Paris unable to join a #climatemarch today. #COP21*. <https://twitter.com/un/status/670914109169410048>. Accessed 22 March 2016.
- VICE News (2015a): *Police Clash With Protesters in Paris: COP21 Climate Emergency (Dispatch 1)*. <https://news.vice.com/video/police-clash-with-protesters-in-paris-cop21-climate-emergency-dispatch-1>.
- VICE News (2015b): *Toxic Tours and Civil Disobedience: COP21 - Climate Emergency (Dispatch 3)*. <https://news.vice.com/video/toxic-tours-and-civil-disobedience-cop21-climate-emergency-dispatch-3>. Accessed 25 March 2016.
- Wong, T. und Wainwright, J. (2009): *Offshoring Dissent: Spaces of Resistance at the 2006 IMF/World Bank Meetings*. *Critical Asian Studies* 41(3):403–428. doi: 10.1080/14672710903119776.
- Žižek, S. (2000): *The ticklish subject. The absent centre of political ontology*. 1st pbk. ed. London, New York: Verso.

Fishing for consent: De-Politisierung und Problematisierung des Klimawandels durch LDC-Repräsentanten auf der Conference of the Parties (COP) 21 in Paris

Bauriedel, T., Dittmann, J. und Schmitt, D.

Zusammenfassung

In diesem Artikel argumentieren wir, dass Anpassung an den Klimawandel von Vertretern verschiedener LDCs (*Less Developed Countries*) auf der *Conference of the Parties* (COP) 21 de-politisiert wurde, indem die Thematik einerseits auf Naturereignisse reduziert wird und andererseits lediglich Finanzierung sowie Technologietransfer vom Globalen Norden in den Globalen Süden als Lösungen präsentiert werden. Nicht nur Ursachen für Wasserspiegelschwankungen von Gewässern, auch politische Interessenkonflikte, Vertreibung von Menschen und sogar Terrorismus, z. B. im subsaharischen Afrika, werden durch den Klimawandel erklärt. Staatliche Umweltpolitik steht oft nicht zur Diskussion. Die De-politisierung findet auf der COP 21 simultan mit der Problematisierung des Klimawandels z. B. während der Ansprachen verschiedener Staatsoberhäupter statt und ist genauer in der Argumentation der Vortragenden zu erkennen. Durch Argumentation wird versucht, Auswirkungen des Klimawandels im eigenen Interessengebiet zu problematisieren, um zunächst Aufmerksamkeit zu erlangen sowie Befürworter und schließlich Financiers zu überzeugen. Vor dem Hintergrund der Heuristik der Übersetzung nach Michel Callon und des *Travelling Models* nach Richard Rottenburg untersuchen wir den Prozess der Problematisierung bei Vertretern Subsahara-Afrikas sowie der Inselstaaten des Pazifiks auf der COP 21 in Paris und betten die Erkenntnisse in den Kontext der De-Politisierung in einer post-demokratischen Klimapolitik nach Eric Swyngedouw ein. Dabei sollen unter anderem Unterschiede zwischen Arten der Argumentation bei afrikanischen und pazifischen Staaten festgestellt werden, um anschließend Aussagen über differenzierte Intentionen der vielfältigen Akteure auf Klimakonferenzen zu treffen. Wir nehmen weiterhin an, dass Nord-Süd-Kooperation im Kontext von Klimafinanzierung durch den De-Politisierungsprozess immer differenzierter gegenüber Entwicklungszusammenarbeit (EZ) betrachtet wird, was bei der heutigen Implementierung von konkreten Projekten bezüglich Anpassung an den Klimawandel in Ländern des Globalen Südens zum Wiederaufleben von neoliberalen Modellen wachstums- und fortschrittsorientierter Entwicklungsagenden führt.

Schlagwörter: Klimaverhandlungen, De-Politisierung, Post-Politik, *Conference of the Parties*, Problematisierung, Übersetzung, *travelling model*

1. Einleitung

Auf der COP 21 in Paris 2015 wurde der globalen Bedrohung des Klimawandels im Rahmen der Vereinten Nationen begegnet, um unter allen 195 Staaten erstmals ein völkerrechtlich verbindliches Klimaabkommen zu verabschieden. Das Abkommen gilt als historischer Wendepunkt der internationalen Klimapolitik. Für LDCs des subsaharischen Afrika und des Pazifiks sowie für andere Länder des Globalen Südens sind die wichtigsten Ergebnisse besonders in den Bereichen Kapazitätsaufbau, klimabedingter Schäden und Verluste sowie Finanzierung zu suchen. Unter anderem kam es in diesen Bereichen während des Gipfels besonders für LDCs zu entscheidenden Fortschritten. Neben einem neuen Mechanismus, der dem Aufbau von Adaptionskapazitäten in Ländern des Globalen Südens gilt und u. a. Technologietransfer beinhaltet, wurde die Einrichtung eines Artikels für *loss and damage* und damit dessen Anerkennung als eigenes Thema im Abkommen vollzogen. Diese Forderung soll für Entschädigung der klimabedingten Verluste sorgen, welche die am meisten verwundbaren Staaten bereits zu verzeichnen hatten. Des

Weiteren wurde beschlossen, die Klimafinanzierung von 2020 bis 2025 mit jährlich 100 Mrd. US-Dollar seitens der Industrieländer fortzusetzen und anschließend neue ambitioniertere Beiträge festzulegen.

Neben den politischen Verhandlungen wurden auch neue naturwissenschaftliche Ergebnisse aus der Klimawandel- und Klimafolgenforschung präsentiert und diskutiert. Quantitative Daten über Temperaturanstieg, Dürrewahrscheinlichkeiten und Niederschlagsraten wurden in Statistiken und Diagrammen aufgearbeitet und zur Aufstellung entsprechender Prognosen verwendet. Es besteht oft Einigkeit darin, dass jene meist unangefochtenen Daten als ausreichendes wissenschaftliches Fundament dienen, um Anpassungsprogramme an ihnen zu orientieren und damit die Probleme des Klimawandels vorwiegend als quasi-natürliche Herausforderungen zu betrachten (Swyngedouw 2013; Swyngedouw 2014).

Seit einigen Jahren entwickelt sich nicht nur in der Wissenschaft neben der Diskussion um den Klimawandel, als ein anthropogen verursachtes Phänomen, welches sich besonders in natürlichen Ereignissen und Katastrophen zunehmender Intensität äußert, eine weitere Perspektive, welche die bisher vorherrschende Betrachtungsweise um kritische Studien über die der Behandlung des Klimawandels inbegriffenen Tendenzen der Post-politisierung ergänzt. Aufbauend auf „*post-foundationalist*“-Ansätzen nach z. B. Žižek und Rancière wendet Eric Swyngedouw das Konzept der Post- bzw. De-politisierung in Verbindung zum Klimawandel an (Swyngedouw 2010). Nach Rancière (2008) findet eine De-politisierung statt, wenn nicht allen Elementen einer gesellschaftlichen Ordnung die Voraussetzung gegeben wird, unter fairen Bedingungen an einem Diskurs teilnehmen zu können. Durch die Machtakkumulation der ‚Police‘ (definiert als Ordnung, die als ‚normal‘ angesehen wird) findet eine Unterdrückung von Argumenten, Aktionen und Akteuren statt. Demokratie als der zentrale Bestandteil einer gerechten Verteilung von Macht, schließt im Gegensatz dazu eine Meinungsunterdrückung aus. Ist die ‚Politik‘ als Treffpunkt von ‚Police‘ und ‚politischem Moment‘ nicht in der Lage, eine machtneutrale Umgebung zu präsentieren, findet eine De-Legitimierung von Argumenten statt – es kommt zur Postdemokratie. Nach dem post-politischen Argument Swyngedouws wird bezüglich des Klimawandels jede Art von Dissens verhindert, was in einem post-demokratischen Zustand resultiert. Gleichzeitig wird durch ein „*angst-ridden framing of the predicament*“ (Weisser und Müller-Mahn 2016, 4) ein Konsens geschaffen, indem der Klimawandel als größte bevorstehende Katastrophe und seine Bekämpfung als Notwendigkeit des Überlebens im Angesicht der drohenden Apokalypse repräsentiert wird. Die Darstellung als gemeinsames Feindbild und als alle Menschen betreffende Bedrohung, gestützt durch naturwissenschaftliches Fundament, versucht internationale Einigkeit zu schaffen und das Aufkommen von Zweifel zu verhindern.

Dieser Artikel bettet sich in den Diskurs der De-politisierung von Klimapolitik ein und untersucht anhand des *travelling models* nach Rottenburg (2005) sowie der Heuristik der Übersetzung nach Callon (2006) die Argumentation verschiedener Repräsentanten bei den Auftritten der *Leaders Events* und *Side Events* auf der COP 21 in Paris. Dabei liegt der Fokus auf Vertretern der LDCs Subsahara Afrikas und der AOSIS (*Alliance of Small Island States*), da sich diese aufgrund der Differenziertheit ihres Argumentationsstils und Auftrittes besonders gut für eine vergleichende Analyse eignen. Im folgenden Kapitel

werden die dem Artikel zugrunde liegenden theoretischen Perspektiven dargestellt und verknüpft.

2. Das theoretische Fundament

Die theoretische Basis nach Callon (2006) und Rottenburg (2005) war für die Untersuchungen fruchtbar, weil sie es erlaubt, sich gegenüber der gezielten Argumentation in den Ansprachen von verschiedenen Staatsvertretern Subsahara Afrikas und des Pazifiks auf der COP 21 zu sensibilisieren.

Der Ansatz des *travelling model* theoretisiert die „Reise“ von Ideen, Modellen und Programmen sowie deren interkulturelle Übersetzung zwischen Gedankensystemen bzw. Arten der Weltanschauung. Anhand der Heuristik der Übersetzung wird untersucht, wie ein Modell oder eine Strategie während der Übertragung von Gedankensystem zu Gedankensystem von verschiedenen Akteuren re-interpretiert, modifiziert und angeeignet wird. Wir sehen die Verbindung beider Ansätze darin, dass das „Reisen“ von Modellen der Anpassung an den Klimawandel als ein vielfältiger Übersetzungsprozess zu verstehen ist, bei dem verschiedene Interessen und Ressourcen multipler Akteure in Verbindung kommen.

Die Essenz beider Ansätze wird in verschiedenen wissenschaftlichen Publikationen in Verbindung zu Klimapolitik behandelt (vgl. Rudiak-Gould 2012; Weisser 2014; Weisser et al. 2014; Gebauer und Doevenspeck 2014; Cameron et al. 2015). Sowohl den Überlegungen zu *travelling models* als auch denen der Heuristik der Übersetzung liegt ein gemeinsamer Kerngedanke zu Grunde: Das Prinzip, dass Modelle²⁰ bei der Übertragung zwischen Gedankensystemen durch Aneignung modifiziert werden. Dieses Prinzip findet sich bereits in älteren Konzepten der Völkerkunde und *Cultural Anthropology* unter der Begrifflichkeit der Akkulturation erstmals im *memorandum for the study of acculturation* von dem Ethnologen Robert Redfield, dem Soziologen Ralph Linton und dem Anthropologen Melville J. Herskovits. Nach Redfield et al. führt das Verschmelzen von Elementen zweier Kulturen²¹ zu einer neuen eigenen Kulturform (1936). ROTTENBURG und CALLON beziehen sich bei ihren Konzepten weniger auf Kulturelemente im Sinne der Völkerkunde, sondern mehr auf Ideen, Strategien oder Modelle sowie ihre zugrunde liegenden Visionen. Ein Modell entspringt einem bestimmten Gedankensystem und ist mit einer Vision verbunden, einem Ziel, das mithilfe wissenschaftlicher Erkenntnis erreicht werden soll. Dieses Ziel wird innerhalb des Gedankensystems formuliert und ist in diesem logisch. Wenn das Modell nun in ein anderes Gedankensystem übertragen wird und aus diesem heraus angewandt werden soll, bleibt die Vision bestehen, doch die inhärente Logik wird neu verstanden. Auf dem Weg der Übertragung wird es aus verschiedenen Perspektiven erkannt, re-interpretiert und angeeignet und stellt schließlich ein

²⁰ Behrends et al. (2014: 2f.) bezeichnen ein Modell als analytisches Instrument, das spezifische Aspekte der Realität widerspiegelt, in der es nach seinem erschaffenen Zweck eine Veränderung vollzieht. Mit dieser Definition lässt sich ein erstes wichtiges Kriterium kristallisieren, nämlich das Innehaben einer spezifischen Logik, aus der heraus das ‚Modell‘ entstanden ist. Kombiniert mit materieller Technologie entsteht so ein Werkzeug, das eine Auswirkung auf Realität ausübt.

²¹ Die Autoren sind sich der problematischen Konnotationen des Kulturbegriffs bzgl. Essentialisierung und definitorischer Unschärfe bewusst. Sofern der Kulturbegriff hier verwendet wird, so geschieht dies mit einer dekonstruktivistischen Perspektive, und um die Begrifflichkeiten der Völkerkunde korrekt darzustellen.

rekonstruiertes Konstrukt dar. Problematisch ist dabei, dass die Akteure aus beiden Gedankensystemen meist glauben, sie sprächen über das Modell auf der gleichen Sprache, doch unterscheidet sich die Art, wie über das Modell nachgedacht, wie es verstanden, wie es gewusst wird. Meist durch die Anwendung des Modells, zeigt sich, dass dessen inhärente Logik während der Übertragung zwischen Gedankensystemen in modifizierter Weise angeeignet wurde. Das Ergebnis des Modells entspricht dann nicht mehr der Vision des Gedankensystems seiner Entstehung (vgl. Rottenburg 2002; Callon 2006).

Das Konzept des *travelling models* wurde erstmals von Richard Rottenburg (2002) in seinem Buch 'Weit hergeholte Fakten' dargelegt. Ursprünglich eingebettet im Kontext von Konfliktmanagement, kann es auch darüber hinaus als analytisches Konzept angewandt werden. Ausgehend von der Idee einer Übertragung von bewährten Modellen zur Problemlösung in ein neues Gedankensystem, thematisiert die Theorie die hiermit verbundenen Transformationen und neu geschaffenen wechselseitigen Beziehungen.

Davon ausgehend, dass der Kontext bei einer möglichen Reise nicht transferiert werden kann, wird das Modell während seiner Wanderung von seinem Kontext entkoppelt. Der Prozess des Transfers kann demnach nicht vom Modell selbst vollzogen werden, sondern nur von einem objektivierten Teil des Modells, das einen Teilaspekt der Epistemologie, Ontologie, normativen und materiellen Ordnung darstellt. Dieser Repräsentant wird bei Verlassen seines Ursprungskontextes von BEHREND'S et al. (2014: 3f.) als *token* definiert. Ein *token* "works like an established symbol of something, but also as replacement and evidence of the order for which it stands" (Behrends et. al 2014: 3). Bewegt sich ein solcher *token*, betritt er ein neues Umfeld mitsamt seiner ihm fremden Strukturen in Epistemologie und Ontologie, als auch in technischer und institutioneller Infrastruktur. Um dennoch als Grundlage für ein Modell in diesem neuen Bezugsrahmen aufgegriffen zu werden, muss sich der *token* daher seiner Umgebung anpassen. Die Implementierung hat darüber hinaus auch einen Affekt auf den Ursprungspunkt, da er als Symbol für Macht und Erfolg gesehen wird, aus dem heraus Lösungen exportiert werden. Diese Lösungen in Form von Modellen (nach Implementierung) beeinflussen ferner auch das Zielumfeld und seine explizit mit dem Modell in Verbindung stehenden Strukturen (Behrends et al. 2014: 3). Zusammenfassend findet demnach eine Veränderung an den drei Komponenten *token*, Ursprungs- und Zielumfeld statt.

Damit der Reiseprozess eines Modells aus seiner Ursprungslogik heraus in eine neue eingeleitet werden kann, bedarf es eines grundlegenden Aspektes: Es muss zunächst erst einmal gefordert werden. In anderen Worten: Es muss eine Nachfrage nach jenem Modell vorhanden sein oder diese muss erzeugt werden. Da ein Modell sich nicht von selbst fortbewegen kann, bedarf es Mediatoren, welche diesen Schritt vollziehen. Diese Akteure interpretieren und übersetzen das Modell nach ihrem Verständnis der Ursprungs- und Ziellogiken, entkoppeln es zu einem *token* und implementieren es zurück in ein neues Modell (Behrends et al. 2014: 2f.). Um den dahinter liegenden Übersetzungsprozess besser greifen zu können, binden die Autoren den oben genannten Ansatz nach Callon (2006) mit ein.

Die Heuristik der Übersetzung ist ein Ansatz aus der Akteur-Netzwerk-Theorie des französischen Soziologen Michel Callon. Sie dient allgemein der Untersuchung der

Strukturierung von Machtverhältnissen bei der Übertragung von Ideen aus einem Gedankensystem in das andere und berücksichtigt dabei besonders die Rolle von Wissen und Wissenschaft. Der Ansatz erlaubt eine Erklärung, wie Einige das Recht erhalten, andere Aktanten der sozialen und natürlichen Umwelt zu repräsentieren und für sie zu sprechen. Callon nennt diesen Prozess Übersetzung und teilt ihn in vier Phasen (Problematisation, Interessement, Enrolment und Mobilisation) ein, die sich in der Realität überlappen können. In diesem Artikel wird sich hauptsächlich auf den Prozess der Problematisierung konzentriert, der meist einleitend für Interessement, Enrolment und Mobilisation vollzogen wird. Die Problematisierung beschreibt den Prozess, durch den ein Schlüsselakteur ein quasi-natürliches Phänomen und dessen Probleme definiert. Er setzt voraus, dass jene Probleme gelöst werden, wenn alle involvierten Akteure einen (meist von ihm selbst) zur Verfügung gestellten obligatorischen Passagepunkt²² durchlaufen. Der Schlüsselakteur versucht sich dabei als unverzichtbar darzustellen, um die Lösung der Probleme zu erreichen, indem er z. B. das notwendige Wissen dafür liefert. Dies kann z. B. in einem vorgeschlagenen Programm oder einer Strategie formuliert werden.

Danach wird meist die nächste Phase der Übersetzung eingeleitet. In diesem Zusammenhang bedeutet übersetzen, im eigenen Gedankensystem auszudrücken, was Akteure eines anderen Gedankensystems sagen, wie sie handeln und wie sie sich verbinden. Das Ziel des jeweiligen Schlüsselakteurs/Übersetzers ist Überzeugung. Bei einer erfolgreichen Übersetzung entsteht eine Kette von Repräsentanten der Akteure, die in einem Netzwerk von Beziehungen verknüpft sind und entsprechend eines ausgehandelten Konsenses verfahren. Bei der Übertragung eines Modells oder Paradigmas, z. B. Anpassung an den Klimawandel, kann es sowohl zu einer intendierten aber auch zu einer nicht beabsichtigten oder auch unbewussten Modifikation des Modells kommen, je nachdem, welche Arten von Filtern durchlaufen und welche Werkzeuge von welchen Akteuren bei der Übersetzung verwendet werden. Macht spielt dabei eine große Rolle, da etwas zu übersetzen heißt, dieses neu zu definieren. Besonders im Falle einer intendierten Modifikation kann die Heuristik der Übersetzung nach Callon behilflich sein, sich hinsichtlich Machtstrukturen und versteckten Agenden zu sensibilisieren, z. B. bezüglich Aneignungen von Klimaprogrammen.

Gebauer und Doevenspeck (2014) zeigen, dass im Kontext der Verbindung von Übersetzung und internationaler Klimapolitik Strategien der Anpassung an den Klimawandel auf dem Weg zur lokalen Implementierung durch mehrere Akteure re-interpretiert werden. Genauer bedeutet dies, dass z. B. der Empfänger des IPCC Reports diesem eine eigene Bedeutung zuweist, die nicht mehr unbedingt der Intention der Autoren entspricht. Durch die Unmöglichkeit einer absoluten Übertragbarkeit eines Modells wird so lediglich der *token* genutzt, der sich durch die Implementierung zu einem eigenständigen, wenn auch in Teilaspekten für seinen Ursprung repräsentativen Modell der Klimawandelanpassung entwickelt. Die verschiedenen epistemologischen, ontologischen, technologischen und institutionellen Strukturen der Zielgedankensysteme

²² Der obligatorische Passagepunkt kann mit dem Effekt der Mitte einer Sanduhr verglichen werden. Durch ihn werden Akteure dazu gezwungen, zu einer bestimmten Debatte zu konvergieren. Er ist ein notwendiges Element zur Bildung von Konsens (Callon 2006). Dies ist z. B. eine Strategie zur Lösung eines Problems, welches mehrere Akteure betrifft. Fundiert wird die Strategie meist durch (natur-)wissenschaftliche Erkenntnis.

definieren dabei neben den Handlungen der Mediatoren, die neue Beschaffenheit des Modells. Spezifische Gründe für die Re-Interpretation und Transformation von Konzepten des Klimawandels durch eben diese Mediatoren liegen in bis zu vier verschiedenen Arten der Übersetzung begründet: Übersetzung von Spezialisten zu nicht-Spezialisten, Westlichem zu nicht-Westlichem, wissenschaftlicher Sprache zu nicht-wissenschaftlicher Sprache und von europäischen in nicht-europäische Sprachen (Rudiak-Gould 2012).

Bisher gibt es relativ wenige Studien, die sich mit den versteckten Ideologien und Agenden beschäftigen, die hinter dem Schleier des Diskurses um die Anpassung an den Klimawandel stehen. Besonders spannend ist es deshalb, die Prozesse, die das Modell durchläuft zu untersuchen sowie Machtgefüge und Interessen von Akteuren, die involviert sind, zu betrachten. Die Identitäten der Übersetzer müssen dabei aus kritischer Perspektive beobachtet werden. Für eine Analyse der Machtbeziehungen im Feld internationaler Klimapolitik müssen jene Identitäten offen gelegt werden, um die Prozesse darzulegen, die unter der *catch phrase* „*adaptation to climate change*“ verlaufen. In diesem Zusammenhang ist es von Anfang an wichtig, sich den sozialwissenschaftlichen Zugängen zum Thema zu öffnen, um hinter die Fassade des auf der COP 21 dargestellten Klimawandels zu gelangen und die Techniken der Übersetzung zu identifizieren (Callon 2006, Hulme 2009, Weisser et al. 2014).

Die meisten Studien, die z. B. die Anpassung an den Klimawandel mit der Brille der Übersetzung betrachten, konzentrieren sich bei ihren Ausführungen auf die Reise einer Anpassungsstrategie von einem Zentrum westlicher Weltanschauung zur lokalen Implementierung dieser im Kontext eines Gedankensystems des Globalen Südens. Dabei geht es darum, wie, durch wen und durch welche Prozesse eine Anpassungsstrategie auf internationaler Ebene von z. B. Mitarbeitern des IPCC, Wissenschaftlern, Regierungsvertretern, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und lokaler Bevölkerung im nationalen bzw. lokalen Kontext eines Entwicklungslandes angeeignet wird. Der Fokus unserer Untersuchung liegt bei der COP 21 in Paris mehr in einer Phase, nach der Aneignung von Strategien der Klimawandelanpassung durch Staatsvertreter von Ländern des Globalen Südens. Im Gegensatz zu den meisten Studien des Feldes, führten die Autoren die Empirie also nicht während des Übersetzungsprozesses eines Modells vom Gedankensystem seiner Entstehung (A) in das Gedankensystem seiner Implementierung (B) durch, sondern zu einem Zeitpunkt, zu dem dieser erste Übersetzungsprozess bereits abgeschlossen ist und Vertreter von Gedankensystem B ihre Form eines Modells im Gedankensystem A re-interpretiert problematisieren. Mit bereits angeeigneten Konzepten westlicher Zentren traten in Paris verschiedene Staatsvertreter auf die Bühne, um den Klimawandel ihrerseits vor der Welt, Vertretern westlicher Logik und besonders Geldgebern zu problematisieren. Im Sinne des Paradigmas der Anpassung an den Klimawandel als ein *travelling model* handelt es sich hierbei um den Prozess der Rückführung. Das auf internationaler Ebene entwickelte Konzept der Anpassung an den Klimawandel wurde also bereits übersetzt und ideologisch, ökonomisch sowie sozial auf nationaler Ebene angeeignet und begegnet in Paris zum Zeitpunkt der Untersuchung in re-interpretierter Form der Ursprungslogik. Diese Begegnung geschieht auf der COP 21 als Prozess der Problematisierung im Sinne des ersten Schrittes der Übersetzung nach Callon, indem Staatsvertreter während ihrer Ansprachen auf z. B. den *Leaders Events* das Problem des Klimawandels auf ihr Land bezogen schildern, zu gemeinsamer Handlung

aufrufen, versuchen einen obligatorischen Passagepunkt zu schaffen und gleichzeitig Bedingungen (z. B. die gegenseitige Kooperation auf Augenhöhe) stellen, welche zur Lösung des Problems als unverzichtbar offenbart werden.

Die Autoren argumentieren, dass die beschriebenen Prozesse de-politisierend wirken und die Studie daher in die Debatte der Post-Politisierung des Klimawandels einzubetten ist. Wir wollen eine Verbindung zum post-politischen Argument Swyngedouws herstellen, da die Repräsentanten während der Problematisierung am Rednerpult auf der COP 21 den Diskurs der Anpassung an den Klimawandel durch gezielte Argumentationswahl de-politisieren. Dies geschieht, indem sie staatsinterne Probleme auf natürliche Ursachen und durch den Klimawandel hervorgerufen reduzieren sowie deren Lösung lediglich in Finanz- und Technologietransfer vom Globalen Norden in den Globalen Süden zu suchen scheinen und dadurch die Verantwortung der Regierungsführung sowie Auswirkungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems nicht zur Diskussion stellen.

Die Klimakonferenz stellt ausgehend von Schatzkis *Site Ontology* (Schatzki 2003: 176) die Bühne (*Site*) dar, auf der relevante soziale Phänomene, wie Politikgestaltung, strategisches Vorgehen und Auftreten von Repräsentanten Subsahara Afrikas und der pazifischen Inseln stattfinden. Die Untersuchung basiert auf Ergebnissen, die vor Ort durch Praxiographie und die Analyse von Texten (vgl. Weisser 2014) gesammelt wurden. Die bezüglich der LDCs des subsaharischen Afrika und der AOSIS relevanten Events der COP 21 wurden für die Untersuchung identifiziert. Durch teilnehmende Beobachtung, wurde das Auftreten der Akteure auf *Leaders Events*, *Side Events* und verschiedenen Pavillons analysiert und Reden, Ansprachen und Diskussionen inhaltlich verfolgt. Sensibilisiert durch die oben beschriebenen theoretischen Perspektiven, machte das Verfolgen bestimmter Begrifflichkeiten (Brosius und Campbell 2010: 247) es möglich, fruchtbare Daten zu sammeln. Anschließend wurden diese hinsichtlich Auftritt, Argumentation, Wortwahl und Vortragsstruktur interpretiert (Bueger 2013: 17). Trotz sich überschneidender Reden und Ansprachen war es durch die von der UNFCCC aufgezeichneten und online zur Verfügung gestellten Presseinformationen und *Leaders Events* möglich, diese umfangreich zu analysieren.

3. De-Politisierung und Problematisierung des Klimawandels

„Anpassung an den Klimawandel“ ist mittlerweile zur „*new catch phrase*“ (Ireland und McKinnon 2013, 1) geworden, um internationale Aufmerksamkeit zu erlangen. Die COP 21 als Bühne der internationalen Debatte über den Klimawandel war dafür ein geeigneter Ort. Vertreter verschiedener Institutionen des globalen Südens problematisierten in Paris die Auswirkungen und Herausforderungen des Klimawandels und die Anpassung an diesen in ihren Vorträgen und sprachen Probleme an, deren Behandlung in ihrem konkreten Interessenfeld liegt. Als Repräsentant eines *Least Developed Country* (LDC) versucht man die Aufmerksamkeit, Zustimmung und Befürwortung verschiedener Akteure, nicht zuletzt Financiers, zu gewinnen und sie von der Dringlichkeit und Notwendigkeit der umgehenden Bewältigung von Herausforderungen des Klimawandels zu überzeugen. Die Ansprachen der Staatsvertreter bei den *Leaders Events*, die Präsentationen auf den verschiedenen *Side-Events* und bei Pavillons organisierte Ländervertretungen eignen sich besonders gut für eine Analyse von Argumentationen und Verhandlungsstandpunkten, da

sich hier die zentralen Auftritte von Schlüsselpersonen ereignen, um eine möglichst breite Öffentlichkeit zu erreichen.

3.1. Schilderung apokalyptischer Szenarien im Heimatland

„*Today...we stand here facing one of the greatest challenges of humankind, climate change*” (Premierminister Enele Sopoaga von Tuvalu, Leaders Event 1.12.15).

Viele Reden von LDC-Repräsentanten ähnelten sich bezüglich Aufbau und inhaltlicher Botschaft. In erster Linie wird auf die Situation im eigenen Land bezüglich des Klimawandels aufmerksam gemacht, was oft durch die Schilderung von Extremwetterereignissen und ihren Folgen geschieht. Temperaturanstiege, erhöhte Evapotranspirationssmesswerte, ansteigender Meeresspiegel, ausbleibender Niederschlag sowie die prozentuale Zunahme von Dürren, Überschwemmungen oder Wirbelstürmen werden als akute und bedrohliche Gefahren genannt. Solche Ereignisse und ihre Folgen (genannt werden hier z. B. abnehmende Wirtschaftsleistung, geringer landwirtschaftlicher Ertrag, Hunger, Armut oder Abwanderung) werden als Gründe herangezogen, wegen denen die Vergegenwärtigung mit der Anpassung an den Klimawandel dringlich und notwendig ist. Dies wird mithilfe von wissenschaftlichen Daten untermauert, die z. B. auf Berichten des IPCC oder auch staatlichen Studien basieren.

Sowohl bei der Darstellung von Ländern des subsaharischen Afrika als auch bei pazifischen Inselstaaten liegt ein wesentlicher Fokus auf der Schilderung einer starken Vulnerabilität der Länder gegenüber dem Klimawandel. Guinea-Bissau betonte am Rednerpult der *Leaders Events*, dass es nach dem *Adaptation Report in Africa* das gegenüber dem Klimawandel am meisten verwundbare Land des Kontinents ist. Gambia z. B. erklärt in einem Sideevent: “*90 % of the disasters are natural, caused by climate change*” und Senegal macht auf steigende Meeresspiegel, Dürren, Fluten und Schäden der Küsteninfrastruktur aufmerksam. Extremwetterereignisse seien in Simbabwe zur Norm geworden, erklärte Robert Mugabe. Als Folgen werden der Rückgang des BIP, steigende Ungleichheit, Migration, Armut und laut der *World Desert Foundation* auch Kriege prophezeit. Die afrikanischen Staaten sprechen besonders den Rückgang ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, durch die Auswirkungen des Klimawandels an. So betonen die Präsidenten Kenyatta (Kenia), Nkurunziza (Burundi) und Premierminister Kamoun (Zentralafrikanische Republik), dass der Klimawandel die sozio-ökonomische Entwicklung der Länder beträchtlich hemmt. Die Sahelstaaten wie Niger, Mali, Mauretanien und Nigeria betonen, dass besonders die zunehmende Frequenz und Intensität von Dürren die Landwirtschaft so stark beeinflussen, dass bereits ein massiver Niedergang der Agrarproduktion zu verzeichnen ist und Engpässe von Nahrungsressourcen immer öfter eintreten. Der Geschäftsführer der OSS_(Observatoire du Sahara et du Sahel) erklärt, dass bald 30 bis 40 % der Fläche in der Sahel-Region aufgrund von Desertifikation nicht mehr urbar sein wird. Des Weiteren wird erklärt, dass ambitionierte Ziele wie die *Sustainable Development Goals (SDG)* nicht erfüllt werden können, Armut zunimmt und Hunger zu einem immer stärker zehrenden Problem vieler Volkswirtschaften heranwächst, weil die staatlichen Ressourcen durch die Bestrebungen der Anpassung an den Klimawandel erschöpft werden. In dem Heraufbeschwören apokalyptischer Szenarien im Heimatland lässt sich die Phase der Problematisierung gut

erkennen. Durch die Schilderung katastrophaler Ereignisse wollen die Schlüsselakteure der afrikanischen Staaten zunächst Aufmerksamkeit erregen. Die Argumente werden dabei naturwissenschaftlichen Messwerten untermauert.

Die Argumentation der pazifischen Inselstaaten unterscheidet sich in diesem Punkt von der der afrikanischen. Auch sie schildern Naturkatastrophen, die ihre Staaten bedrohen, doch sprechen sie weniger den Verlust an ökonomischen Leistungen, sondern mehr eine existenzielle Bedrohung durch den Klimawandel an. Außenminister Tony de Brum (Marshallinseln) erklärt *“We are not fighting for degrees, we are fighting for lives”* (Press Briefing vom 05.12.15). Dürren, Wirbelstürme und der Meeresspiegelanstieg werden von den Repräsentanten des Pazifiks als ihre Leben, Kulturen und Heimat gefährdend beschrieben. Zwar werden auch ökologische Bedrohungen genannt, wie die Zerstörung von Korallenriffen, doch werden sich wirtschaftlich negativ auswirkende Faktoren, kaum diskutiert. Der Repräsentant der Marshallinseln sagte, dass die Auswirkungen des Klimawandels sich immer intensiver abzeichnen und die Menschen seines Staates ihre Heimat verlieren und bald flüchten müssen. Ganze Kulturen und deren Angehörige seien im Begriff zu verschwinden. Auf ähnliche Weise berichten auch Palau, Vanuatu und Kiribati. Der Repräsentant für ganz Mikronesien sagte sogar explizit, dass es ihm wenig um Finanzierung oder ökonomische Forderungen gehe. Es ginge bei den Klimaverhandlungen für ihn nicht um Geld oder wirtschaftliches Wachstum, sondern um das bloße Überleben der pazifischen Gesellschaften. Enele Sopoaga (Regierungschef von Tuvalu) beteuerte bei den *Leaders Events*, dass eine weitere Temperaturzunahme um 2°C den Untergang für Tuvalu bedeuten würde. *“We are at a critical point of history!...Our survival depends on the decisions we make here in this conference...We stand on a cliff edge”* (Enele Sopoaga, *Leaders Events* 1.12.15).

Der Klimawandel wurde auf der COP 21 als Ursache für zentrale Probleme wie Armut und Hunger sowie für Phänomene wie Gewässerspiegelschwankungen von Staatsvertretern des Subsaharischen Afrika pauschal herangezogen. Damit findet eine de-politisierende Problematisierung statt, weil Risiken, wie instabile Staatlichkeit und internationale Marktspekulationen nicht als Ursachen angesprochen werden, d. h. strukturelle Herausforderungen werden fälschlicherweise durch Naturereignisse begründet. Die Frage, warum dies von Relevanz ist, beantwortet Mike Hulme (2008: 9):

„It matters because the dominating construction of climate change as an overly physical phenomenon readily allows climate change to be appropriated uncritically in support of expanding range of ideologies of green colonialism, of the commodification of Nature, of natural security, of celebrity, and many others”.

Beispielsweise wird der sinkende Wasserspiegel des Turkana-Sees in Kenia, hauptsächlich durch ausbleibende Niederschläge und erhöhte Sonneneinstrahlung erklärt. Zu einem gewissen Grad trifft dies zu. Problematisch ist bei diesem Argument jedoch, dass ausbleibende Niederschläge als Hauptursache beschrieben werden und Staudammprojekte im äthiopischen Einzugsgebiet der Zuflüsse des Turkana-Sees unerwähnt bleiben. Am Beispiel des Darfur-Konflikts zeigt Verhoeven (2011), dass dessen Darstellung als erster durch den Klimawandel hervorgerufener Konflikt aus zwei Gründen besonders verheerend ist. Erstens wurde die Ursache des Konflikts in stämmisch-ökologischen Transformationen gesucht und auf diese reduziert. Die ursächlichen

politisch-ökonomischen Machtasymmetrien, die aufeinandertrafen, wurden kaum beachtet. Zweitens wurde auf die bevorzugt genannte Ursache des Konflikts von internationalen Akteuren mit apolitischen Entwicklungsagenden reagiert. Die Entwicklungsprogramme verschlimmerten die Situation, da sie nur an der vermeintlichen Wurzel griffen.

Besonders prägnante Beispiele für eine De-Politisierung auf der COP 21 in Paris lieferten die Repräsentanten von Tuvalu und Nigeria, welche Terrorismus direkt mit dem Klimawandel in Verbindung brachten. So verknüpfte Enele Sopoaga die Terroranschläge in Paris im November 2015 mit dem Klimawandel. Im Abschnitt seiner Rede, in dem er seine Anteilnahme gegenüber dem französischen Volk zum Ausdruck brachte, sagte er, dass die großen Führer der Welt auf der COP 21 davon überzeugt werden müssen, dass Menschenleben vor den katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels gerettet werden müssen, *“which we strongly believe is also the cause of radicalism and terrorism...The number of increasing refugees and increasing terrorism and radicalism represents a small measure of what mankind would face if we do not tackle climate change with urgency”*. Der Präsident von Nigeria nannte die Austrocknung des Tschad-Sees sowie islamistischen Terrorismus im gleichen Atemzug und beschrieb damit die Herausforderungen des Klimawandels, mit denen Nigeria momentan zu kämpfen habe. Wenn auch der Klimawandel bezüglich Terrorismus eine verstärkende Rolle spielen könnte, so ist er sicherlich nicht als Wurzel des Phänomens zu verstehen. Auf provozierend pauschalisierende Weise kommt es hier zu einer De-Politisierung machtpolitischer Konflikte, die auf religiöser Ebene ausgetragen werden. Ein weiteres prägnantes Beispiel lieferte Präsident John Mahama von Ghana, der unter den fatalen Auswirkungen des Klimawandels in seinem Land den Verlust von 7 Millionen Hektar Regenwald im letzten Jahrhundert beklagte. Sicherlich vermindern die Auswirkungen des Klimawandels in Ghana die Regenerationsfähigkeit der Regenwälder, doch waren es Menschen, die den Wald für die Erweiterung landwirtschaftlicher Nutzflächen Jahrzehnte lang abgeholzt haben (vgl. Gnielinski 1986).

Es ist nicht die Intention dieses Artikels die verstärkende und teilweise auch ursächliche Wirkung des Klimawandels bezüglich verschiedener Probleme in LDCs abzustreiten. Vielmehr sei vor pauschalisierenden Ursache-Wirkungs-Gefügen gewarnt, die den Klimawandel intendiert als Ursache für politisch-strukturelle Probleme heranziehen und hierdurch komplexe Mechanismen simplifizieren. Solche Simplifikationen sind als Problematisierung im Sinne Callons klar in der Argumentation der oben genannten Staatsvertreter zu identifizieren. Als Folge werden so Lösungsansätze propagiert, die nur Teilaspekte der Ursachen ansprechen und andere wichtige Prozesse in der Entstehung der Problematik bewusst oder unbewusst ausklammern. Es findet somit eine Übertragung der verschiedenen Auswirkungen des Klimawandels auf unterschiedliche Standorte statt, ohne deren spezifischen Kontext mit einzubeziehen. Entsprechend sehen sich Anpassungsstrategien der Gefahr ausgesetzt, dass der Übersetzer die Institutionen der Ursprungsgliederung als Voraussetzung sieht, ohne stark ausgeprägte Differenzen zu berücksichtigen und mit einzubeziehen.

3.2. Überzeugungsarbeit: Argumentationsstrategien von Repräsentanten

Nachdem eine Thematik problematisiert wurde, ist es das Ziel der Schlüsselakteure im Übersetzungsprozess nach Callon, eine gewisse Zielgruppe von der Behandlung eines eigens formulierten Problems zu überzeugen. Als Schlüsselakteure betrachten die Autoren die Staatsvertreter auf der COP 21 während das Publikum, u. a. Financiers, die Zielgruppe darstellen.

Die Schlüsselakteure auf der COP bedienen sich zur Schilderung von klimatischen Herausforderungen wissenschaftlicher Erkenntnisse, um ihre Argumentation zu festigen. Daran anschließend werden oft die nationalen Bestrebungen postuliert, wie Regierungen ihren Kurs mit Anlehnung an global vereinbarte Klimaziele orientieren, um internationale Anerkennung bezüglich der eigenen Bemühungen zu erlangen. Klimakonzepte seien fest verankert in der Staatsverfassung. Beliebtes Element vieler Reden ist es, zu beschreiben, welche Bestrebungen und Maßnahmen im Namen des Staates bzw. der Organisation unternommen werden, um Ziele von *Mitigation* und *Adaptation* zu erreichen und damit den internationalen Standards gerecht zu werden. Mugabe, Staatsoberhaupt von Simbabwe, sagte, dass die Ziele der Entwicklungsländer Afrikas sogar die Ambitionen der Industrienationen übertreffen würden. Präsident Uhuru Kenyatta betonte beispielsweise ausdrücklich, dass sein Land als eines der ersten, dem UNFCCC eine Erklärung zur nationalen Beteiligung der globalen Bekämpfung des Klimawandels einreichte, obwohl Kenia für nur 0,01 % der globalen Emissionen verantwortlich sei. Die eingereichten INDCs (*Intended Nationally Determined Contributions*), *Climate Change Response Strategies*, *Green Energy* und *Low-Carbon Technologies* seien fest im staatlichen Apparat verankert. Auch der Minister von OSS gab an, das Äthiopien als eines der verwundbarsten Länder selbst die Initiative zur Reduktion von Emissionen ergriffen hat. Präsident Paul Biya von Kamerun präsentierte neue staatliche Programme für *Desertification Control*, *Clean Energy Mechanism* und nachhaltiges Wasser- und Waldmanagement. Die eigenen Anforderungen an eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit Staaten des Globalen Nordens werden dabei als unter ständiger und intensiver Bearbeitung dargestellt. Die Vorbereitungen seien seitens des jeweiligen Staates im Sinne von Gesetzen, Programmen und Know-How absolut oder in ausreichendem Maße erfüllt. Die Botschaft jener Staaten ist klar: Sie haben ihren Teil getan. „*The republic of Palau joined you and has submitted an ambitious INDC...although our emissions are tiny, we are doing our part*“ (Präsident Tommy Remengesau von Palau, *Leaders Event* 1.12.15).

Außerdem erklären die Staatsrepräsentanten, welche oft enormes natürliches Potenzial ihre Länder bezüglich der Implementierung erneuerbarer Energien aufweisen, so z. B. Hage Geingob zu Solarenergie in Namibia oder Mamady Youla zu Hydroenergie in Guinea. Eine endgültige effektive Behandlung der durch den Klimawandel induzierten Risiken sei jedoch erst durch intensive Finanzierung und ausreichenden Technologietransfer aus dem Globalen Norden möglich. „*This cannot be done without significant financial resources. And this is why industrial countries must make the financial support available*“ (Premierminister Mahamat Kamoun der ZAR, *Leaders Event* 1.12.15). Dieser Ablauf der Argumentation war bei vielen afrikanischen Staatsvertretern zu beobachten, so betonte zum Beispiel der Minister für Umwelt und Klimawandel aus Gambia, dass alle Vorbereitungen für die Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel, wie Strategiepapiere und technologische Unterstützung getroffen seien, jedoch die

Finanzierung fehle, um diese umzusetzen. Ähnliches ist auch auf den *Side Events* von afrikanischen Organisationen zu erkennen. Es heißt, lokale Politiker müssen mit Finanzspritzen gestärkt werden, man braucht Informationssysteme und *Capacity Building*. Auf dem *Side Event* des *Farmers Day* das mit dem Titel "*Action is happening across Africa, from piloting of policies to creation of institutions, in order to support grass-root scaling-up of CSA, to build resilience and livelihoods of African small-scale farmers in a changing climate*" angekündigt wurde, wurde argumentiert, dass fehlende Finanzmittel oft das einzige Hindernis seien, durch das Klimawandelauswirkungen nicht effektiv bekämpft werden. Anpassungspläne und geeignete Programme, um Gemeinde und Familie ernähren zu können, sind allein aufgrund dieses Hindernisses nicht umsetzbar. Besonderer Wert wurde hier auf ein modernes und innovationsorientiertes Auftreten gelegt. Durch die Platzierung einer Vielzahl an Bildschirmen und anderen technischen Geräten entwickelte sich der afrikanische Pavillon zu einem Zentrum innovativer Atmosphäre. Die Masse an vorgestellten Projekten untermauerte diesen Aspekt der Anwerbung und positiven Darstellung der eigenen Fähigkeiten als Teil der Selbstdarstellung. In einem weiteren *Side Event* mit dem Titel "*What countries can do to scale up adaptation finance*" stellen unter anderen Gamibia, Senegal und Malawi ihre 10-Jahres Anpassungspläne vor, um ihre Bereitschaft für Klimafinanzierung unter Beweis zu stellen.

Die Repräsentanten liefern für die Problemlösung das nötige Wissen, da sie sich als Experten für ihr Land oder ihre Organisation darstellen. Der Schlüssel sind deshalb lediglich Finanzierungsleistungen durch Industrienationen. Auch weitere Schritte von Rednern der COP 21 entsprechen den theoretischen Ausführungen des ersten Schrittes der Übersetzung nach Callon. Die Problematisierung beschreibt die Schaffung eines Systems von Verbindungen und Assoziationen zwischen Entitäten, wobei deren Identitäten und Interessen dargelegt und miteinander durch obligatorische Passagepunkte erklärt werden. In den Vorträgen mancher afrikanischer Staatschefs und Oberhäupter anderer Länder des Globalen Südens fand sowohl eine Definition der Akteure als auch eine Definition eines obligatorischen Passagepunktes bezüglich der Anpassung an den Klimawandel statt. Vertreter Subsahara Afrikas definieren Staaten des Westens als wichtige Kooperationspartner und Geldgeber für eine gemeinsame Kooperation. Für die Länder des Globalen Südens besteht kein Zweifel, dass die Industriestaaten in der Verantwortung stehen, Finanzierung und Ressourcen bereitzustellen, da die Herausforderungen durch den Klimawandel weiterhin als das Verschulden der Industrienationen Europas und Nordamerikas oder zumindest nicht durch eigenes Verschulden betrachtet werden. Die *World Desert Foundation* betont in einem *Side-Event* der *Sahara Region*, dass neben Anpassung, die eigentlichen Wurzeln des Klimawandels nicht vergessen werden dürften und der Fokus nicht nur auf den Konsequenzen liegen sollte. Um sich an die enormen Herausforderungen des Klimawandels angemessen anpassen zu können, erwarten Vertreter des Globalen Südens Unterstützung seitens des Globalen Nordens, da dieser eine historische Verantwortung trage und wesentlich für die Kostendeckung von „*Loss and Damage*“ zuständig sei. Mit dieser Rollenzuweisung legitimieren sowohl AOSIS als auch die Vertreter Subsahara-Afrikas ihre Ansprüche bezüglich Finanzierung und Technologietransfer, da sie die Industrienationen moralisch unter Druck setzen ihren Versprechen nachzukommen: "*It lacks financial*

accomplishments! We ask our partners to honor their promises” (Präsident von Burundi, *Leaders Event* 1.12.15), *“The polluters have to pay!”* (Präsident des Niger, *Leaders Event* 1.12.15), *“those with resources must step up and help those with political will”* (Präsident Baron Waqa von Nauru, *Leaders Event* 1.12.15).

Während die Rolle der Industrienationen als verpflichtete Geldgeber definiert wird, unterstreichen die Repräsentanten des subsaharischen Afrika ihre Rolle als Partner für ein Kooperationsverhältnis auf Augenhöhe, indem sie nicht hilflos, sondern kompetent und selbstbewusst auftreten. Im Afrika-Pavillon zeigen sich Vertreter mit großem technischem Aufwand modern und fortschrittlich und weisen auf ihre Rolle als Repräsentanten von Organisationen, Forschungseinrichtungen und transnationalen Zusammenschlüssen. Überdies definieren sich viele Repräsentanten Subsahara-Afrikas als unverzichtbare Kooperationspartner: *„Africa is the key!“*, wie der Staatschef des Sudan in diesem Zusammenhang ausrief. Auch Präsident Alassane Ouattara der Elfenbeinküste argumentierte für die Notwendigkeit der starken Einbindung Afrikas: *„This agreement cannot be implemented without Africa. We need to have Africa’s priority figuring in it, especially with regard to financing and technology transfer”* (*Leaders Event*, 30.11.15). Vertreter von Staaten mit relativ großen Waldgebieten wie die D.R. Kongo, die Zentralafrikanische Republik und Kamerun machen auf den globalen Nutzen von Regenwäldern als Kohlenstoffsenken aufmerksam und stellen somit die Rettung z. B. des Regenwaldes des Kongobeckens und die Kooperation mit der jeweiligen Regierung als unverzichtbar dar. *„We must save the congo basin forest, the second lung of our planet“* (Präsident Paul Biya von Kamerun, *Leaders Event* 1.12.15). Ohne eine intensive Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten auf Augenhöhe, würde es keine Zukunft für die Bekämpfung des Klimawandels geben. Die Schlüsselakteure nennen als obligatorischen Passagepunkt dabei Finanzierung und Technologietransfer, damit einerseits der Klimawandel gestoppt wird, die afrikanischen Staaten entlastet werden und Industriestaaten ihrer ethischen Pflicht nachkommen, für den eigens herbeigeführten Schaden aufzukommen, sowie zukünftige Schäden im Globalen Norden zu verhindern.

Die pazifischen Inselstaaten schaffen einen anderen obligatorischen Durchgangspunkt. Sie argumentieren im Vergleich zu den afrikanischen Vertretern differenziert und plädieren nicht nur für Finanz- und Technologietransfer. Die Präsidenten von z. B. Tuvalu, Nauru und den Marshallinseln stellen sich weniger als kompetente wirtschaftliche Kooperationspartner, sondern mehr als hilflose Opfer des Klimawandels dar. Sie bedienten sich während der COP verschiedener normativer Elemente, um z. B. ihre durch die Auswirkungen des Klimawandels bedrohte Kultur darzustellen und appellieren an das ethische Mitempfinden und an das Gewissen der Verursacher. Der Repräsentant der Marshallinseln erschien auf der Rednerbühne der *Leaders Events* mit traditionellem Schmuck und sprach zum Auditorium als Vater, Großvater, Vertreter der eigenen Kultur und Vorsteher eines Staates, der durch den Meeresspiegelanstieg in höchster Gefahr ist. Er brachte starke persönliche Bezüge in seiner Argumentation ein, indem er beschrieb, dass jeder den und alles was er kennt in der Verantwortung der Teilnehmer der COP 21 liegen. *„Just imagine you are in my shoes, what would you do?“* fragte Enele Sopoaga und regte dazu an, sich in seine Lage zu versetzen. Es könne sich kaum jemand seine Situation vorstellen, weil niemand der Anwesenden sagen könne, dass sein ganzer Staat und sein ganzes Volk verschwindet, wenn die internationale Gemeinschaft der Temperatur

erlaubt, weiter anzusteigen. Auch Mikronesien baut stilistisch eine sehr durch Emotionen und moralische Stellungnahmen unterstützte Rede auf. Der Repräsentant Vanuatus spricht von tiefer Furcht um seine Heimat. Er appelliert an das Moralgefühl der Vertreter der kapitalistischen Marktwirtschaft, indem er fragt, ob die Führer der Welt wirklich von Gedanken der Profitmaximierung so stark getrübt wären, dass es das Urteil der Fragen über Gerechtigkeit bestimmt. Es wird bezüglich des Klimawandels dazu aufgefordert, das Handeln durch ethisches Empfinden leiten zu lassen. Die pazifischen Inselstaaten machen sich bzw. die Unterstützung ihres Staates seitens des Globalen Nordens insofern unverzichtbar, dass es von diesem ethisch nicht vertretbar wäre, ganze Staaten im Meer verschwinden zu lassen, Menschen ihrer Heimat zu berauben und Jahrtausende alte Kulturen untergehen zu lassen. Es müsse also zur Unterstützung der Inselstaaten des Pazifiks kommen, da die moralische Last, die Menschen des Pazifiks ihrem Schicksal zu überlassen für die Verursacher des Klimawandels nicht tragbar wäre.

3.3. Wiederaufleben wachstums- und fortschrittsorientierter Entwicklungsmodelle?

Die Autoren argumentieren aufbauend auf den Erkenntnissen dieser Studie, dass es im beinahe gesamten klimapolitischen Diskurs zu einer Entwicklungs-De-Politisierung, wie der Prozess hier genannt werden soll, kommt. Verschiedene LDCs, besonders Afrikanische Staaten, grenzen Klimafinanzierungen sehr stark von den Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit (z. B. ODA) ab: „*If we take loans towards our development agenda, we don't want that to be classified as climate finance. Climate finance is not to be understood as ODAs!*“ (Präsident Jacob Zuma der RSA am 01.12.15). Es muss ein „*clear commitment for the provision of new and additional, adequate and predictable finance*“ geben. Weiterhin sollen afrikanische Empfänger von Klimafinanzierung nicht als „*objects of charity*“ (Robert Mugabe, *Leaders Event* 1.12.15), sondern als Kooperationspartner wahrgenommen werden. Die Gruppe der LCDs plädierte für einen klaren Verlauf der Zahlungen bis 2020 und für eine Zusage für Zahlungen über das Jahr 2020 hinaus. Gelder die von den OECD-Ländern in die LDCs, teilweise als Leihgaben, geflossen sind, werden z. B. mit dem Argument „*we cannot take loans to pay for Climate Change and take that as Climate Finance. We are not responsible for what is happening*“ strikt von Klimafinanzierung getrennt. Mit modernisierungstheoretischer Brille betrachtet, erinnern die konkreten Forderungen nach Finanzierung, Geldern und Technologie dabei an die Logik traditioneller EZ-Leistungen, welche im Zuge der Neoliberalisierung und Globalisierungseuphorie ein Wiederaufleben erfuhren. Finanz- und Technologietransfer werden als die Lösung von Klimaproblemen in Entwicklungsländern dargestellt, ein Gedanke, der in der Vergangenheit der EZ schon oft fälschlicherweise angenommen wurde. Es scheint, als würde sich die Diskussion über Klimakooperation zwischen Globalem Norden und Globalem Süden immer stärker vom Bereich der Entwicklungszusammenarbeit abgrenzen. Dabei werden Erkenntnisse aus 40 Jahren EZ nicht ausreichend beachtet. Dass lediglich Finanztransaktionen und Technologietransfer nicht zur Lösung von Entwicklungsproblemen führen müssen, weiß man in der EZ seit dem Scheitern der Modernisierungstheorie. Nach Ireland und McKinnon (2013) ist 'Anpassung an den Klimawandel' genau wie 'Entwicklung' kein Konzept, für das es eine ubiquitäre Lösung gibt. Beide Konzepte sind mit neoliberalistischer Wirtschaftsdoktrin durchsetzt (Arnall et al. 2013: 99). „*The context of adaptation efforts is undeniably shaped*

*by ideas of hierarchical scale, with relations between development actors, funding agencies and policy makers” (Ireland und McKinnon 2013: 7). Aus diesem Grunde würden ‘Anpassung’ die gleichen problematischen Konnotationen anhaften wie ‘Entwicklung’. Das Paradigma der Anpassung ist jedoch jünger als das der Entwicklung und durchfährt unreflektiert neoliberale Phasen, die im Entwicklungskontext schon seit langem Gegenstand heftiger Kritik sind. Man verfällt in alte Muster, in denen wirtschaftliches Wachstum, Finanzspritzen und fortschrittsorientierte Entwicklungsmodelle als Wege und Mittel zu höherem allgemeinen Wohlstandsniveau verstanden wurden. Dabei werden strukturelle Ursachen für Probleme, die als Auswirkungen des Klimawandels dargestellt werden im Rahmen der Verhandlungen kaum, bis hin zu gar nicht betrachtet. Anpassung an den Klimawandel scheint durch ausreichend Finanzierung und Technologien eine Möglichkeit zu sein, um Problemen wie Armut und hoher Verwundbarkeit entgegenzuwirken, soll aber von Projekten und Geldern der Entwicklungszusammenarbeit getrennt betrachtet werden. Zahlreiche Beispiele belegen, dass das Paradigma der Anpassung an den Klimawandel bereits als Deckmantel genutzt wurde, um über den Weg der Klimafinanzierung Programme zu verfolgen, deren wachstumsorientierte und auf Finanztransfer beruhende Erfolgslogik in der Entwicklungszusammenarbeit bereits stark kritisiert wird. Die Weltbank finanzierte in den letzten Jahren mehrere Projekte, die unter dem Deckmantel der Klimawandelanpassung liefen, jedoch der Logik von Projekten der 1980er entsprachen. In Tadschikistan wurde beispielsweise ein *Pilot Project for Climate Resilience* verfolgt, welches starke Defizite bezüglich der Beteiligung der Zivilbevölkerung und der Berücksichtigung des Genderaspektes aufwies. Das Projekt konzentrierte sich hauptsächlich auf groß-skalige Hydroenergie anstatt auf klein-skalige Hydroenergie und erneuerbare Energien. „It demonstrates to us that the World Bank may be varnishing a familiar growth driven development agenda with an adaptation tint...Rather in seeking to respond to climate change the World Bank seems to have found ways to reaffirm what they were already certain of: that economic growth is central and a top-down, ‘think big’ approach (akin to the Green Revolution) is the best way forward (Ireland und McKinnon 2013, 4-5). Die Prämisse, dass eurozentrische Konzeptionen von ‘Anpassung’ unbestritten erfolgreich sind und deshalb die Schablone für Projekte im subsaharischen Afrika darstellen sollen, verdient es, hinterfragt zu werden. Ähnlich wie Richard Gibb (2009) es für das Konzept der Regionalen Integration erklärt, betrachten wir das Konzept der Anpassung an den Klimawandel. Gibb erläutert, dass in welchem Zusammenhang Regionale Integration auch behandelt wurde, es zu einem Wiederaufleben einer neoklassischen ökonomischen Agenda geführt hat, die im Zusammenhang mit einem starken Glauben in Modernisierung und aggressiver Marktintegration steht. Wir argumentieren, dass dieser Fall auch auf ‘Anpassung’ zutrifft. Des Weiteren gibt Gibb einen provokanten Hinweis darauf, dass besonders die Identitäten von afrikanischen Staatsvertretern mit Werkzeugen zur Sensibilisierung gegenüber versteckten Agenden zu betrachten sind: “While the African states might want to convey an outward impression that they ‘buy into’ the Western model of regional integration and seek to emulate it, their approach is actually rather more nuanced and sophisticated, designed principally to support the neo-patrimonial African state system” (Gibb 2009: 718).*

Besonders stark findet sich dieser Modernisierungsgedanke in einer vergleichenden Analyse des Klimavertrags von Paris und den im September 2015 verabschiedeten

Sustainable Development Goals (SDG's) wieder. So beinhalten beide Dokumente zwar eine deutliche Überschneidung der Thematiken (SDG 13: Klimawandel), die Dimension der globalen Wirkungsgefüge von Armut und Ungleichheit (SDG 12: Nachhaltiger Konsum und Produktion) finden jedoch bei Lösungsansätzen im Klimavertrag keine Beachtung. Dies führt zu parallel verlaufenden Ursachen- und Lösungsansätzen für eine eng verwandte Problemstellung. Bei mehreren Gesprächen auf der COP 21 mit Vertretern namhafter Entwicklungsinstitute konnte beobachtet werden, dass sich die angereisten Experten ausschließlich mit physischen Prozessen des Klimawandels auseinandersetzten und somit der langandauernde und mühsame Diskurs von Ursachen von Armut und Ungleichheit in globalem Zusammenhang nicht vertreten war. Relevante Argumente im Zusammenhang mit nachhaltigem Konsum und Produktion (SDG 12) wurden als nicht im Fachbereich angesehen und entsprachen nicht der eigenen Expertise. Somit findet ein Rückschritt in entwicklungspolitischen Fragen statt, der den Klimawandel entfremdet von entwicklungsrelevanten Diskursen betrachtet. In besonderem Maße werden so Erkenntnisse der partizipativen Ansätze, *Empowerment* und *Citizenship* (Deaton 2013), welche in der Entwicklungszusammenarbeit Relevanz besitzen, nicht übernommen und ignoriert, um die eigene Systemreproduktion im Sinne der neoklassischen Logik voranzubringen. Die Aspekte von Vulnerabilität und Armut werden auf eine lokale, regionale und nationale Ebene re-lokalisiert und aus ihrem globalen Zusammenhang gerissen. Das aktive Bewerben von Technologietransfer als Musterlösung der Klimawandelanpassung – besonders hervorzuheben sind hier die Bemühungen der deutschen Delegation die Energiewende als Paradebeispiel zu sehen – verdeutlicht diese Abkehr von Problemlösungen in internen Defiziten (z. B. Konsum- und Produktionsverhalten) hin zu alten Modernisierungsschemata und Direktleistungen. Die Übersetzung durch westliche Akteure problematisiert so aktiv die internen Defizite der Länder des globalen Südens und umgeht eine kritische Reflexion der eigenen Verantwortungen außerhalb von Mitigationsmechanismen. Das Einwilligen von Zahlungen und Technologietransfer kann daher als eine Art Schweigegeld interpretiert werden, um die eigenen Systemstrukturen im Kontext des Klimawandels nicht kritisieren und ändern zu müssen. Stimmen, die diesen Zustand von offizieller Seite aus anprangerten, fanden sich neben John Mahama aus Ghana („*How many more earths would we need to sustain the lifestyle we deem as modern and developed. The high consumption of western style societies cannot be the model that countries like ours and the developing world must follow*“ Leaders Event 1.12.15) nur wenige.

Im Anschluss an die COP 21 wurde für eine Stellungnahme aus der Entwicklungszusammenarbeit zum oben genannten Argument ein Gespräch mit einem Vertreter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gesucht. Dieses sah die Trennung von Entwicklungszusammenarbeit und Klimafinanzierung weniger kritisch. Das BMZ würde die Trennung von Klima- und Entwicklungsgeldern nur auf einer oberflächlichen Ebene betrachten, denn die öffentlich geäußerte Stellungnahme einiger Staatschefs habe wenig Einfluss auf die internen Prozesse der Finanzströme, schließlich fließen die meisten Gelder, die für die Anpassung an den Klimawandel investiert werden, über die Klimawandelreferate des Bundesministeriums. Eine getrennte Betrachtung der beiden Bereiche mache nur dann in einer

öffentlichen Rede der COP Sinn, wenn es dem Versuch der Legitimation zunehmender Finanzierung diene, was eine zunehmende Entfremdung der beiden Bereiche bestätigt.

4. Fazit: De-Politisierung auf zwei Ebenen

Die 21. *Conference of the Parties* in Paris wurde sowohl von zivilgesellschaftlichen Organisationen, der Politik als auch von den Medien als großer Erfolg und wichtiger Schritt in die richtige Richtung bezeichnet. Um die Ergebnisse besser analysieren zu können, wurden in diesem Artikel die Prozesse der De-Politisierung und Übersetzung des Klimawandeldiskurses näher beleuchtet, um ein differenzierteres Bild der Verhandlungen zeichnen zu können.

Eine starke Konzentration der Staaten von Subsahara Afrika und der pazifischen Inselstaaten lag in der Heraushebung der eigenen Vulnerabilität bei gleichzeitiger Schuldzuweisung an Industrienationen, die als Verursacher des Klimawandels definiert wurden. Hierbei konnte eine deutliche Unterscheidung in den Strategien der beiden Akteursgruppen beobachtet werden. Setzten die Vertreter der pazifischen Inselstaaten auf ethische und emotionale Argumente, die sich rund um den Kultur- und Lebensraumverlust aufspannten, argumentierten die Staaten Subsahara Afrikas mit überwiegend wirtschaftlichen Motiven. Es lässt sich nur vermuten, weshalb die Vertreter pazifischer Inselstaaten mehr das Gewissen und die moralische Verantwortung des Westens ansprechen und afrikanische Repräsentanten die wirtschaftliche und politische Kooperation mit Industrienationen. Ein banaler, doch naheliegender Gedanke ist, dass afrikanische Staaten wissen, dass Industrienationen mit Afrika wirtschaftlich zusammenarbeiten müssen, da diese großes Interesse an den Ressourcen des Kontinents haben. Die pazifischen Inselstaaten hingegen haben vergleichsweise wenig zu bieten. Ihnen bleibt aufgrund wenigen ökonomischen Anreizen lediglich, die ethische Verantwortung der großen Emittenten anzusprechen. Übereinstimmend lässt sich jedoch eine sehr einseitige Betrachtung auf den Klimawandeldiskurs ablesen. Das Heranziehen von pauschalisierenden Ursache-Wirkung-Gefügen als Teil der Problematisierung des Klimawandels um den eigenen Interessen eine starken Argumentationsgrundlage zu versehen, lehnte sich somit stark an westlich geprägte Anpassungsstrategien an, die Lösungen neben dem obligatorischen Emissionsrückgang in Technologie- und Finanztransfer suchen und somit nur Teilaspekte der Ursachen abdecken. Diese Generalisierung läuft Gefahr, spezifische Kontexte nicht einzubeziehen und Differenzen auszuschließen. Fehlerhafte interne Strukturen ebenso wie globale Mechanismen der Marktwirtschaft werden so aus dem Anpassungsdiskurs ausgeblendet und stehen damit nicht für Modifizierungen zur Debatte, obwohl sie Teil des Problems darstellen. In diesem Zusammenhang sehen wir starke Hinweise für das Argument der De-Politisierung des Klimawandels.

Auf einer zweiten Ebene konnte eine Analyse von verschiedenen Stakeholdern, sowohl von staatlicher als auch von nicht-staatlicher Seite, eine deutliche Entfremdung der Entwicklungszusammenarbeit und der Klimawandelanpassung festgestellt werden. Es finden sich hier Argumente einer Abgrenzung des Klimawandeldiskurses von Leistungen der traditionellen Entwicklungszusammenarbeit. Durch das parallele Verlaufen von Lösungsansätzen mit den gleichen Ursache-Wirkungs-Gefügen kann ein Wiederaufleben

alter neoklassischer Agenden beobachtet werden, dass die Entwicklung der partizipativen Ansätze auf der einen Seite und Konzepte des nachhaltigen Konsums und Wirtschaftens auf der anderen vom Diskurs trennt. Insbesondere die fehlende Einflussnahme der SDGs auf den Klimavertrag in Paris zeigt eine ausgeprägte Differenzierung der beiden Themenfelder, deren Grundlagen in vielen Bereichen Überschneidungen aufweisen. Auch in diesem Zusammenhang sehen wir daher Hinweise, die das Argument einer De-Politisierung bestärken.

Davon ausgehend, dass beim *travelling model* die Übersetzung beidseitige Auswirkungen hervorruft, kann im nächsten Schritt die Diskrepanz zwischen Vorstellungen von Anpassung an den Klimawandel im Kontext des Globalen Südens im Vergleich mit dem Globalen Norden untersucht werden, um eine mögliche wechselseitige Beziehung analysieren zu können. Dies wäre der nächstmögliche logische Schritt um zum einen die De-Politisierung des Klimawandels weiter untersuchen zu können und zum anderen die Intentionen der Verursacherländer herauslesen zu können. Die möglichen Unterschiede würden darüber hinaus rückwirkend weiteren Aufschluss auf die implementierte Übersetzung im Zielkontext geben, mit dessen Hilfe man die Argumente aus diesem Artikel weiterstricken könnte.

Literaturverzeichnis

- Arnall, A., Kothari, U. und I. Kelman (2013): Introduction to politics of climate change: discourses of policy and practice in developing countries. In: *The Geographical Journal* 108, (2), 98-101.
- Behrends, A., Park, S.-J. und R. Rottenburg (2014): Travelling Models. Introducing an Analytical Concept to Globalisation Studies. In: Behrends, A., S.-J. Park und R. Rottenburg (Hrsg.): *Travelling Models in African Conflict Management: Translating Technologies of Social Ordering*. Leiden, 1-40.
- Brosius J. P. & L. M. Campbell (2010): Collaborative Event Ethnography: Conservation and Development Trade-offs at the Fourth World Conservation Congress. In: *Conservation and Society* 8, (4), 245-255.
- Bueger C. (2013): Pathway to practice: praxiography and international politics. In: *European Political Science Review*. doi:10.1017/S1755773913000167
- Callon, M. (2006): Einige Elemente einer Soziologie der Übersetzung: Die Domestikation der Kammuscheln und der Fischer der St. Brieuc-Bucht. In: Belliger, A. und D. J. Krieger (Hrsg.): *ANThology: Ein einführendes Handbuch zur Akteur-Netzwerk-Theorie*. Bielefeld, 135-174.
- Cameron, E., Mearns, R., und J. T. McGrath (2015): Translating Climate Change: Adaptation, Resilience, and Climate Politics in Nunavut, Canada. In: *Annals of the Association of American Geographers* 105, (2), 274-283.
- Deaton, A. (2013): *The Great Escape- Health, Wealth and the origins of inequality*. Princeton University Press. Princeton
- Gebauer, C. und M. Doevenspeck (2014): Adaptation to climate change and resettlement in Rwanda. In: *Area* 47, (1), 97-104.

- Gibb, R. (2009): Regional Integration and Africa's Development Trajectory: meta-theories, expectations and reality. In: *Third World Quarterly* 30, (4), 701-721.
- Gnielinski, S. v. (1986): Ghana. Tropisches Entwicklungsland an der Oberguineaküste. *Wissenschaftliche Länderkunden* 27. Darmstadt.
- Hulme, M. (2008): Geographical work at the boundaries of climate change. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 33, (1), 5-11.
- Hulme, M. (2009): *Why we disagree about climate change*. Cambridge.
- Ireland, P. und K. McKinnon (2013): Strategic localism for an uncertain world: A post-development approach to climate change adaptation. In: *Geoforum* 47, 158-166.
- Mjimba, V. (2014): Main-streaming the climate change and green growth agenda into development visions: A narrative from selected sub-Saharan African countries. *International Journal of African Renaissance Studies* 9, (2), S. 95-112.
- Rancièrè, J. (2008): *Disagreement. Politics and Philosophy*. University of Minnesota Press. Minneapolis.
- Redfield, R., Linton, R. und M. J. Herskovits (1936): Memorandum for the study of acculturation. In: *American Anthropologist* 38, (1), 149-152.
- Rottenburg, R. (2002): *Weit hergeholte Fakten. Eine Parabel der Entwicklungshilfe*. Lucius & Lucius, Stuttgart.
- Rudiak-Gould, P. (2012): Promiscuous corroboration and climate change translation: a case study from the Marshall Islands. In: *Global Environmental Change* 22, (1), 46-54.
- Schatzki, T.R. (2003): A New Societist Social Ontology. In: *Philosophy of the Social Sciences* 33, (2), 174-202.
- Swyngedouw, E. (2010): Apocalypse Forever? Post-political Populism and the Spectre of Climate Change. In: *Theory, Culture & Society* 27, (2-3), 213-232.
- Swyngedouw, E (2013) The non-political politics of climate change. *ACME: An International E-Journal for Critical Geographies* 12(1):1–8.
- Swyngedouw, E (2014) Where is the political? Insurgent mobilisations and the incipient "return of the political". *Space and Polity* 18(2):122–136.
- Verhoeven, H. (2011): Climate Change, Conflict and Development in Sudan: Global Neo-Malthusian Narratives and Local Power Struggles. In: *Development and Change* 42, (3), 679-707.
- Weisser, F. (2014): Practices, politics, performatives: Documents in the international negotiations on climate change. In: *Political Geography* 40, S. 46-55.
- Weisser, F., Bollig, M., Doevenspeck, M. und D. Müller-Mahn (2014): Translating the 'adaptation to climate change' paradigm: the politics of a travelling idea in Africa. In: *The Geographical Journal* 180, (2), 111-119.
- Weisser, F. und D. Müller-Mahn (2016): No place for the political: Micro-geographies of the Paris Climate Change Conference 2015. In: *Antipode* 49, (3), S. 802-820.



Development Geography Occasional Paper ISSN 2364-3005